



<i>Politischer Megatrend: Anarchie</i>	36
<i>Erfolgreiche EU-Wahl: Europamandat wurde gesichert</i>	39
<i>Volksbegehren Artenschutz: ÖDP trägt Bienenrettung auf EU-Ebene</i>	56

**Das ÖDP-Journal**  
Nr. 180 Juli 2019

# Ökologie Politik



COMMONING

## INHALT

## UMSCHAU

Ökolumne: Nach der EU-Wahl	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

## TITELTHEMA: COMMONING

München	
<b>Gemeinschaftliches Bauen boomt</b>	
von Günther Hartmann	8
Mainburg	
<b>Bewusst konsumieren und reparieren statt wegwerfen</b>	
von Bernd Wimmer	16
Stuttgart	
<b>Sojaanbau im Reallabor</b>	
von Markus Heim	20
Do-it-yourself-Kulturen	
<b>„Sinnliche Erfahrungen ermöglichen und Menschen zusammenbringen“</b>	
Interview mit Dr. Christa Müller	22
Heimat	
<b>„Commons sind Träger und Gestalter lokaler Identitäten“</b>	
Interview mit Christian Schüle	24
Wissenstransfer	
<b>„Wir möchten die Fantasie der Leute anregen“</b>	
Interview mit Holger Roloff	26
Ontologischer Wandel	
<b>„Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben?“</b>	
Interview mit Silke Helfrich	28
Utopie	
<b>„Eine bessere Gesellschaft muss erlernt, entwickelt und aufgebaut werden“</b>	
Interview mit Simon Sutterlütti	32

## GESELLSCHAFT &amp; KULTUR

Politischer Megatrend	
<b>Anarchie</b>	
von Paul Holmes	36

## ÖDP INTERN

An alle Mitglieder	von Christoph Raabs	38
Neues aus dem Bundesverband	von Claudius Moseler	39
Neues aus dem Europaparlament	von Prof. Dr. Klaus Buchner	42
ÖDP bewirkt sensationellen Durchbruch beim Artenschutz		43
Verbände		47
56. Bundesparteitag in Hof		54
ÖDP trägt Bienenrettung auf EU-Ebene		56
Rede zum globalen Klimaaktionstag	von Gabriela Schimmer-Göresz	58
BAK Christen & Ökologie		60
Presseticker		62
Leserbriefe		64
Impressum		66

**Liebe Leserinnen und Leser,**

seit den 1980er-Jahren ist die Klimaerwärmung ein großes Thema. Jahrzehntlang war Zeit, die notwendigen Maßnahmen zur Dekarbonisierung langsam und sanft einzuführen. Passiert ist kaum etwas. Dabei ist klar: Je weiter die Klimaerwärmung fortschreitet, desto extremer und drastischer müssen die Maßnahmen ausfallen. Trotzdem passiert immer noch wenig. Viel zu wenig. Die Wettbewerbs- und Wachstumsradikalen blockieren wie gehabt alles, was eine Wirkung erzeugen würde. Die Liste ihrer Ausreden ist hinlänglich bekannt: Unsere Konkurrenzfähigkeit und unsere Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben; die Arbeitgeber dürfen nicht zu sehr belastet werden, und die Arbeitnehmer auch nicht; zudem muss die „schwarze Null“ stehen. Den Verteidigungsetat ohne reale äußere Bedrohung so stark wie noch nie zu erhöhen, ist kein Problem, doch für wirksamen Klimaschutz fehlt immer das Geld. Es ist zum Verzweifeln.

Verzweifelt war auch Greta Thunberg. Als sie in der Schule zum ersten Mal einen Film über die Klimaerwärmung sah, gab es für sie kein anderes Thema mehr. Sie dachte zuerst, das könne gar nicht wahr sein. Denn wenn es wahr wäre, dann würde man sich doch kaum noch über etwas anderes unterhalten. Dann verfiel sie in Depressionen, aß und redete kaum mehr etwas. Mit ihrem 2018 ins Leben gerufenen Streik habe sie sich selbst geheilt, sagt sie heute. Das erinnert an den Psychiater Viktor E. Frankl, der den Willen zum Sinn als die stärkste Antriebskraft im Menschen sah. Wobei Sinn sicher nicht künstlich und willkürlich erzeugt, sondern nur gefunden werden kann. Dazu gilt es, in die Welt hineinzuhören – und auf ihren Ruf zu antworten. Die Frage nach dem Sinn stellen das Leben und jedes Zeitalter immer wieder neu.

Auf den Ruf der Welt antworten – das geht nur durch konkretes Tun. Und durch konkretes Tun zeichnet sich die derzeit boomende Commons-Bewegung aus. Um die dreht sich diese Ausgabe der ÖkologiePolitik. In den ersten drei Artikeln werden verschiedene Formen des Commoning vorgestellt. Anschließend wird in fünf Interviews mit Commons-Vordenkern versucht, aus verschiedenen Perspektiven die kulturelle und umweltpolitische Bedeutung des Phänomens zu beleuchten. Sind die Commons überhaupt eine einheitliche Bewegung oder wird dies nur reininterpretiert? Sind die Hoffnungen, welche die Interviewpartner ins Commoning setzen, berechtigt oder überzogen? Entspricht das Commoning einer offenen Gesellschaft im Sinne Karl Poppers oder versteckt sich hier eine neue Ideologie? Machen Sie sich bitte selber ein Bild!

Eine anregende Lektüre und viel Spaß beim Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen

Günther Hartmann



Günther Hartmann  
Verantwortlicher  
Redakteur

Pablo Ziller



Pablo Ziller  
Stellv. Verantwortlicher  
Redakteur



**Ökolumne** von Ulrich Brehme

## Nach der EU-Wahl

Ökologische Politik ist die zentrale Frage für das Überleben der Menschheit. Das wird immer breiteren Bevölkerungsschichten und gerade der jungen Generation immer mehr bewusst. Die Erderhitzung lässt sich nicht zurückdrehen, sie lässt sich nur rechtzeitig stoppen. Die Zunahme der Treibhausgase hat irreversible Folgen.

Die Dynamik der „Fridays für Future“-Demos hat alte Fragen bei vielen Bürgern neu geweckt. Es gibt neues Wissen über die Kippunkte des Erdsystems, über die schmelzenden Eiskappen im Polargebiet, die Zerstörung der Regenwälder, den Plastikmüll in den Meeren, die Zerstörungen durch Manipulation des Erbguts und die Nebenwirkungen von Agrochemikalien. Wir wissen heute mehr über die tatsächlichen Emissionen durch den Verkehr, die Zerstörung regenerativer Energiestrukturen und das politische Versagen bei der Stabilisierung der Energienetze. Die viel zu geringen Investitionen in Wärmedämmung sind frustrierend.

Der YouTube-Blogger „Rezo“ erreichte vor der Wahl viele Millionen Zuschauer mit seinem Verriss der Politik der Bundesregierung. Seine Aussagen sind zutreffend. Da hilft es auch nichts, wenn die CDU nun die Zensur von Meinungen vor Wahlen im Internet fordert.

Seit über 30 Jahren setzt sich die ÖDP für die Ökologische Steuerreform ein. Der Anteil der konstanten

Ökosteuern an der Gesamtfinanzierung des Staates sank mit der Inflation von 6,5% im Jahr 2003 auf 4,3% im Jahr 2018. Auch der im Jahr 2005 eingeführte Europäische Emissionsrechtehandel wirkte nicht, da kein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis eingeführt wurde und zu viele Emissionsrechte von der Regierung im Markt vergeben wurden.

Eine Erhöhung der Ökosteuer und ein CO<sub>2</sub>-Mindestpreis im Emissionshandel in allen Sektoren

### Der Anteil der Ökosteuern sank mit der Inflation von 6,5% im Jahr 2003 auf 4,3% im Jahr 2018.

inklusive Wärme und Verkehr sind dringend notwendig. Energieträger müssen gleichmäßig entsprechend ihres Primärenergiegehalts und der Freisetzung von Treibhausgasen aus fossilen Quellen besteuert werden. Erneuerbare Energien müssen von der Ökosteuer ausgenommen sein, um ihren Einsatz nicht zu bremsen. Die Ökologische Steuerreform hat niedrige Erhebungskosten. Sie eignet sich daher besser für die Besteuerung der vielen kleinen Energieverbraucher. Der Emissionshandel hat dagegen sehr hohe Erhebungskosten und eignet sich nur für Großemittenten wie Kraftwerke. Er lässt sich aber leichter internationalisieren.

Offen gegen höhere Ziele bei der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes

treten in ihren Programmen nur die AfD und die FDP auf. Die CDU äußert sich dazu nicht, aber de facto blockieren CDU und SPD konsequente Schritte zu mehr Klimaschutz. Sie schützen die Braunkohle und deckeln das EEG-Gesetz. Ihre Industrienähe hindert sie daran, gegen Wegwerf-Mentalität, Billig-Fliegen, Billig-Fleisch und SUVs gegenzusteuern. Alternativen dazu werden oft durch Brüche in der Infrastruktur blockiert. Dagegen wird zu wenig getan, dabei wollen immer mehr Bürger den ökologischen Strukturwandel mittragen.

Mit religiös und national aufgeladener Intoleranz, mit Desinformation oder mit der Angst vor Terror und Kriminalität versuchen Populisten auf Stimmenfang zu gehen. Die EU-Wahl 2014 war vom Thema „Migration“ bestimmt. Bei der EU-

Wahl 2019 ist Großbritannien weiter im Brexit-Taumel, in Frankreich ringen Le Pen und Macron um die Vorherrschaft, die Gelbwesten-Proteste gegen die Ökosteuer sind noch frisch in Erinnerung. In Italien siegt die Lega mit Salvini, der die EU-Defizitkriterien umgehen will. In Deutschland verdoppelte sich der AfD-Anteil. Europaweit erreichten rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien 15%.

In Deutschland war die EU-Wahl im Wesentlichen vom Thema „Klimaschutz“ bestimmt. Damit sank die Zustimmung für die CDU, SPD, Linkspartei und FDP, die bei diesem Thema unglaublich sind. Die Grünen profitierten davon besonders und erreichten 20% – und europaweit 10%.

**Umwelt & Gesellschaft** von Ulrich Brehme

## Wählermehrheit für Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-Steuer

Eine CO<sub>2</sub>-orientierte Reform der Abgaben, Umlagen und Steuern auf Energie halten 62% der Wahlberechtigten für sinnvoll. Das zeigt eine neue repräsentative Umfrage von infratest dimap im Auftrag von Germanwatch, der Stiftung Neue Energie und des Vereins



CO<sub>2</sub>-Abgabe. Auch Geringverdiener und Unionswähler befürworten demnach mit 58% bzw. 59% eine CO<sub>2</sub>-Steuer. 85% der Wähler wollen, dass Klimaschutz weiterhin eine große oder sogar noch größere Bedeutung für die Politik hat. Bei den Anhängern von Union und SPD sind es jeweils sogar 88%.

» [www.germanwatch.org/de/l6543](http://www.germanwatch.org/de/l6543)

## Agora legt Eckpunkte für Klimaschutzgesetz vor

Agora Energiewende und Agora Verkehrswende legen „15 Eckpunkte für das Klimaschutzgesetz“ vor, in denen beschrieben wird, was die Bundesregierung jetzt tun müsste, um das Klimaschutzziel 2030 sozial ausgewogen zu erreichen. Vorgeschlagen werden unter anderem eine umfangreiche Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die Verdoppelung des Ausbaus erneuerbarer Energien sowie eine Klima-Bonus-Malus-Regelung beim Autokauf, der Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft und eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung von 50 Euro/Tonne verbunden mit einer Klimabonus-Rückerstattung von jährlich 100 Euro/Kopf.

» [www.t1p.de/rfag](http://www.t1p.de/rfag)



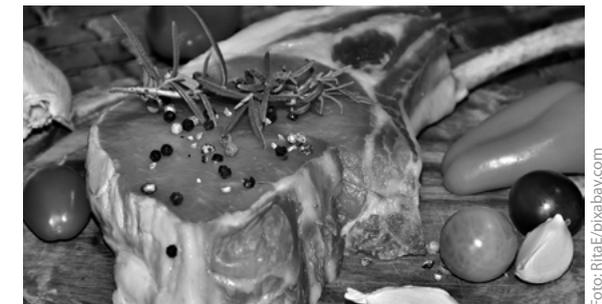
## Attac kämpft um seinen Gemeinnützigkeitsstatus

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac ist entschlossen, seinen Gemeinnützigkeitsstatus notfalls vor dem Bundesverfassungsgericht zu verteidigen. Dabei geht es nicht nur um Attac, sondern auch um zahlreiche andere kritische Organisationen. Das Gemeinnützigkeitsrecht droht zu einem Instrument zu werden, mit dem Regierungen versuchen, unliebsame Kritiker zu bekämpfen. So hat die Kampagnenorganisation Campact bekannt gegeben, keine Spendenbescheinigungen mehr auszustellen, solange sie damit rechnen muss, ebenfalls den Status der Gemeinnützigkeit entzogen zu bekommen. Attac: „Eine lebendige und kritische Bürgerschaft stärkt die Widerstandsfähigkeit der Demokratie. Welche Rolle Nichtregierungsorganisationen und außerparlamentarisches politisches Engagement in unserer Gesellschaft spielen sollen, ist eine politische Frage, deren Beantwortung nicht den Finanzämtern überlassen werden darf.“

» [www.attac.de/jetzt-erst-recht](http://www.attac.de/jetzt-erst-recht)

## Antibiotikaresistente Keime in Schweinefleisch

Greenpeace Österreich hat handelsübliches Schweinefleisch auf Keime testen lassen. Von 14 Proben war jede dritte mit antibiotikaresistenten Keimen belastet. Die Ursache dafür liegt in der Massentierhaltung. In der EU sterben jährlich rund 33.000 Menschen an antibiotikare-



sistenten Keimen. Nach dem Kontakt mit rohem Fleisch sollte man sich daher immer gründlich die Hände waschen und die Kochutensilien säubern. Das Fleisch sollte außerdem immer gut durchgebraten werden.

» [www.t1p.de/lmg](http://www.t1p.de/lmg)



## Lobbynetz des Bauernverbands offengelegt

Der NABU legte eine Studie vor, die das Netz der Agrarlobby in Deutschland offenlegt. Durchgeführt wurde sie vom Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw) der Universität Bremen. Ergebnis: Es gibt eine vergleichsweise kleine Gruppe an Akteuren, welche die strategisch wichtigen Schlüsselpositionen unter sich aufteilt. Die Multi- oder Vielfachfunktionäre stammen in erster Linie aus den Spitzen des Deutschen Bauernverbands (DBV) und seiner Landesverbände. Eine Umfrage zeigte jedoch, dass sich die Hälfte der Landwirte vom DBV schlecht vertreten fühlt. 87% der Landwirte wären für mehr Naturschutz, wenn der zusätzliche Aufwand im Rahmen der Agrarförderung honoriert wird. Doch dies blockiert DBV-Präsident Rukwied in Brüssel.

» [www.t1p.de/vmou](http://www.t1p.de/vmou)

## Wildbienen verhungern wegen Monokulturen

Wildbienen sind als Blütenbestäuber ökologisch unverzichtbar, doch von den über 500 Wildbienenarten in Deutschland sind mehr als die Hälfte bedroht oder lokal schon ausgestorben. Die Biologin Susanne Renner hat mit ihrem Team untersucht, welche Faktoren den Rückgang verursachen. Ergebnis: Die Wildbienen finden in landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten vor allem im Spätsommer zu wenig Nahrung, weil Massenpflanzen wie Raps im Frühjahr blühen.

» [www.t1p.de/nvj0](http://www.t1p.de/nvj0)

## Zulassung von Thiacloprid bis 2020 verlängert

Der Pestizid-Wirkstoff Thiacloprid von Bayer kann ungeborenen Kindern schaden, hat eine fruchtbarkeitsschädigende Wirkung, greift ins menschliche Hormonsystem ein, kann vermutlich Krebs erzeugen, ist bei Verschlucken giftig, ist für Wasserlebewesen sehr giftig und schadet nützlichen Insekten wie Marienkäfern, Florfliegen und Brackwespen, die natürliche Gegenspieler von Schädlingen sind. Und eigentlich ist die Zulassung von Thiacloprid bereits im April 2017 ausgelaufen. Und eigentlich dürfen laut der EU-Pestizidverordnung Stoffe mit solch gravierenden Wirkungen auf die Gesundheit auch nicht erneut genehmigt werden.



Foto: maxmann/pixabay.com

Dennoch wurde die Zulassung bisher immer wieder um ein Jahr verlängert und gilt nun bis mindestens April 2020. Grund: Die Neubewertung des Wirkstoffs wurde nicht fristgerecht abgeschlossen.

» [www.t1p.de/ye9](http://www.t1p.de/ye9)

## Architekten fordern konsequente Bau-Wende

Der Bund Deutscher Architekten (BDA) beschloss im April 2019 auf seiner Tagung in Halle mit dem Positionspapier „Das Haus der Erde“ einen programmatischen Aufruf für eine Abkehr vom Wachstumsdenken und einen Paradigmenwechsel in Architektur und Bauwesen. „Es ist genug. Täglich verstoßen wir, verstoßen Gesellschaft und Politik gegen den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Mit der westlichen Lebenseinstellung, alles jederzeit machen und haben zu können, ist es vorbei. Unser Leben muss sich an einem neuen, ökologisch vertretbaren Maß ausrichten“, heißt es im ersten Kapitel. „Wir dürfen nicht länger warten, bis sich das von Lobbyisten beeinflusste Zögern und Abwarten ändert. Wir müssen politisch denken und handeln, müssen



Foto: Günther Hartmann

uns einmischen, Eigeninitiative entwickeln und zivilen Ungehorsam proben. Wir müssen zeigen, dass der tägliche Umweltwahnsinn nicht alternativlos ist. Ansonsten brauchen wir über eine Zukunft nicht mehr nachzudenken.“ In weiteren neun Kapiteln werden dann konkrete Forderungen erhoben.

» [www.t1p.de/gmuu](http://www.t1p.de/gmuu)

## Bücher

### Marktlogik & Zukunft

Mathias Binswanger  
**Der Wachstumswang**  
Warum die Volkswirtschaft immer weiter wachsen muss, selbst wenn wir genug haben  
Wiley, Mai 2019  
310 Seiten, 24,99 Euro  
978-3-527-50975-1



Wirtschaftswachstum war lange mit dem Versprechen von Wohlstand, Zufriedenheit und Glück verknüpft. Doch der Wohlstand ist immer ungleicher verteilt. Und die Menschen werden eher unzufriedener und unglücklicher. Damit verliert das Wachstumsdogma an Glaubwürdigkeit. Doch können heutige Volkswirtschaften überhaupt ohne Wachstum funktionieren? Dieser Frage geht der Schweizer Ökonomie-Professor nach. Seine beunruhigende Erkenntnis: Unsere Wirtschaft muss wachsen, um erfolgreich zu bleiben, auch wenn wir gar nicht mehr materiellen Wohlstand wollen. Wachstum ist in unserem aktuellen Wirtschaftssystem zum fatalen Zwang geworden. (gh)

### Ökonomie & Ökologie

Raj Patel, Jason W. Moore  
**Entwertung**  
Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen  
Rowohlt, September 2018  
352 Seiten, 24,90 Euro  
978-3-7371-0052-6



Die beiden amerikanischen Autoren – ein Ökonom und ein Historiker – plädieren für kooperative Wege des Zusammenlebens und Wirtschaftens. Sie verorten die Krise unseres Planeten im Entstehen des Kapitalismus, den sie als „Ökologie“ verstehen, weil sich Arbeit und Macht weltweit innerhalb der Natur entfalten und diese grundlegend verändern. So lassen sie uns den Durchmarsch des Kapitalismus global und über Jahrhunderte hinweg erleben: durch billige Natur, billiges Geld, billige Arbeit, billige Fürsorge, billige Nahrung, billige Energie und billiges Leben. Was als wertvoll und teuer gelten müsste, enthüllen die Autoren als die in der Geschichte der Menschheit in Wahrheit billig vereinnahmten sieben Dinge. (vf)

### Werte & Glück

Notker Wolf  
**Das Unmögliche denken, das Mögliche wagen**  
Visionen für eine bessere Zukunft  
Güterloher, Februar 2019  
224 Seiten, 18,00 Euro  
978-3-579-08548-7



Jeder sollte ein erfülltes Leben haben, doch das lässt sich nur im Miteinander finden. Unserem konkurrenzorientierten Wirtschaftssystem, das die Lebensgrundlagen systematisch zerstört, stellt er seine Vision einer ökologisch-sozialen und solidarischen Wirtschaft entgegen, wie sie die Benediktiner seit 1.500 Jahren praktizieren. (gh)

### Mobilfunk & Gesundheit

Carolin Sandner  
**Offline-Modus aktiviert**  
Meine unfreiwillige Flucht vor dem Mobilfunk  
Manuela Kinzel, Oktober 2018  
252 Seiten, 14,00 Euro  
978-3-95544-110-4



Eine Elektrosensible erzählt von ihrer langen Odyssee, die in der Nähe eines Sendemasts beginnt und schließlich in einer einsamen Waldhütte endet. Ihre Geschichte ergänzt sie durch aktuelle Studien, Berichte über prominente Leidensgenossen und praktische Tipps für Interessierte und Betroffene. (gh)

### Demokratie & Manipulation

Rainer Mausfeld  
**Angst und Macht**  
Herrschaftstechniken der Angsterzeugung in kapitalistischen Demokratien  
Westend, Juli 2019  
128 Seiten, 14,00 Euro  
978-3-86489-281-3



Angst vernebelt den Verstand. Angst zu erzeugen, ist deshalb seit jeher eine wirkungsvolle Methode, um das menschliche Verhalten zu steuern und Macht zu sichern und auszubauen. Der Autor – ein renommierter Psychologie-Professor – erläutert die gängigen Techniken. Denn nur wer sie kennt und im konkreten Fall durchschaut, kann sich ihnen entziehen. (gh)

München

# Gemeinschaftliches Bauen boomt

Baugenossenschaften gibt es seit fast 150 Jahren, Baugemeinschaften seit mehreren Jahrzehnten. Sie sind also nichts Neues, haben aber in letzter Zeit stark an Bedeutung gewonnen – vor allem in München. Ist das eine vorübergehende Modeerscheinung oder ein dauerhafter Trend? Ein genauer Blick auf die Münchener Verhältnisse ist auch ein Blick in die Zukunft anderer Städte.

von Günther Hartmann

Schaut man sich an, was die großen Bauträger in München während der letzten Jahre realisierten, dann hat man sofort einen Grund für den Boom von Baugemeinschaften und Baugenossenschaften gefunden: Die Wohnanlagen sind alle sehr großmaßstäblich, seriell, monoton und steril. Sie erzeugen Unbehagen statt Wohlbefinden. Eine gewisse ästhetische Qualität ist zwar vorhanden, doch die ist nicht das, was sich die meisten Menschen wünschen. Die meisten Menschen sehnen sich nach dem, was z.B. die Wohnanlage der Baugenossenschaft „Wogeno eG“ im Münchener Domagkpark auszeichnet: eine kleinteiligere Maßstäblichkeit, eine Gliederung in überschaubare Abschnitte, das Vorhandensein vielfältiger Begegnungs- und Gemeinschaftsräume, sichtbare Holzoberflächen.

Den Unterschied zwischen der Architektur von Bauträgern und der von Baugemeinschaften und Baugenossenschaften auf den Punkt zu bringen, ist gar nicht einfach. Es bietet sich ein begriffliches Gegensatzpaar an, das in der Architekturtheorie bisher unüblich ist: „warm“ und

„kalt“. Die Bauträger-Architektur strahlt Kälte aus. Die meisten Menschen sehnen sich aber nach Wärme. Nach Wärme in der Architektur. Und nach der Wärme lebendiger Nachbarschaften. Wobei Architektur wiederum lebendige Nachbar-

schaften fördern oder verhindern kann. Lebendige Nachbarschaften entstehen eher nicht, wenn bei der Planung die Profitmaximierung im Mittelpunkt steht. Sie entstehen dann, wenn sie bei der Planung bewusst angestrebt werden.

## Was auf dem Immobilienmarkt gerade geschieht

Die Runde gemacht hat in München die Geschichte einer jungen Familie, die nach einem Jahr aus einer Bauträger-Wohnung wieder auszog, weil sie keine Nachbarn hatten. Alle anderen Wohnungen stan-

den leer. Das fand die junge Familie unangenehm – und nach einigen Monaten so unerträglich, dass sie sich einer Baugenossenschaft anschloss, um dann einige Zeit später in deren Neubauprojekt zu ziehen. Der Grund für die Leerstände lag

*Bauträger-Architektur strahlt Kälte aus.  
Die meisten Menschen sehnen sich  
aber nach Wärme – in der Architektur und  
in lebendigen Nachbarschaften.*

aber nicht an der Qualität der Architektur, sondern daran, dass die Wohnungen nicht zum Wohnen, sondern als Geldanlage gekauft worden waren.

Es ist in München finanziell äußerst lukrativ, eine Wohnung teuer zu kaufen – und nach ein paar Jahren noch sehr viel teurer zu verkaufen. Oder nach dem Kauf mit der Vermietung zu warten, bis das Mietniveau deutlich höher liegt. Die Kaufpreise für Eigentumswohnungen stiegen in den letzten 10 Jahren um mehr als das Doppelte, die Mieten um die Hälfte.



Foto: Günther Hartmann

Die „Welfenhöfe“ im Münchener Stadtteil Haidhausen – eine typische Bauträger-Wohnanlage aus den 2010er-Jahren

Allein von Mitte 2017 bis Mitte 2018 nahm der durchschnittliche Kaufpreis neu gebauter Eigentumswohnungen von 8.023 auf 9.053 Euro/m<sup>2</sup> zu, die monatliche Nettokalt-Miete in Neubauten von 19,34 auf 19,90 Euro/m<sup>2</sup>. Solch eine Miete ist aus Sicht der Mieter hoch, aus Sicht der Vermieter jedoch niedrig. Denn bei der Vermietung seiner Wohnung kann er im Jahr nur eine Einnahme von 240 Euro/m<sup>2</sup> erzielen, während die rein marktbedingte Wertsteigerung seiner Wohnung mehr als 1.000 Euro/m<sup>2</sup> beträgt. Da

Die Spekulanten gelten in München inzwischen als die großen Buhmänner und Wurzel allen Übels. Die Initiative „#ausspekuliert“ veranstaltete im Herbst 2018 eine große Demonstration mit mehr als 10.000 Teilnehmern, die vom Oberbürgermeister ausdrücklich begrüßt wurde. Doch Spekulation ist nur die halbe Wahrheit. Denn sie ist nicht die Ursache für die fatale Entwicklung, sondern eine Folge davon. Spekulation funktioniert als Geschäftsmodell nur deshalb so gut, weil die Preise auf dem Woh-

die Preise. Und es gibt eben immer noch genügend Menschen, die in der Lage und bereit sind, diese Preise zu bezahlen.

Dass die Wohnungspreise so stark steigen, ist keine Naturkatastrophe, die plötzlich ohne erkennbaren Grund über München hereinbrach, sondern die logische Konsequenz einer Neoliberalisierung der Stadtentwicklungspolitik – in München und überall. Neoliberalismus bedeutet: eine Glorifizierung des Konkurrenzdenkens, ein pseudoreligiöser Glaube an einen deregulierten Markt und entfesselten Wettbewerb. Seit den 1980er-Jahren prägt er unsere Wirtschaftspolitik, seit den 1990er-Jahren auch das kommunale Selbstverständnis.

Eine der Folgen: ein deutlich aggressiver Standortwettbewerb. Das Hauptziel ist dabei, umsatzstarke Unternehmen mit gut verdienenden Mitarbeitern anzusiedeln. Denn die Gewerbesteuer und die Einkommenssteuer stellen mit jeweils rund 40% die Haupteinkommensquellen der Kommunen dar. Unvermeidliche Konsequenz eines jeden Wettbewerbs ist aber: Es gibt Gewinner und es gibt Verlierer. Die

Jahr	Kaufpreis (Euro/m <sup>2</sup> )		Nettokalt-Miete (Euro/m <sup>2</sup> )	
	Neubau	Bestand	Neubau	Bestand
2018	9.053	7.285	19,90	17,89
	+13%	+11%	+3%	+8%
2017	8.023	6.583	19,34	16,51

Quelle: Landeshauptstadt München – Wohnungsmarktbarometer 2018  
Datengrundlage: ImmobilienScout24.de – Quartale I-II/2018

ist die Motivation, seine Wohnung zu vermieten, nicht mehr hoch. Keine Mieter, kein Ärger. „Spekulation“ wird dieses Geschäftsmodell auch genannt.

Der Wohnungsmarkt explodieren. Die Preise aber ergeben sich wie in der Marktwirtschaft üblich aus Angebot und Nachfrage. Die Nachfrage ist hoch, das Angebot ist niedrig, also steigen



Foto: Günther Hartmann

Der „Rodenstock Garten“ in der Münchener Isarvorstadt – teuer, großmaßstäblich, seriell, monoton, steril, kühl und unbehaglich

Verliererstädte und Verliererregionen sind hinlänglich bekannt. München gehört zu den großen Gewinnern. Seit Jahrzehnten erzeugt es ein Überangebot an Gewerbeflächen und damit ein Überangebot an Arbeitsplätzen – und damit eine hohe Nachfrage nach Wohnraum. Verschärft wird die Situation, weil es bevorzugt umsatzstarke Unternehmen aus Zukunftsbranchen anwirbt – und mit ihnen gut und sehr gut verdienende Mitarbeiter.

Was München gerade erlebt, das ist eine selbst herbeigeführte Hypergentrifizierung: Die obere Mittelschicht verdrängt die untere Mittelschicht. Denn die obere Mittelschicht verfügt über ein vielfach höheres Einkommen – und hat beim Wohnen zudem deutlich höhere Flächenansprüche. Doch die untere Mittelschicht verfällt nicht in Lethargie, sondern ist vital und intelligent genug, um aktiv nach Lösungen aus ihrer Misere zu suchen. Und die Lösungen sind: Baugemeinschaften und Baugenossenschaften. Deshalb erleben diese aktuell einen Boom.

Und solange sich die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht gravierend ändern, handelt es sich hier um keine vorübergehende Modeerscheinung, sondern um einen dauerhaften Trend.

### Wie Baugemeinschaften funktionieren

Eine Baugemeinschaft (auch „Bauherrngemeinschaft“ oder „Baugruppe“ genannt) ist ein Zusammenschluss mehrerer privater Bauherinnen und Bauherren zum Zweck

meinschaften attraktiv: Erstens der Wunsch nach hoher Wohnqualität und lebendiger Nachbarschaft. Zweitens die Möglichkeit, im Entwurfsprozess mitzureden und Wünsche einzubringen, statt Fertiges zu kaufen. Und drittens die geringeren Baukosten. Bei den Preisen auf dem freien Wohnungsmarkt ist eine Gewinnmarge von 15 bis 25 % für den Bauträger enthalten – eine hohe Summe. Diese können Baugemeinschaften sparen oder in eine höhere Bauqualität investieren.

*Spekulation funktioniert als Geschäftsmodell nur, weil die Preise auf dem Wohnungsmarkt explodieren. Die Nachfrage ist hoch, das Angebot niedrig.*

der gemeinsamen Errichtung einer Wohnanlage oder eines mehrgeschossigen Wohngebäudes, also eines größeren Bauprojekts, das üblicherweise Bauträger realisieren. Drei Aspekte machen Bauge-

Bis zur Fertigstellung des Bauprojekts – beim Grundstückskauf sowie während der Planungs- und Bauphase – ist eine Baugemeinschaft üblicherweise eine „Gesellschaft bürgerlichen Rechts“ (GbR).



Foto: Günther Hartmann

Die „Nymphenburger Höfe“ in der Münchener Maxvorstadt: Heruntergelassene Rollläden deuten auf leer stehende Wohnungen hin.

Mit der Fertigstellung löst sich die GbR auf und wird zur normalen „Wohneigentümergeinschaft“ (WEG). Jede Bauherrin und jeder Bauherr ist dann Eigentümer einer exakt definierten Wohnung.

Finanziert werden muss das Bauprojekt komplett über die Einzelfinanzierungen, d.h. die Bauherinnen und Bauherren müssen 100 % der Bausumme aufbringen. Das macht Baugemeinschaften zu labilen Gebilden. Schon der Wegfall eines Mitglieds kann zum Scheitern des Projekts führen, erst recht der Wegfall mehrerer Mitglieder. Denn meist stellt schon die Finanzierung der eigenen Wohnung einen gewaltigen Kraftakt dar. Muss dann auch noch eine weitere Wohnung anteilmäßig mitfinanziert werden, so übersteigt das schnell die eigenen Möglichkeiten.

### Wie Baugenossenschaften funktionieren

Eine Baugenossenschaft (auch „Wohnbaugenossenschaft“ oder „Wohnungsbaugenossenschaft“ ge-

nannt) stellt einen „dritten Weg“ zwischen klassischem Eigentum und klassischem Mietverhältnis dar. Auch hier handelt es sich um einen Zusammenschluss von Bauherinnen und Bauherren zur Realisierung eines größeren Bauprojekts, doch nach der Fertigstellung gibt es in diesem kein Wohneigentum, sondern nur Mietverhältnisse. Jedem Genossenschaftsmitglied gehört ein Teil der Genossenschaft, aber keine feste Wohnung. Die Wohnung wird von der Genossenschaft gemietet. Jedes Genossenschaftsmitglied ist also Vermieter und Mieter in einer Person.

Salopp ausgedrückt handelt es sich um eine Mischung aus den Prinzipien der Aktiengesellschaft und des Vereins: Jedes Mitglied kauft Anteile seiner Genossenschaft und bestimmt in demokratischer Form ihre Geschicke mit. Dabei hat jedes Mitglied eine Stimme, unabhängig davon, wie viele Genossenschaftsanteile es besitzt. Die Genossenschaftsanteile sind verkäuflich und vererbbar, die

Wohnungen sind es nicht. Auch das Wohnrecht nicht. Die Wohnungvergabe erfolgt durch die Genossenschaft entsprechend ihrer Satzung. Die Dauer der Mitgliedschaft ist ein entscheidendes Kriterium, um eine neu errichtete oder frei werdende Wohnung zu erhalten.

Eine Genossenschaft – genauer gesagt: eine „eingetragene Genossenschaft“ (eG) – ist ein Wirtschaftsunternehmen und auf Dauerhaftigkeit angelegt. Allerdings ist dessen Zweck nicht die Gewinnmaximierung, sondern das Wohl seiner Mitglieder. Bei Baugenossenschaften bedeutet „Wohl“: preiswertes, sicheres und qualitätsvolles Wohnen. „Preiswert“ heißt: aktuell rund ein Drittel unter dem aktuellen Mietniveau von Neubauten. „Sicher“ heißt: Schutz vor Mieterhöhung und Kündigung. „Qualitätsvoll“ heißt: gestalterisch hochwertige Architektur mit vielen Gemeinschaftseinrichtungen wie Dachgarten, Waschküche, Werkstätten, Musikübungsraum, Bibliothek, Fitnessraum, Sauna, Gästezimmern und anderem.

Bei der Finanzierung eines Bauprojekts ist es ein enormer Vorteil, kein provisorisches Konstrukt wie die GbR der Baugemeinschaften zu sein. Denn als ein auf Dauer angelegtes Wirtschaftsunternehmen kann eine Genossenschaft selber Kredite aufnehmen. Üblicherweise

der ökologischen Mustersiedlung im Prinz-Eugen-Park betragen die Baukosten 5.000 Euro/m<sup>2</sup>, sodass die künftigen Bewohner 1.250 Euro/m<sup>2</sup> selber „beisteuern“ müssen. Wie schon erwähnt, werden auf dem freien Wohnungsmarkt aktuell durchschnittlich 9.000 Euro/m<sup>2</sup> ver-

preise haben sich in den letzten 10 Jahren verdreifacht.

### Welche Bedeutung die Kommunalpolitik hat

Auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses vergibt die Stadt München 40% ihrer Grundstücke an Baugemeinschaften und Baugenossenschaften: rund 10% an Baugemeinschaften und rund 30% an Baugenossenschaften. Zudem verkauft sie ihre Grundstücke nicht an die schnellsten oder meistbietenden Interessenten, sondern an diejenigen mit dem besten Konzept. „Konzept“ bedeutet: die verbindliche Zusage, bestimmte städtebauliche, soziale und ökologische Kriterien zu erfüllen.

Doch wer 40% seiner Grundstücke an Baugemeinschaften und Baugenossenschaften verkaufen möchte, der sollte auch dafür sorgen, dass es davon genügend gibt. Deshalb unterstützt die Stadt München deren Gründung über ihre im Herbst 2014 gegründete „Mitbauzentrale“. Die berät Interessenten kostenfrei und begleitet sie mit profundem Fachwissen. Zudem betreibt sie eine große Projektbörse. Dies führte

*Was München gerade erlebt, das ist eine selbst herbeigeführte Hypergentrifizierung: Die obere Mittelschicht verdrängt die untere Mittelschicht.*

finanziert sie rund 75% der Baukosten selbst und tilgt den Kredit mit den künftigen Mieteinnahmen. Die Genossenschaftsmitglieder bzw. künftigen Bewohnerinnen und Bewohner müssen deshalb nur rund 25% der Baukosten finanzieren. Banken gewähren niedrige Kredite wesentlich einfacher. Und die KfW bietet dafür ein eigenes Förderprogramm mit zinsgünstigen Krediten an.

Konkretes Beispiel: Beim aktuell entstehenden Bauprojekt der jungen „Bürgerbauverein München eG“ in

langt. Das ist für Wohnungssuchende mehr als 7-Fache. Die 4.000 Euro/m<sup>2</sup> Differenz zwischen Baukosten und Marktpreis sind allerdings nicht nur das Resultat überzogener Gewinnmargen der Bauträger, sondern rühren auch daher, dass der „Bürgerbauverein München eG“ und die anderen Baugenossenschaften frühzeitig Vorverträge mit der Stadt München abgeschlossen hatten und dabei der damals aktuelle Grundstückswert als späterer Kaufpreis verbindlich vereinbart wurde. Denn die Münchener Grundstücks-



Anfang Oktober 2018 präsentierte sich München auf der Immobilienmesse „ExpoReal“ wieder als Standort für umsatzstarke Unternehmen an.

bislang zu 14 Neugründungen von Baugenossenschaften. Und 5 weitere stehen aktuell vor ihrer Gründung. Zum Vergleich: Als die „Mitbauzentrale“ ihre Arbeit aufnahm, lag in München die letzte Gründung einer Baugenossenschaft bereits über ein Jahrzehnt zurück.

Dass die Baugenossenschaften dreimal so viele Grundstücke erhalten wie Baugemeinschaften, hat mehrere Gründe: Erstens sind Baugenossenschaften bleibende Akteure auf dem Wohnungsmarkt, d. h. sie realisieren in der Regel nicht nur ein Projekt, sondern anschließend weitere Projekte, während sich Baugemeinschaften nach der Fertigstellung ihres Projekts auflösen und als Akteure vom Wohnungsmarkt verschwinden. Zweitens sind Baugenossenschaften robustere Gebilde, d. h. das Risiko, dass sie scheitern, ist sehr viel geringer als bei Baugemeinschaften. Und drittens zeichnen sich Baugenossenschaften durch eine starke Durchmischung verschiedener Einkommensschichten und Altersgruppen aus, durch eine große

Bewohnervielfalt auf engem Raum – ein wichtiger Faktor zur Vermeidung sozialer Brennpunkte und zur Entstehung einer lebendigen, toleranten und offenen Gesellschaft.

Doch warum unterstützt die Stadt München eigentlich so massiv die Neugründung von Baugenossenschaften, wo es doch bereits zahlreiche alte Baugenossenschaften mit langer Tradition gibt? Die Antwort

Know-how mehr, was das Bauen betrifft, und begnügen sich mit dem Verwalten und Sanieren ihres großen Wohnungsbestands, in dem die Miete teilweise noch zwischen 5 und 6 Euro/m<sup>2</sup> beträgt. Die Eltern melden ihre Kinder sofort nach der Geburt als Mitglied bei der Genossenschaft an, sodass sie später, wenn sie erwachsen sind, aufgrund ihrer dann bereits langen Mitglied-

*Eine Baugenossenschaft stellt einen „dritten Weg“ zwischen Eigentum und Mietverhältnis dar. Jedes Mitglied ist Vermieter und Mieter in einer Person.*

ist simpel: Fast alle alten Baugenossenschaften bauen schon lange nicht mehr. Spricht man Insider auf sie an, so verfinstert sich ihre Miene und es fallen Begriffe wie „lustlos“, „mutlos“, „faul“, „verstaubt“, „verknöchert“ und „egozentrisch“.

Tatsache ist: Fast alle alten Baugenossenschaften besitzen keinerlei

schaft ein Anrecht auf eine frei werdende Wohnung haben. Geschlossene Gesellschaften also. Für den Bau neuer Wohnungen sehen fast alle der alten Baugenossenschaften keinen triftigen Grund. Deswegen bleibt der Stadt München gar nichts anderes übrig, als auf den Elan neuer Baugenossenschaften zu setzen.



Mitte September 2018 protestierten auf der Großdemonstration der Initiative „#ausspekuliert“ über 10.000 Münchnerinnen und Münchner gegen die teuren Mieten.



Wohnanlage der Genossenschaft „Wogeno eG“ im Münchener Domagkpark, ausgezeichnet mit dem Deutschen Bauherrenpreis 2018

### Welche Risiken gemeinschaftliches Bauen birgt

Bei einem sich oft über mehrere Jahre hinziehenden Prozess der Gruppenbildung, Planung und Realisierung kommt es zwangsläufig zu Konflikten – zwischen Mitgliedern und zwischen verschiedenen Zielen

Bei Baugemeinschaften ist das Risiko eines Scheiterns sehr viel größer, weil die finanziellen Aufwendungen der künftigen Bewohner vielfach höher sind. Und somit lassen sich auch Nachfolger für aus dem Projekt Aussteigende nicht so schnell finden. Ein Grundstück kann nur

*Eine Genossenschaft ist ein Wirtschaftsunternehmen. Allerdings ist dessen Zweck nicht die Gewinnmaximierung, sondern das Wohl seiner Mitglieder.*

und Wünschen. Die Möglichkeit, beim Entwurfsprozess mitzureden, regt zudem die Fantasie an und weckt hohe Erwartungen, die sich dann nur zum Teil oder gar nicht erfüllen lassen. Enttäuschungen sind vorprogrammiert. Die Stunden der Wahrheit sind der Vorentwurf, die Wohnungsvergabe, der Kostenvoranschlag und das Bankgespräch.

Baugenossenschaften sind die wesentlich robusteren Konstrukte.

bis zu einem bestimmten Termin erworben werden – und bis dahin muss die Gruppe komplett und die Finanzierung gesichert sein. Viele Baugemeinschaften scheitern, weil sie zum Termin für den Grundstückskauf nicht genügend Mitglieder haben. Aus dieser Fragilität wird auch klar, dass als Grundstücksverkäufer eigentlich nur Kommunen infrage kommen. Denn nur sie haben ein Interesse daran,

Grundstücke nicht an die Schnellsten und Meistbietenden zu verkaufen, sondern an diejenigen, die sich

### ONLINETIPPS

Stattbau München GmbH  
**Mitbauzentrale München**  
Beratung für gemeinschaftsorientiertes Wohnen  
[www.mitbauzentrale-muenchen.de](http://www.mitbauzentrale-muenchen.de)

Wagnis eG/Urbanes Wohnen e.V.  
**Die deutsche Genossenschaftsidee**  
Festschrift, November 2017  
[www.t1p.de/0y3j](http://www.t1p.de/0y3j)

Oberste Baubehörde  
**Gemeinschaftlich nachhaltig bauen**  
Forschungsbericht, Januar 2017  
[www.t1p.de/63zi](http://www.t1p.de/63zi)

Frank Kaltenbach  
**Besitz du noch oder lebst du schon?**  
Münchner Feuilleton, Januar 2017  
[www.t1p.de/03oh](http://www.t1p.de/03oh)



Wohnanlage der Genossenschaft „Wagnis eG“ im Münchener Domagkpark, ausgezeichnet mit dem Deutschen Städtebaupreis 2016

für eine positive Ortsentwicklung am besten eignen.

### Wie Baugemeinschaften und Baugenossenschaften ticken

Partizipative Bauprozesse sind anstrengend, manchmal auch konfliktreich und abenteuerlich. Wer sich darauf einlässt, ist kein passiver Konsument, sondern ein aktiver Gestalter. Soziale Kompetenz ist eine notwendige Voraussetzung. Der lange, beschwerliche Weg schweißt die Mitglieder zu einer Gemeinschaft zusammen.

Eine Affinität zu gemeinschaftlichen und ökologischen Konzepten ist bei vielen Baugemeinschaften und Baugenossenschaften erkennbar, allerdings unterschiedlich stark ausgeprägt. Baugemeinschaften bestehen meist aus jungen Familien, die klare Eigentumsverhältnisse und etwas Verkauf- und Vererbbares wollen. Sie sind relativ homogen bezüglich Einkommen und Lebensphase. Baugenossenschaften dagegen sind deutlich heterogener. Neben Familien gibt es hier auch

viele junge und ältere Singles sowie Rentner. Der Wunsch nach lebendigen Nachbarschaften ist hier seit jeher viel stärker ausgeprägt. Während bei Baugemeinschaften Gemeinschaftsräume eher die Ausnahme sind, sind sie bei Genossenschaftsbauten meist üppig vorhanden.

Der Charakter von Baugemeinschaften und Baugenossenschaften ist jeweils stark von den Persönlichkeiten ihrer Gründungsmitglieder geprägt. Sie sind die „Macher“ und ziehen aufgrund ihrer Vorstellungen bestimmte Menschen an – und schrecken andere eher ab. So verfestigt sich der Charakter gruppenspezifisch.

Vor allem Baugenossenschaften haben eine eigene Identität, ein eigenes Selbstverständnis, personifiziert durch ihre gewählten Vorstände und schriftlich definiert in ihrer Satzung. Manche Baugenossenschaften – wie z.B. in München die „Wagnis eG“ und die „Kooperative Großstadt eG“ – sind sehr experimentierfreudig, suchen nach

neuen Formen gemeinschaftlichen Wohnens und realisieren diese mit ungewöhnlichen Grundrissen. „Weniger ist mehr“ lautet hier das Motto: Ein Weniger an individueller Wohnfläche ermöglicht ein Mehr an Wohn- und Lebensqualität für alle. ■

*Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 28. März auf dem „Holzbauforum 2019“ in Berlin hielt.*

**Günther Hartmann**, Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik. Seit Anfang 2017 ist er zudem Mitglied in zwei neu gegründeten Baugenossenschaften.



[www.guenther-hartmann.de](http://www.guenther-hartmann.de)

Mainburg

# Bewusst konsumieren und reparieren statt wegwerfen

Auf Initiative des ÖDP-Ortsverbands entstanden in der Stadt Mainburg zahlreiche commons-orientierte Aktivitäten und Projekte, darunter ein regionaler Bauernmarkt und ein Repair Café. Seit 2014 darf sich Mainburg zudem „Fairtrade-Stadt“ nennen, was bedeutet: Es hat sich verpflichtet, fairen Handel zu fördern. Das wirkt motivierend und lässt neue Aktivitäten entstehen.

von Bernd Wimmer

Mehr als 60 Einzelhandelsgeschäfte, Gastronomiebetriebe, Kirchen, Schulen und Vereine in Mainburg unterstützen bereits die Initiative „Fairtrade-Stadt“. Vorausgegangen war ein einstimmiger Beschluss des Stadtrats. Mit der Idee rannte die Steuerungsgruppe bei vielen Bürgern und Geschäftsleuten offene Türen ein. Sie hatten schon lange erkannt, dass sie durch den Kauf von fairen Produkten einen wichtigen Beitrag für eine gerechtere Welt leisten und gleichzeitig biologische Erzeugnisse von hoher Qualität erhalten.

Der Hintergrund der Fairtrade-Initiative: Viele Bauernfamilien und Plantagenarbeiter in afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Entwicklungsländern leiden unter teils menschenunwürdigen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen sowie niedrigen Einkommen. Und oft müssen dort auch die Kinder arbeiten und können deshalb keine Schulen besuchen. Fairtrade ist eine Strategie zur Bekämpfung dieser Armut durch gerechtere Handelsbeziehungen jenseits der Kapriolen des Weltmarkts. Ökonomie, Ökologie und Soziales sind dabei die drei Säulen. Alle Produzenten und Händler müssen sich

an bestimmte Standards halten – nur dann dürfen ihre Produkte mit dem Fairtrade-Siegel ausgezeichnet werden.

## Fairtrade-Stadt

Um sich „Fairtrade-Stadt“ nennen zu dürfen, muss sich eine Kommune entsprechend zertifizieren lassen

*Um sich „Fairtrade-Stadt“ nennen zu dürfen, muss sich eine Kommune entsprechend zertifizieren lassen und fünf Kriterien erfüllen.*

und fünf Kriterien erfüllen, die ihr Engagement für den fairen Handel auf verschiedenen Ebenen darlegen:

- Stadtrats- bzw. Gemeinderatsbeschluss
- Gründung einer lokalen Fairtrade-Steuerungsgruppe
- Angebot einer bestimmten Anzahl von Fairtrade-Produkten in Einzelhandel und Gastronomie
- Aktive Unterstützung durch die Zivilgesellschaft
- Aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In Deutschland überprüft dieser in Köln ansässige Verein „TransFair“. Seit 2009 tut er dies und hat den Titel „Fairtrade-Stadt“ bisher

an insgesamt 580 Städte vergeben. Weltweit führen den Titel inzwischen über 2.200 Städte in 36 Ländern. Gegründet worden war die Initiative im Jahr 2001 in England.

Die Idee, dass Mainburg eine Fairtrade-Stadt werden könnte, kam mir 2013, als ich einen Artikel über die Fairtrade-Stadt Regensburg in

der ÖkologiePolitik las. Zunächst stellte ich die Idee im ÖDP-Ortsverband vor und stieß auf große Zustimmung. Rasch bildete sich die Steuerungsgruppe, die seither mit viel Engagement, kreativen Ideen und pfliffigen Aktionen arbeitet. Inzwischen ist das Prinzip des fairen Handels in weiten Bevölkerungsteilen bekannt und viele lokale Akteure machen mit.

Wir sind auf verschiedenen Märkten übers Jahr verteilt mit Info- und Verkaufsständen präsent, der katholische Frauenbund schenkt Fairtrade-Kaffee aus und es gibt beim Mainburger Bürgerbüro ein von der Fairtrade-Steuerungsgruppe gestaltetes Schau-



Foto:Gerd Kern

Verkaufs- und Infostand der Steuerungsgruppe „Fairtrade-Stadt Mainburg“ vor dem Bürgerbüro auf dem Marktplatz

erungsgruppe gestaltetes Schau-

fenster. Dazu kommen Aktionen wie Fairtrade-Rosen am Muttertag oder am Valentinstag. Eine örtliche Bank bietet Fairtrade-Goldverkauf an. Die Ideen gehen unserer Mainburger Fairtrade-Steuerungsgruppe um Sprecherin Elisabeth Krojer nie

## MAI Repair Café

Auch die Idee für das dann 2015 gegründete MAI Repair Café entstand im ÖDP-Ortsverband. Und auch sie hatte ein Vorbild: Ein Jahr vorher war im benachbarten Landshut ein Reparaturcafé entstanden. Da wir etwas gegen die Wegwerf-

versammlung führten wir eine In-foveranstaltung mit Gerda Ludwig vom Repair Café Landshut durch. Offiziell gegründet haben wir uns dann im Februar 2016 – als gemeinnütziger Verein mit vier ÖDPlern im Vorstand. Rund 40 Leute waren an jenem Abend da.

Mittlerweile sind wir auf 56 Mitglieder angewachsen. Das MAI Repair Café hat sich etabliert und ist aus Mainburg nicht mehr wegzudenken. Unsere Reparateure sind an den Reparaturnachmittagen, die derzeit zehnmal im Jahr stattfin-

*Inzwischen ist das Prinzip des fairen Handels in weiten Bevölkerungsteilen bekannt und viele lokale Akteure machen mit.*

mentalität unternehmen wollten und im Ort viele aktive Mitglieder haben, fiel die Entscheidung für eine Gründung nicht schwer. Dass die erfolgreich gelang, lag an den vielen Ehrenamtlichen, die ihre Freizeit sinnvoll gestalten wollen und von der Idee überzeugt sind. Vor der eigentlichen Gründungs-

den, mehr als ausgelastet. Aufgrund des großen Andrangs mussten wir 2018 sogar die Regelung einführen, dass pro Reparaturnachmittag jeder Besucher nur einen Gegenstand mitbringen darf. Zusätzlich zu den Reparaturnachmittagen haben wir kürzlich einen Mini-Flohmarkt für gebrauchte, aber noch funktions-

## ONLINETIPPS

### Stadt Mainburg – Fairtrade-Stadt

[www.t1p.de/p53s](http://www.t1p.de/p53s)

### Kampagne Fairtrade Towns

[www.fairtrade-towns.de](http://www.fairtrade-towns.de)

### Fairtrade Deutschland

[www.fairtrade-deutschland.de](http://www.fairtrade-deutschland.de)

### MAI Repair Café

[www.mai-repair-cafe.de](http://www.mai-repair-cafe.de)

[www.facebook.com/mai.repair.cafe](https://www.facebook.com/mai.repair.cafe)

### Regionaler Bauernmarkt Mainburg

[www.facebook.com/Regionaler.Bauernmarkt.Mainburg](https://www.facebook.com/Regionaler.Bauernmarkt.Mainburg)

### Tag der Regionen

[www.tag-der-regionen.de](http://www.tag-der-regionen.de)



Foto: MAI Repair Café

An den Reparaturnachmittagen des MAI Repair Cafés gibt es Anleitung zur Selbsthilfe.

tüchtige Kleinelektrogeräte veranstatet. Geplant ist, ihn künftig vierjährlich durchzuführen.

Die Leute wollen nicht ständig Altes wegen kleiner Schäden wegwerfen und durch Neues ersetzen, werden dazu aber oft gezwungen, denn kleinere Reparaturen zu vernünftigen Preisen bietet der Handel kaum mehr an. Bei neueren Geräten lassen sich Reparaturen auch oft kaum mehr durchführen, weil diese so hergestellt sind, dass sie sich nicht öffnen lassen oder keine Ersatzteile zu beschaffen sind. Das MAI Repair Café hilft und den Leuten wird klar, wie sich unsere Konsumgesellschaft immer mehr zu einer Wegwerfgesellschaft entwickelt. Ergänzend bieten wir Vorträge an wie z. B. von Stefan Schridde aus Berlin, einem führenden Experten für geplante Obsoleszenz. So erreichen wir viele Menschen, schärfen deren Bewusstsein und regen sie an, die Dinge zu hinterfragen und genau hinzusehen.

### Bauernmarkt

Einen Wochenmarkt mit einigen lokalen Händlern gibt es zwar in Mainburg, aber der von uns initiierte Bauernmarkt ist sehr viel größer.

Auf ihm sind Bauern der gesamten Region vertreten und es gibt zudem ein attraktives Rahmenprogramm.

Die Idee des Bauernmarkts entwickelte sich aus meiner Idee eines Einkaufsführers für ökologische und auch konventionelle Direktvermarkter aus unserer Region, der Hallertau. 2011 erschien die erste Auflage, 2015 die zweite mit 44 Einträgen. An der dritten arbeitet der ÖDP-Ortsverband derzeit. Die in unserem Einkaufsführer aufgeführten Direktvermarkter auch auf einem Markttag der breiten Öffentlichkeit zu präsentieren – diese Idee hatte die ÖDP-Stadträtin Annette Setzensack. Gesagt, getan. Der erste Markttag fand bereits großen Zuspruch und so findet der Bauernmarkt nun alljährlich statt – heuer am 5. Oktober.

Von Jahr zu Jahr nehmen mehr Anbieter teil und kommen mehr

## Das MAI Repair Café hat sich etabliert. Unsere Reparatoren sind an den zehn Reparaturnachmittagen im Jahr mehr als ausgelastet.

Er findet einmal im Jahr im Herbst im Rahmen des bundesweiten „Tags der Regionen“ statt.

Besucher. Die Resonanz ist also äußerst positiv und der Wunsch, jeden Monat einen Markttag zu veranstal-



Foto: ÖDP Mainburg

Der Regionale Bauernmarkt verzeichnet jährlich mehr Anbieter und Besucher.

ten, wird immer häufiger an uns herangetragen. Doch auch wenn wir organisatorisch gut aufgestellt sind, können wir das leider beim besten Willen nicht leisten. Die Arbeiten dafür sind sehr viel umfangreicher, als mancher denkt. Die Planungen beginnen bereits im Frühjahr. Leistbar sind sie nur, weil wir ein gutes, motiviertes und inzwischen eingespieltes Team sind.

### Fazit

Alle drei Projekte – Fairtrade-Stadt, MAI Repair Café und Einkaufsführer/Bauernmarkt – haben sich in der Stadt inzwischen etabliert und sind kaum mehr wegzudenken. Alle meine Mitstreiter haben eine organisatorische Routine erlangt, sind aber nach wie vor sehr motiviert – weil

aus der ÖDP die Ideen und die Macher stammen. So sind die Projekte sozusagen Teil einer „politischen Reformbewegung“ von unten. „Empört Euch! Engagiert Euch!“ lautet unser Motto. Es geht neben dem

zum einen vor Ort, zum anderen als Vorbild für Gleichgesinnte an anderen Orten.

So sind z. B. in unserem Landkreis nach dem Vorbild des MAI Repair Cafés inzwischen in Kelheim

*Empört Euch! Engagiert Euch!  
Es geht neben dem konkreten Machen auch immer darum, unsere Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit zu verändern.*

konkreten Machen auch immer darum, unsere Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit zu verändern.

Neben der Empörung über das, was falsch läuft, brauchen wir konkretes Engagement, das

und Abensberg ebenfalls Repair Cafés gegründet worden – wobei wir die Kelheimer und Abensberger natürlich beraten und unterstützt haben. Ich bin in allen drei Repair Cafés unseres Landkreises Gründungsmitglied. Weitere Ideen sind gerne gesehen. Allerdings stoßen wir trotz 61 Mitgliedern, die unser ÖDP-Ortsverband inzwischen aufweist, an eine gewisse Grenze des Leistbaren. Nachahmer in anderen Regionen unterstützen wir aber gerne mit unserem Know-how und unseren Erfahrungen. ■



Foto: ÖDP Mainburg

Das Organisationsteam des Regionalen Bauernmarkts 2018 – mit ÖDP-Plakat

jedem die Wichtigkeit und Richtigkeit dieser Projekte klar ist.

Zwar entstanden alle drei Projekte aus dem ÖDP-Ortsverband heraus, doch agieren die Projekte „Fairtrade“ und „MAI Repair Café“ völlig eigenständig, unabhängig und überparteilich. Aber natürlich ist es ein offenes Geheimnis, dass

bisher falsch Laufende positiv zu verändern – praktisch in der lokalen Umgebung, politisch auch auf allen höheren Ebenen. Dinge auf der lokalen Ebene zu verändern, ist wohl am einfachsten, weil man hier konkrete Projekte in Angriff nehmen und realisieren kann. Und dies sorgt dann für wirksame Impulse –

**Bernd Wimmer**, Jahrgang 1970, studierte Lehramt für Mathematik und Physik und arbeitet als Informatiker. In die ÖDP trat er 1994 ein. Seit 2008



ist er Ortsvorsitzender in Mainburg und seit 2014 Mitglied im Bezirksvorstand Niederbayern. Bei den Europawahlen 2014 und 2019 kandidierte er auf der Liste der ÖDP. In Mainburg gründete er die Fairtrade-Steuerungsgruppe, organisiert den regionalen Bauernmarkt, ist Vorsitzender des MAI Repair Cafés und Vorstandsmitglied in der Ortsgruppe des Bund Naturschutz.

[www.oedp-mainburg.de](http://www.oedp-mainburg.de)

Stuttgart

## Sojaanbau im Reallabor

Ein „Reallabor“ ist nach Niko Paech ein Ort, an dem Methoden und Werkzeuge erprobt und eingeübt werden, die für den Weg in eine Postwachstumsökonomie gebraucht werden. Ein Gemeinschaftsgarten südlich von Stuttgart mit Blick auf die Schwäbische Alb ist dafür ein typisches Beispiel. Ein Forschungsprojekt gab den Anstoß, auch Soja anzupflanzen.

von Markus Heim

Wir sind eine Gruppe von rund zehn Leuten, die sich seit Jahren über familiäre, freundschaftliche oder nachbarliche Beziehungen oder über die Arbeit kennen. Im Jahr 2015 fanden wir in einem Gartenprojekt eine gemeinsame Passion. Angefangen hat alles damit, dass meine Tante mir einen Acker als Schenkung überschrieb. So stand plötzlich die Frage nach der zukünftigen Nutzung im Raum. Und in der Gruppe kam sofort der Wunsch auf, die 800 m<sup>2</sup> in gemeinschaftlicher Arbeit für den Anbau von Gemüse und Obst zu nutzen, dieses selbst zu verarbeiten und auf den Esstisch zu bringen. Das ist nichts Neues oder gar Revolutionäres, sondern war in unserer Gegend – und wohl in ganz Deutschland – schon immer üblich. Doch Bauergärten und der Anbau für den Eigenbedarf sind in der heutigen Zeit selten geworden und einer durchindustrialisierten Landwirtschaft gewichen. Unser Projekt dreht in gewisser Weise das

Rad der Zeit zurück. Gleichzeitig richten wir den Blick nach vorn und wenden uns vor allem mit dem Sojaanbau dem Thema „zukunfts-fähige Nahrungsmittelversorgung“ zu. Nachahmer sind ausdrücklich erwünscht!

Was im Vergleich zu früher als neu gelten kann, das ist das Konzept gemeinschaftlicher Nutzung. Dazu haben wir die vormals zum Anbau von Getreide und Rüben genutzte Fläche in einen Garten umgewandelt, unter anderem Obstbäume gepflanzt sowie eine kleine Gerätehütte, Wassertonnen und eine Sitzecke mit Grillmöglichkeit errichtet. Die

*Auf den Einsatz von Maschinen und damit auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe können wir weitestgehend verzichten. Muskelkraft reicht.*

Fläche wurde nur grob parzelliert. Unsere Mitglieder können entweder ihre eigenen Vorstellungen umsetzen oder ihre Arbeitskraft fürs große Ganze einbringen. Was und wie angebaut wird, das ergibt sich aus Vorschlägen und Vorlieben – und manchmal auch ganz spontan, wenn uns jemand seine übrig gebliebenen Jungpflanzen schenkt. Auf den Einsatz von Maschinen und damit auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe können wir wei-

testgehend verzichten. Muskelkraft reicht. Angebaut wird das übliche Spektrum an Obst und Gemüse. Und über die Jahre konnten wir die Erträge steigern. Das Wissen um die richtigen Sorten, Aussaatzeiten und notwendigen Tätigkeiten erwirbt man eben nur durch eigenes Tun und selbst gemachte Erfahrungen.

### 1.000 Gärten – Soja-Experiment

Was uns zu Exoten macht: Die Felder der Umgebung sind geprägt vom Maisanbau, vom Fehlen von Unkräutern und vom Einsatz überdimensionierter Maschinen. Die

„Vermaisung Deutschlands“ – wir haben sie direkt vor Augen. Unsere rote Gartenhütte und die pflanzliche Vielfalt stechen hervor und provozieren vielleicht auch. Im Sommer 2018 bauten wir im Rahmen des 1.000-Gärten-Projekts erstmals Soja an. Ganz grundsätzlich ist Soja der zentrale Aspekt einer Eiweißversorgung auf rein pflanzlicher Basis. Und wenn Soja in Deutschland angebaut wird, muss kein genmanipuliertes Soja importiert werden.



Foto: Markus Heim

Zwischen den ortsüblichen Mais-Monokulturen setzt der Gemeinschaftsgarten mit seiner großen Vielfalt an Nutzpflanzen ein Zeichen.

Das 1.000-Gärten-Projekt ist ein Forschungsprojekt der Universität Hohenheim und dem Freiburger Tofu-Hersteller „Taifun-Tofu“. Sein Ziel ist es, in Freilandversuchen Sojasorten zu finden, die für das vergleichsweise raue Anbauklima in Deutschland geeignet sind und eine

Teilnahme bereitgestellt. Die hat sich bei uns zum Startschuss für eine eigene Tofu-Herstellung entwickelt. Die Sojapflanzen zeigten keinerlei Schädlingsbefall – ganz im Gegensatz zu den Erbsen nebenan – und reiften gut aus. Als zeitintensiv erwies sich das Auspulen

*Das Wissen um die richtigen Sorten, Aussaatzeiten und notwendigen Tätigkeiten erwirbt man nur durch eigenes Tun und selbst gemachte Erfahrungen.*

gute Eignung zur Tofu-Herstellung besitzen. Dafür wurden deutschlandweit Kleingärtner gesucht, die im eigenen Garten einige Quadratmeter für die zu testenden Sorten bereitstellen. Aussaat der Bohnen und Dokumentierung des Pflanzenwachstums erfolgten dabei durch den Kleingärtner – im Stil einer Citizen Science – und endete mit dem Einschicken der reifen Bohnen an die Universität. Aufmerksam auf das Projekt waren wir eher zufällig durch den Hinweis einer Mitstreiterin geworden. Es erwies sich als idealer Anlass, um den selbst gesetzten Anspruch, ein „Reallabor“ zu sein, unter Beweis zu stellen.

Neben dem Saatgut für die Wissenschaft wurde eine weitere Tüte der Sorte „Primus“ für den Eigenbedarf und als Dankeschön für die

der Bohnen, doch die Arbeit lässt sich gut am Küchentisch in geselliger Runde verrichten. Verblüffend war dann, wie einfach sich Tofu herstellen lässt. Neben schon vorhandenen Küchengeräten wie Mixer und Kochtöpfen sind lediglich der Kauf einer kleinen Presse und das Gerinnungsmittel „Nigari“ erforderlich. Ein Video-Tutorial aus dem Internet zeigte uns Anfängern die einzelnen Arbeitsschritte. Und geschmacklich ist der eigene Tofu unschlagbar. Insofern haben wir die richtige Sojasorte bereits gefunden.

### Gute Erträge & hoffnungsvolle Signale

Nach den ersten drei Jahren Gemeinschaftsgarten lässt sich eine überaus positive Bilanz ziehen:

Wir haben viel erreicht. Unser Essen stammt aus dem eigenen Garten und ist vegetarisch. Der Garten selbst hat sich zu einem Ort der Begegnung entwickelt: neugierig fragende Spaziergänger, ihren Traktor anhaltende Bauern, ein Erntedankgottesdienst mit Freunden und Bekannten, abendliche Gespräche am Grillfeuer. Und auch die Insekten scheinen sich bei uns wohlfühlen – was angesichts der apokalyptischen Meldungen über den aktuellen Insektenschwund eine gewisse Hoffnung gibt. So ist die kleine Gerätehütte ein beliebter Nistplatz für Feldwespen geworden und am Flugloch eines Nestes der Erdwespe ließ sich bis weit in den Herbst hinein ein reger Flugbetrieb beobachten. ■

**Markus Heim,** Jahrgang 1973, lernte den Beruf des Werkzeugmachers, studierte anschließend Maschinenbau und ist seit 2010 als freiberuflicher Konstrukteur für Werkzeugmaschinen und Automatisierungsanlagen tätig. Seit 2014 ist er ÖDP-Mitglied und beschäftigt sich mit der Postwachstumsökonomie und ihrer praktischen Umsetzung.



mheim@freenet.de

### ONLINETIPP

Universität Hohenheim,  
Taifun-Tofu GmbH  
**1000 Gärten 2.0 –  
Das Soja-Experiment**  
[www.1000gaerten.de](http://www.1000gaerten.de)

Do-it-yourself-Kulturen

# „Sinnliche Erfahrungen ermöglichen und Menschen zusammenbringen“

Die Stiftung „anStiftung“ wurde 1982 gegründet, um nachhaltige Lebensstile zu erforschen und zu fördern. Dabei wurden das partizipative Umgestalten von Stadträumen, der Anbau von Nahrungsmitteln sowie das gemeinschaftliche Herstellen und Reparieren von Dingen zu ihren Schwerpunktthemen. Sie berät und begleitet zahlreiche Initiativen.

Interview mit Dr. Christa Müller

**ÖkologiePolitik: Frau Dr. Müller, was ist Commoning?**

Dr. Christa Müller: Der Begriff „Commons“ adressiert Gemein- oder Gemeinschaftsgüter. „Commoning“ bedeutet entsprechend: einen Umgang mit Dingen, sozialen Verhältnissen und Institutionen, also seien sie Gemeingüter, gehörten

also nicht einigen wenigen, sondern gewährten freien Zugang für alle. Diese Konzentration auf ein ein-

Jede Zeit bringt die ihr eigenen Bewegungen und Formen des Politischen hervor. Die Commons-Bewegung ist definitiv auch von Teilen der technikaffinen Hippiebewegung inspiriert, insofern sie Technik für alle zugänglich machen will, z.B. in Fab Labs und anderen offenen Werkstätten. Sie versteht sich selbst aber nicht primär als Gegenbewegung, sondern nimmt vielmehr eine vermittelnde Rolle ein. Commoning in seinen unter-

*„Politischer Protest und politische Forderungen erhalten durch die komplementären Praxen des ‚Machens‘ eine eigene Wirksamkeit.“*

schließendes „Gemeines“ erfordert ökologisch ausgerichtete, vorsorgende Formen kollaborativen und kooperativen Wirtschaftens.

**Warum erlebt das Commoning derzeit einen Boom?**

Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Commonsorientierte Haltungen und Interventionen sind ebenso konstruktive wie pragmatische Entgegnungen auf die Verwerfungen des industriell-digitalen Kapitalismus, wie z. B. das Verschließen von Wissen oder die Privatisierung von öffentlichen Gütern.

**Ähnliches gab es bereits in der Vergangenheit, z. B. in der Hippie-Bewegung. Was ist neu? Wo liegen die Unterschiede?**

schiedlichen Ausprägungen wie der Urban-Gardening- oder der Open-Source-Bewegung ist eine Antwort auf gesellschaftliche Entwicklungen wie die Virtualisierung und die damit einhergehende Entfremdung von der Natur und von handwerklichen Tätigkeiten. Diese Bewegungen sind zudem von der Erkenntnis getragen, dass die ökologische Frage längst zur gesellschaftlichen Schlüsselfrage geworden ist.

**Handelt es sich beim Commoning eher um eine vorübergehende Moderscheinung oder um einen langfristigen Trend?**

Weder noch. In der Form von Urban-Gardening-Projekten, Reparatur-Initiativen oder Offenen



*Dr. Christa Müller, Jahrgang 1960, studierte Soziologie, forschte in Spanien, Mittelamerika und Westfalen zu Bauernbewegungen und Modernisierungsprozessen, promovierte über die Integration eines westfälischen Dorfes in den globalen Markt. Seit Anfang der 2000er-Jahre forscht sie für die Organisation „anStiftung“ zu nachhaltigen Lebensstilen und neuen Wohlstandsmodellen, speziell in den neuen urbanen Subsistenzpraxen der Urban-Gardening- und Do-it-yourself-Bewegungen.*

[christa.mueller@anstiftung.de](mailto:christa.mueller@anstiftung.de)

bzw. haptischen Erfahrungen im Alltag und der fehlenden Möglichkeiten des Selbergestaltens wird mit der intensivierten Digitalisierung eher mehr denn weniger als Sinnverlust wahrgenommen werden.

**Wie politisch ist die Commons-Bewegung?**

Das hängt davon ab, ob man ein konventionelles Politikverständnis zugrunde legt oder aber auch unerwartete Wechselwirkungen in das Verständnis politischer Prozesse einfließen lässt.

**Lenkt das viele „Machen“ nicht von der politischen Reflexion und vom politischen Protest ab?**

Eher umgekehrt. Politischer Protest und politische Forderungen erhalten durch die komplementären Praxen des „Machens“ eine eigene Wirksamkeit. Das heißt, das Machen an sich, das Selberproduzieren von lebensnotwendigen Dingen oder einfach nur das Ausdrucken von Ersatzteilen mit dem 3-D-Drucker erweitern die Möglichkeiten der Einzelnen oder der Kollektive in einem volkswirtschaftlichen Kontext, der sie nur als Konsumenten ansieht. Werden Dinge entgegen der Industrielogik selber hergestellt und kleinteilig produziert, repariert und haltbar gemacht, wirken politische Forderungen, wie sie z. B. im Reparatur-Manifest formuliert sind, sehr viel stärker in die Öffentlichkeit als ein rein abstrakt-theoretischer Forderungskatalog. So werden die Forderungen des „Runden Tisches Reparatur“, eines Zusammenschlusses von Reparatur-Initiativen, Verbraucherzentralen und Umweltverbänden, durch jede erfolgreiche Reparatur im Repair Café alltagspraktisch unterstrichen und damit verstärkt.

**Strebt die Bewegung auch gesellschaftspolitische Ziele an, deren Er-**

## BUCHTIPPS

Andrea Baier, Tom Hansing, Christa Müller, Karin Werner (Hrsg.)

**Die Welt reparieren**  
Open Source und Selbermachen als postkapitalistische Praxis  
Transcript, Nov. 2016  
342 Seiten, 19,99 Euro  
978-3-8376-3377-1



Andrea Baier, Christa Müller, Karin Werner

**Stadt der Commonisten**  
Neue urbane Räume des Do it yourself  
Transcript, Mai 2013  
232 Seiten, 24,90 Euro  
978-3-8376-2367-3



PDFs kostenfrei downloadbar:

[www.t1p.de/Sugh](http://www.t1p.de/Sugh)

Christa Müller (Hrsg.)  
**Urban Gardening**  
Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt  
Oekom, März 2011  
352 Seiten, 19,95 Euro  
978-3-86581-244-5



**reichung sie eines Tages überflüssig werden lässt?**

Warum sollten sie überflüssig werden? Vorstellungen von einer „gartengerechten Stadt“, wie sie im Urban-Gardening-Manifest den Realitäten einer „autogerechten“ Stadt gegenübergestellt werden, oder die Durchsetzung reparaturfreundlicher Gebrauchsgüter sind ja nicht nur Mittel zum Zweck, sondern zugleich auch verbunden mit attraktiven Praxen, die Sinn stiften, sinnliche Erfahrungen ermöglichen und Menschen zusammenbringen.

**Frau Dr. Müller, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.**

## ONLINETIPPS

**anStiftung**  
[www.anstiftung.de](http://www.anstiftung.de)

**Netzwerk Reparatur-Initiativen**  
[www.reparatur-initiativen.de](http://www.reparatur-initiativen.de)

**Verbund Offener Werkstätten**  
[www.offene-werkstaetten.org](http://www.offene-werkstaetten.org)

**Runder Tisch Reparatur**  
[www.runder-tisch-reparatur.de](http://www.runder-tisch-reparatur.de)

**Reparatur-Manifest**  
<https://de.ifixit.com/Manifesto>

**Urban-Gardening-Manifest**  
[www.urbangardening-manifest.de](http://www.urbangardening-manifest.de)

Heimat

## „Commons sind Träger und Gestalter lokaler Identitäten“

Der Begriff „Heimat“ hat Konjunktur. Rechtspopulisten fürchten ihren Verlust und setzen auf Abgrenzung und Stärkung „nationaler Identität“. Die Bundesregierung reagierte mit einem „Heimatministerium“. Doch was ist Heimat überhaupt? Ein deutscher Autor und Publizist hat sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt und kommt zu überraschenden Ergebnissen.

Interview mit Christian Schüle

**ÖkologiePolitik: Herr Schüle, was haben die Commons mit Heimat zu tun?**

Christian Schüle: Hängt man keinem rechtsnationalen Heimatverständnis an, das auf dem Glauben an „Blut und Boden“ basiert, son-

Mittelpunkt, die Begegnung, die gegenseitige Wertschätzung, das Miteinander. Diese meist jungen Menschen teilen sich die Commons, die vorhandenen Grundgüter, und treffen an ihren Orten auf Gleichsinnige. Sie verschieben die Grenzen

Obwohl sie alles andere als theorielastig sind, stellen sie eine radikale Gesellschaftskritik dar: Die Quartiere der Commons sind investorenfreie Räume. Dem Prinzip Abschöpfung steht das Prinzip Wertschöpfung gegenüber, dem Ich-Atom die Wir-Gruppe. Dabei ist jeder willkommen. Egal ob Handwerker oder Akademiker, ob Einheimischer oder Zugezogener oder Geflüchteter: Jeder hat einen unterschiedlichen Background und unterschiedliches Wissen, das er einbringen kann. Verschiedenheit wird begrüßt und als Bereicherung empfunden, Individualität nicht in ein Kollektiv gepresst. Je vielfältiger die Gemeinschaft, desto lebendiger, kreativer und robuster ist sie. Die Commons-Bewegung basiert auf

„Bei den Commons werden keine geschlossenen Ideologien und Weltbilder propagiert, es wird nicht fragmentiert, nicht abgegrenzt und nicht ausgegrenzt.“

dern betrachtet Heimat als einen dynamischen kulturellen Prozess, bei dem es vor allem um ein Gefühl von Vertrautheit und Vertrauen geht, dann liefert das stark wachsende Commons-Netzwerk dafür einen wertvollen Beitrag. Es geht den Commonisten weder um plumpe Heimattümelei noch um Kommunardentum im Sinne eines ideologischen Sozialismus, sondern um konkretes gemeinschaftliches Tun in mikrosozialen Gemeinschaften. Da werden keine geschlossenen Ideologien und Weltbilder propagiert, es wird nicht fragmentiert, nicht abgegrenzt und nicht ausgegrenzt. Stattdessen steht das Wir im

der eigenen Privatsphäre zugunsten einer Kooperation mit denen, die gerade da sind. Somit zielen sie auf immer wieder neu anzustoßende Prozesse sozialer Verbindung. Und

„Das ‚Wir‘ im Mittelpunkt, die Begegnung, die gegenseitige Wertschätzung, das Miteinander.“

daraus entsteht ein starkes Gefühl von Zugehörigkeit und Geborgenheit – und das unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft.

**Welche kulturelle, gesellschaftspolitische Bedeutung haben die Commons?**

Strukturen, die das ökonomische System der Steigerung nicht mehr hervorbringt oder nicht mehr hervorbringen will. Bei den Commonisten geht es um Kooperation und Prozess, nicht um das messbare Produkt. Der Prozess ist das Produkt.



Foto: Markus Rölleke

**Christian Schüle, Jahrgang 1970, studierte Philosophie, Soziologie, Politische Wissenschaft und Theologie, arbeitete dann zunächst fünf Jahre bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ und ist seither als freier Autor und Publizist tätig. Neben zahlreichen Essays und Reportagen veröffentlichte er bisher elf Bücher, darunter 2017 „Heimat – Ein Phantomschmerz“. Seit 2015 lehrt er zudem Kulturwissenschaft an der Universität der Künste in Berlin.**

[www.christianschüle.de](http://www.christianschüle.de)

**Die Commons bilden also einen Gegenpol sowohl zum Neoliberalismus als auch zum Rechtspopulismus?**

Ja, denn beide stellen das Konkurrenzprinzip über das Gemeinwohl: Im Neoliberalismus zerfällt die Gesellschaft in konkurrierende Wirtschaftsunternehmen – vom Großkonzern bis hinunter zur Ich-AG. Im Rechtspopulismus zerfällt die Weltgemeinschaft in konkurrierende Nationen. Doch die Nation ist eine abstrakte und höchst fragwürdige Idee. Deutschland hat sich im Lauf der Jahrhunderte ständig verändert und war vom frühen Mittelalter bis heute auch immer das Resultat großer ungesteuerter Migrationsprozesse. Das „Deutsche an sich“, eine

Art deutsche nationale Essenz, gibt es nicht. Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse stellt der Idee einer nationalen Identität die regionale Identität gegenüber. Man kann diesen Ansatz weiterdenken und lokale Identität als Kern heimatlicher Geborgenheit identifizieren. Und die Commons als Träger und Gestalter lokaler Identitäten.

**Worin unterscheiden sich Commons von anderen Formen gesellschaftspolitischen Protests?**

Nicht ein abstraktes „Gegen etwas Sein“ steht im Mittelpunkt, sondern ein konkretes „Für etwas Sein“ bzw. ein „Etwas Tun“. Das Werden, der Vorgang der Fabrikation, der Prozess der Herstellung erhalten einen weit höheren Stellenwert als das bereits hergestellte, verkaufbare und nach Gebrauch zu entsorgende Gut. Je größer Mitspracherecht und Eigenverantwortung des Einzelnen, desto höher seine Motivation und Identifikation. Jeder hat dann Verantwortung; und aus Verantwortung entsteht

„Je vielfältiger die Gemeinschaft, desto lebendiger, kreativer und robuster ist sie.“

Vertrauen, aus Vertrauen entsteht Geborgenheit, aus Geborgenheit schließlich Heimat. Das Brauchen und Gebrauchtwerden – das „Brauchtum“ sozusagen – bilden einen sozialen Kitt. Und daraus entwickelt sich auch ein realer Gewinn, allerdings nicht in Form von mehr Geld, sondern von mehr Lebensqualität. Das Gefühl, angewiesen zu sein, nicht austauschbar, überflüssig, unnützlich zu sein, ist die Keimzelle für Solidarität, Loyalität und Engagement. Hier trifft sich die Sehnsucht des zeitgenössischen Individuums nach Schutz und Si-

### BUCHTIPP

Christian Schüle  
**Heimat**  
Ein Phantomschmerz  
Droemer, Mai 2017  
256 Seiten  
19,99 Euro  
978-3-426-27712-6



cherheit mit der Gestaltung der Gemeinschaft.

**Wenn die Zahl der Commons stetig weiterwächst: Wo führt das hin?**

Bei dieser Art der Wertschöpfung geht es um Sinnstiftung. Um kulturellen und sozialen, nicht um den rein ökonomischen Mehrwert. Offenbar besitzt diese andere Form der Wertschöpfungsproduktion für immer mehr junge Menschen eine hohe Attraktivität. Der Kultur- ist auch ein Mentalitätswandel, er ist eine Werteverlagerung. Neue Bewegungen wie der Commons transformieren Arbeit und Zeit in eine

neue Form sozialer Beheimatung. Investiert wird in soziale Beziehungen und in Menschen. Weil in den superdiversen Städten der Zukunft Konflikte nur durch Konsens und konstruktive Gemeinsamkeit verhindert werden können, wird es auf die Fähigkeit ankommen, mit unvermeidbarer Diversität und Ambivalenz umgehen zu lernen. Zuständigkeiten müssen künftig stärker lokal und regional organisiert werden. Die Ideen der Commonisten weisen in die richtige Richtung.

**Herr Schüle, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.** ■

Wissenstransfer

## „Wir möchten die Fantasie der Leute anregen“

Wer im Internet nach Informationen über Commons sucht, der findet eine schwer überschaubare Vielfalt an Plattformen unterschiedlichster Initiativen – Gemeinschaftsgärten, Reparatur-Cafés und anderes. Und es gibt im Internet auch einige Meta-Plattformen. Zu denen gehört die 2016 gegründete „Hauptsache Commons“.

Interview mit Holger Roloff

**ÖkologiePolitik:** Herr Roloff, Sie sind Mitbegründer der Internetplattform „Hauptsache Commons“. Wozu braucht es die?

Holger Roloff: Die eigentliche Gründerin ist meine Commons-Kollegin Stefanie Haupt. Sie machte mich darauf aufmerksam, dass die breite Bevölkerung informiert werden muss. Und der schnellste Weg ist heutzutage das Netz. Auf unserer Plattform finden Interessenten alles übersichtlich dargestellt und leicht verständlich erklärt. Wer tiefer einsteigen will, findet im Blog entsprechende Buchtipps, erfährt im Newsletter von neuen Commons-Projekten, Veranstaltungen, Vorträgen und Treffen, kommt so in Kontakt mit anderen Commonern. Wir möchten die Fantasie der Leute anregen.

**Wie wurden Sie selbst zum „Anhänger“ der Commons-Bewegung?**

Initialzündung war hier in Hamburg ein Vortrag der Commons-Vordenkerin Silke Helfrich im Jahr 2011. Damals suchte ich nach Bausteinen, um ein größeres Lösungskonzept für alle ökonomischen Probleme zu erarbeiten. Es kursierten verschiedene Ideen zum Bereich Gemeinwohl-Wirtschaften, die in Vorträgen präsentiert wurden. Ich habe

mir alles neugierig angehört. Beim Commons-Vortrag fiel sofort der Groschen. Für mich war klar, dass es das sein könnte, was ich gesucht hatte. Es passte wie ein fehlendes Puzzleteil in meine schon vorhandenen Ideen. Die Lösung konnte ich dann 2013 veröffentlichen. Sie heißt „Ressourcenwirtschaft“ und ist im

seits sowie zwischen uns Menschen andererseits. Wem das klar wird, der spürt in sich eine sich freisetzende Begeisterung. Diese Energie wirkt ähnlich positiv ansteckend wie Lachen. Der ganz große Boom kommt allerdings erst noch, nämlich dann, wenn es den Mainstream erreicht und zum Massenphäno-

*„Wir stehen vor einem Umbruch, einem Epochenwechsel. Dem geht ein bewusstseinsmäßiges Erwachen voraus. Die Neugier nach neuen Antworten wächst.“*

Netz zu finden als „violette Wirtschaftsvision“. Commons bilden darin den zentralen Kern.

**Warum erleben Commons gerade einen Boom?**

Wir stehen vor einem großen Umbruch, einem Epochenwechsel. Dem geht ein bewusstseinsmäßiges Erwachen voraus. Die Neugier nach neuen Antworten wächst. Die Leute spüren, dass es mehr an Lösungen geben kann, dass wir aus der geistigen Enge bürgerlicher Verhältnisse ausbrechen können. Commons bieten eine neue Logik des Umgangs mit der Natur einer-

men wird. Das geht manchmal schneller, als man ahnt. Man denke nur an die Dynamik der Gelbwesten-Bewegung oder die Fridays-for-Future-Demos.

**Wo liegen die Unterschiede zu ähnlichen Bewegungen der Vergangenheit, z. B. die der Hippies?**

Die grundlegenden, universellen Wahrheiten sind immer gleich. Das eint alle dieser alten Bewegungen. Unterschiede sehe ich drei: erstens im historisch erreichten Stand der Produktivität, zweitens im Informationsfluss durch das Internet und drittens in den Begriffen, die



**Holger Roloff**, Jahrgang 1964, studierte Mikroelektroniktechnologie und Feingerätetechnik und arbeitet seither in den Bereichen Handel, Projektmanagement, Qualitätsmanagement und Unternehmensberatung. Im Herbst 2016 gründete er zusammen mit Stefanie Haupt das Internetprojekt „Hauptsache Commons“.

[www.hauptsache-commons.de](http://www.hauptsache-commons.de)

aus der kritischen Gesellschaftstheorie kommen. Wir können die Problemlage exakter und begrifflich schärfer fassen als je zuvor. So lassen sich auch Lösungen besser formulieren. Durch das Internet erfahren wir rasend schnell davon. Es kann kein Zurück zu vorkapitalistischen Verhältnissen geben. Die Gesellschaftsentwicklung lässt

*„Die Gesellschaftsentwicklung lässt sich nur vorwärts, quasi über den Kapitalismus hinaus denken und über Transformationen verändern.“*

sich nur vorwärts, quasi über den Kapitalismus hinaus denken und über Transformationen verändern. Wobei es durchaus lokal auch politische Revolutionen geben könnte, wenn die Lage zu prekär wird.

**Wie politisch ist die Commons-Bewegung?**

Die meisten Leute sind zumindest am Anfang des Erwachens politisch interessiert und auch engagiert. Sobald aber bewusst wird, dass die klassisch-bürgerliche Politik selbst Bestandteil des Problems ist, wird klar, dass die wirklichen Lösungen – zumindest im Ansatz – außerhalb liegen. Ergebnis sind die Bürgerbewegungen, NGOs, BGE-Initiativen und unabhängigen Commons-Projekte weltweit. Gleichzeitig kann man sich als Einzelperson vielfältig positionieren: in einer

*„Commons bieten eine neue Logik des Umgangs mit der Natur sowie zwischen uns Menschen.“*

*Wem das klar wird, der spürt in sich Begeisterung.“*

Partei, in anderen Initiativen und in Commons. Die Zukunft ist bunt. Das soll auch unser Logo darstellen.

**Lenkt das viele „Machen“ nicht von der politischen Reflexion und vom politischen Protest ab?**

Ich erlebe das Gegenteil. Ich lese regelmäßig Beiträge aus der kritischen Theorie, höre mir Vorträge an, besuche Veranstaltungen, diskutiere mit Leuten und versuche, andere zu ermutigen, selber in die Verantwortung zu gehen, anstatt das allein der Politik zu überlassen. Ich nehme

auch an Demonstrationen teil und staune immer, dass ich nicht alleine bin. Das Energielevel steigt und die Menschen erlangen endlich das scheinbar lange verschollene Selbstbewusstsein zurück. Während der

### ONLINETIPPS

**Hauptsache Commons**  
Transformieren wir die Welt zusammen!

[www.hauptsache-commons.de](http://www.hauptsache-commons.de)

**Commons-Institut**

Commons entstehen durch Commoning

[www.common-institut.org](http://www.common-institut.org)

G20-Woche 2017 in Hamburg waren weit über 100.000 Menschen friedlich auf der Straße. Ausgelassene Stimmung, Party, Gesang, kreative

Verkleidungen, tolle Begegnungen. Es gab sogar einen „Alternativen G20-Gipfel“ mit Rednerinnen und Rednern aus aller Welt, wesentlich spannender als der offizielle Gipfel der großen Politik. Die Medien transportierten etwas völlig anderes ins öffentliche Bewusstsein: Bilder von Feuer und zerstörten Autos.

**Strebt die Bewegung auch gesellschaftspolitische Ziele an, deren Erreichung sie eines Tages überflüssig werden lässt?**

Wird Commoning als Formprinzip der Normalzustand, weil die Marktwirtschaft historisch durch eine Ressourcenwirtschaft abgelöst wurde, dann verschwindet die positive Energie nicht einfach so. Sie wird ihren Ausdruck in neuen Bewegungen finden, die versuchen, die Gesellschaft in Richtung einer kosmologisch ausgerichteten Welt weiterzuentwickeln. Dann stehen neue Themen an.

**Herr Roloff, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.** ■

Ontologischer Wandel

## „Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben?“

Unsere Gesellschaft preist sich als demokratisch, frei und offen, doch in Wirklichkeit sind ihre Strukturen ziemlich erstarrt. Negative Entwicklungen zu korrigieren, fällt ihr äußerst schwer. Dies beruht auf falschen Denkmustern, sagt eine Commons-Vordenkerin. Um diese zu überwinden, müssen wir vor allem die richtigen Fragen stellen: Fragen nach dem menschlichen Sein.

Interview mit Silke Helfrich

**ÖkologiePolitik:** Frau Helfrich, in Ihrem neuen Buch heißt ein Kapitel „Haben & Sein“. Das erinnert an Erich Fromm. Ist er ein Vordenker der Commons-Bewegung?

Silke Helfrich: In gewisser Weise schon. Sein „Haben oder Sein“ hat vielen Menschen die Augen geöffnet und sie in ihrem Denken maßgeb-

men des Habens dem Sein dienlich sind. Wir denken über Formen des Habens nach, in denen sich das Sein entfalten kann, indem Beziehungen gestärkt und wir nicht voneinander getrennt werden. Schauen Sie sich das Miethäusersyndikat an. Das ist ein Verbund von über 130 selbst verwalteten Hausprojekten in ganz

„Der Mensch ist ein Beziehungswesen. Je stabiler unsere Beziehungen sind, desto besser für uns, desto lebendiger, menschlicher und sicherer fühlen wir uns.“

lich beeinflusst. Mit dem Titel „Haben & Sein“ lehnen wir uns da natürlich bewusst an. Doch natürlich entwickeln wir Fromms Gedanken auch weiter.

**Inwiefern?**

Fromm arbeitete das Sein vor allem dadurch heraus, indem er die negativen Facetten des Habens genau beschreibt und das Sein dann als positiven Gegenpol aufscheinen lässt. Wir jedoch sehen das Haben und das Sein nicht als unvereinbare Gegensätze, zwischen denen man sich entscheiden muss, sondern fragen ganz pragmatisch, welche For-

Deutschland und darüber hinaus. Dort wird dieser Gedanke über kluge Rechtskonstruktionen umgesetzt.

**Wie ist das „Sein“ in der Commons-Bewegung definiert?**

Wie der Name schon sagt: durch das Gemeinsame, das Verbindende, die Beziehungen – zu sich selbst, zu unseren Mitmenschen, zur Umwelt, auch zu künftigen Generationen. Der Mensch ist ein Beziehungswesen. Je stabiler unsere Beziehungen sind, desto besser für uns, desto lebendiger, menschlicher und sicherer fühlen wir uns. Deshalb sollten



A.K. Lizenz: CC BY SA

**Silke Helfrich**, Jahrgang 1967, studierte romanische Sprachen und Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Ökonomie. Von 1999 bis 2007 war sie Leiterin des Regionalbüros der Heinrich-Böll-Stiftung für Mittelamerika. Seither arbeitet sie als freie Autorin, Aktivistin, Forscherin, Bloggerin und Rednerin. Sie ist Mitbegründerin des Commons-Instituts und der Commons Strategies Group.

[silke.helfrich@commons-institut.org](mailto:silke.helfrich@commons-institut.org)

wir das Verbindende betonen und stärken. In unserer Gesellschaft geschieht jedoch genau das Gegenteil: Sie betont und stärkt das Trennende, versucht alles auf ein binäres Entweder-Oder zu reduzieren. Das

wird aber der Vielfalt und Komplexität des menschlichen Lebens nicht gerecht.

**Wie können wir diese Fehlentwicklung überwinden?**

Indem wir immer wieder die Frage stellen: Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben? Aus den Antworten auf diese Frage ergibt

„Wir sollten das Verbindende betonen und stärken. In unserer Gesellschaft geschieht jedoch genau das Gegenteil: Sie betont und stärkt das Trennende.“

sich alles Weitere. Sie muss zur Leitlinie aller Entscheidungen und Gestaltungen werden. Darüber hinaus ist zu fragen, ob eine Entscheidung das Verbindende oder das Trennende stärkt. Und ob sie zu Selbstermächtigung und zur Erfahrung von Daseinsmächtigkeit führt. Deshalb sind Gestaltungsfreiheit und Möglichkeiten zur Selbstorganisation so wichtig.

**Es geht also bei Commons vor allem darum, dass wir uns anders organisieren?**

Nicht nur. Es geht auch darum, dass wir anders wirtschaften. Aus Organisationsformen, die nicht darauf ausgelegt sind, Konkurrenzkämpfe zu gewinnen, entwickeln sich auch neue Produktionsformen und neue Nutzungsmöglichkeiten. Denken Sie an die Wikipedia im Vergleich zu klassischen Enzyklopädien oder an OpenSource Autos.

**Was sind die größten Hemmnisse?**

Letztlich die aktuellen Denkmuster. Falsche Denkmuster, falsches Handeln und falsche Politik bedingen und stärken sich gegenseitig. Ich versus Wir, Wir versus „die anderen“, Markt versus Staat – und

so weiter. Diese Muster haben sich tief eingegraben in unser Denken und in unseren Alltag. Und sie nähren und zementieren die Machtverhältnisse. Da bleiben nicht nur systemische Zusammenhänge ausgeblendet, sondern auch viele Akteure und Lösungen. Es entstehen blinde Flecken. Das lässt sich nicht

von heute auf morgen überwinden. Neue Denkmuster müssen zunächst kommuniziert, erfasst und eingeübt werden. Es braucht Zeit, „den Schalter im Hirn umzulegen“.

**Wofür braucht es diese Zeit genau?**

Fürs Experimentieren und Justieren. Für Reflexion, Aufklärung und Vorbilder. In unserem Buch berichten wir zwar schon über ziem-

lich viele Vorbilder, aber es müssen noch sehr viel mehr werden.

**Kann die Veränderung nur von unten kommen? Oder kann auch die Politik wichtige Impulse geben?**

Schon einzelne Politiker könnten viel verändern, indem sie einfach immer wieder die vorhin genannte Frage stellen: „Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben?“ Diese Frage ist ja aktuell geradezu ein Tabu. Es wird stattdessen einfach



angenommen, dass unser Bruttoinlandsprodukt wachsen muss. Statt zu fragen: Was stärkt die Beziehungen? und Was stärkt die Selbstermächtigung?, wird im politischen Raum gefragt: Was erhöht unsere Wettbewerbsfähigkeit? Das ist Ausdruck eines falschen Paradigmas. Und dieses Paradigma führt zu den aktuellen sozialen und ökologischen Verwerfungen. Alles als

„Wir müssen uns immer wieder die Frage stellen: Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben? Sie muss zur Leitlinie aller Entscheidungen werden.“

Wettbewerb zu denken – auch die Parteipolitik selbst –, bedeutet immer, andere als Konkurrenten zu sehen und uns in Gewinner und Verlierer aufzuspalten. Den Menschen immer als Homo oeconomicus – als individuellen Nutzenmaximierer – zu betrachten und politische Steuerungsinstrumente daran auszurichten, das nährt dann tatsächlich den Homo oeconomicus in uns. Dabei könnten wir auch andere Seiten in

uns zum Klingen bringen. Es wäre mehr als wünschenswert, wenn das Menschen- und Weltbild der Commons-Bewegung in der Öffentlichkeit mehr Gewicht und eine Stimme erhalten würde. Eine Stimme, die sich nicht mit den falschen Fragestellungen zufrieden gibt und das groteske Spiel mitspielt, sondern konsequent Freiheit, Fairness und Lebendigkeit zusammendenkt und ins Zentrum politischen Handelns stellt.

**Wie kommt man dann vom richtigen Denken zum richtigen Handeln?**

Nicht mit überzogenen Heilerwartungen. Und auch nicht mit Belehrungen. Eher indem wir uns „anstecken“ lassen von Ideen und Praktiken, die auf lebensdienlicheren Grundlagen beruhen. Wir beschreiben viele in unseren Büchern. Wir können sie nicht kopieren, aber ihre Handlungslogiken können auch andere Problemlösungen inspirieren. Entscheidend ist, dass Fehler erkannt und korrigiert werden. Das ist ja heute kaum der Fall. Fehler werden zwar erkannt, aber nicht korrigiert – nicht nur weil Denken und Handeln zu eingengt und festgefahren sind, sondern auch weil wir uns eine Welt gebaut haben, in der wir abhängig geworden sind: vom Wohl und Wehe des Marktes, von der Sojapro-



Gemeinschaftsgarten auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof in Berlin

duktion, die anderswo die Böden zerstört, von einer Überversorgung mit Infrastruktur, die noch jede „Spitze“ bedienen und noch jedes

schenbild – weg vom Homo oeconomicus und der Ich-AG, hin zu einem ganzheitlicheren und menschlicheren Menschenbild. Da-

*„Schon einzelne Politiker könnten viel verändern, indem sie einfach immer wieder die Frage stellen: Was brauchen wir wirklich für ein gutes Leben?“*

weitere Auto aufnehmen muss. Es sieht immer so aus, als sei das eine dynamische Entwicklung. Aber in Wirklichkeit sind unsere Strukturen erstarrt. Deswegen müssen wir noch mal sehr grundsätzlich herangehen und einen, wie wir im Buch sagen, „ontologischen Wandel“ vollziehen.

**Was bedeutet das?**

Ontologie ist die Lehre vom Sein und beinhaltet auch die Frage: Was ist der Mensch? Ein ontologischer Wandel beinhaltet auch einen Wandel im gängigen Men-

von ausgehend können wir unser binäres Rollenverständnis überwinden, nicht länger ausschließlich Konsument oder Produzent sein, sondern beides – so wie die Mitglieder von Wohnbaugenossenschaften sowohl Mieter als auch Vermieter sind. Auch viele Entscheidungen sollten wir nach anderen Kriterien fällen: nicht mehrheitlich, sondern „gemeinstimmig“. Mehrheitlich bedeutet ja immer Sieg und Niederlage, Triumph und Schmerz. Das wirkt trennend statt verbindend. Besser wäre ein Verfahren, in dem

viele Lösungen zur Auswahl stehen und Systemisches Konsensieren, eine konkrete Methode für gemeinsames Entscheiden.

**In der Physik lässt sich Trägheit nur durch die Zufuhr von Energie überwinden. Was bringt Menschen dazu, die vorgegebenen Pfade zu verlassen und sich neuen Formen des Wirtschaftens zuzuwenden?**

Es gibt vor allem drei Gründe, warum sich Menschen bewusst selbst organisieren: Erstens weil sie

den Ausweg erkennen. Und drittens weil sie eine konkrete Vorstellung eines besseren Lebens haben und Commoning als Weg dorthin sehen.

**Diese Ideen wirken auf viele Menschen wahrscheinlich befremdlich.**

Schon möglich, aber viele Leute sagen auch: „Das ist nun wirklich nichts Neues.“ Da haben sie recht! Commons sind so alt wie die Menschheit und so neu wie das Internet. Es hat sie schon immer

*„Alles als Wettbewerb zu denken – auch die Parteipolitik selbst – bedeutet, andere als Konkurrenten zu sehen und uns in Gewinner und Verlierer aufzuspalten.“*

von einer Idee und der Möglichkeit, diese selbst zu gestalten, spontan angezogen werden. Zweitens weil sie sich in einer Notsituation befinden – etwa von Markt und Staat verlassen sind – und in Selbstorganisation

gegeben, in allen Kulturen. Sie wurden nur verdrängt und unsichtbar gemacht. Allerdings sind sie nicht kopierbar, nicht hier wie dort gleich und nicht übertragbar von gestern auf heute. Deshalb brauchen wir

## BUCHTIPPS

Silke Helfrich, David Bollier  
**Frei, fair und lebendig**  
Die Macht der Commons  
Transcript, April 2019  
400 Seiten, 19,99 Euro  
978-3-8376-4530-9



Silke Helfrich, David Bollier, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)  
**Die Welt der Commons**  
Muster gemeinsamen Handelns  
Transcript, September 2015  
384 Seiten, 19,99 Euro  
978-3-8376-3245-3



PDFs & EPUBs kostenfrei  
downloadbar: [www.t1p.de/ld6c](http://www.t1p.de/ld6c)

Erich Fromm  
**Haben oder Sein**  
Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft  
dtv, 1976/  
Neuaufgabe 2019  
272 Seiten, 9,90 Euro  
978-3-423-34234-6



aktuelle Vorbilder, die sich heute bewähren. Vorbilder sind wie Lachen. Sie wirken ansteckend und animieren zur Nachahmung. Eine andere Denk- und Lebensweise, andere Verhaltensmuster zu erlernen und zu üben, ist keine graue Theorie. Es gelingt nur, indem man es tut. In diesem Sinne: Sind Sie schon Mitglied in einer „Solawi“ – einer „Solidarischen Landwirtschaft“?

**Noch nicht, Frau Helfrich, aber herzlichen Dank für die Anregung und das interessante Gespräch.** ■

## ONLINETIPP

### Commons-Institut

Commons entstehen durch Commoning

[www.commonsinstitut.org](http://www.commonsinstitut.org)

### CommonsBlog

Fundsachen von der Allmendewiese

[www.commonsblog](http://www.commonsblog)

Utopie

## „Eine bessere Gesellschaft muss erlernt, entwickelt und aufgebaut werden“

Das Commoning legt seinen Fokus aufs Machen. Politisch Aktiven ist das oft suspekt. Sie kritisieren, Commoning verändere nicht die eigentlichen Ursachen unserer sozialen und ökologischen Probleme. Auf der anderen Seite gibt es inzwischen Linksintellektuelle, die im Commoning eine „revolutionäre Bewegung“ sehen und dazu eine Theorie entwickeln.

Interview mit Simon Sutterlütti

**ÖkologiePolitik:** Herr Sutterlütti, was fasziniert Sie an den Commons?

Simon Sutterlütti: Erlauben Sie es mir, dreifach zu antworten. Zum einen praktizieren Commons eine neue Form des Zusammenlebens und Re-/Produzierens – eine neue Form, die richtungsweisend ist. Reform und Revolution betonen Prozess und Bruch, doch ihnen fehlt der dritte entscheidende Moment: Aufbau des Neuen. Eine inkludierende Gesellschaft fällt nicht nach der Revolution vom Himmel und wenn sie tatsächlich die Bedürfnisse der Menschen zum Inhalt haben soll, kann sie nicht durch staatliche Restrukturierungen erreicht werden. Eine bessere Gesellschaft lässt sich nicht einfach „von oben“ verordnen, sondern muss „unten“ erlernt, entwickelt und aufgebaut werden. Commons sind die Keimformen der Utopie, unser Experimentierfeld und die Praxis des Aufbaus. Zweitens können wir in Commons heute Momente einer Utopie erleben. In emanzipatorischen Bewegungen gibt es häufig einen Fokus auf politisch-staatliches Engagement:



*Simon Sutterlütti, Jahrgang 1991, studierte Soziologie, Ökonomie und Geschichte. Er arbeitet als freier Publizist und beschäftigt sich dabei vor allem mit den Themen „Utopie“ und „Transformation“. Unter anderem ist er im Commons-Institut aktiv, bloggt auf keimform.de und schrieb zusammen mit Stefan Meretz das 2018 erschienene Buch „Kapitalismus aufheben“.*

[simeon.sutter@gmail.com](mailto:simeon.sutter@gmail.com)

Doch wer immer darauf drängt, dass sich „oben“ etwas Entscheidendes ändert, der wird auf Dauer enttäuscht und frustriert sein, wenn

sich hier nur kleine Verschiebungen erreichen lassen. Ich erlebe dann immer wieder einen Rückzug vom gesellschaftlichen Engagement, der Fokus schwenkt auf das Private, auf das individuelle oder familiäre Glück. Ein – hoffentlich glückendes, aber notwendig eingeschränktes – Einrichten im Bestehenden. Commons bieten eine weitere Alternative jenseits eines privatisierten Möglichst-gut-Einrichtens und eines politisch-abstrakten Kämpfens. Sie versuchen heute schon Räume einer anderen gesellschaftlichen Logik, die wir Inklusionslogik nennen, aufzubauen. Damit die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft am Leben bleibt, dürfen wir uns nicht nur an Symptomen abarbeiten und Kämpfe gegen übermächtige Gegner führen, sondern müssen vor Ort ein positives Gegenmodell zur gegenwärtigen Praxis der Ausbeutung von Mensch und Umwelt entwickeln und leben – für uns selbst und andere. Commons sind für viele eine überzeugende und ansteckende Alltagspraxis. Drittens war und sind Commonsräume für meine eigene Politisierung und



Foto: Jörg Farns/Fridays for Future

Die Angst vor der Klimaerwärmung eint die heutige Schülergeneration. „Wir können die Welt nicht retten, indem wir uns an die Spielregeln halten. Die Regeln müssen sich ändern“, sagt Greta Thunberg. Ist das Commoning eine Antwort?

mein Leben entscheidend. Ich setze mich ein für eine solidarische, ökologische Gesellschaft, weil ich in Hausbesetzungen und Wohnraumkämpfen, Jugendzeltlagern und Theoriewochenenden erfahren habe, dass soziale Räume auf Basis von kollektiver Verfügung und Freiwilligkeit nachhaltig wirken, Menschen motivieren und ein neues Miteinander schaffen. In Vorträgen erlebe ich häufig, dass für Menschen mit Commons-Erfahrungen die Utopie kein unerreichbarer Wunsch, sondern deutlicher reale Möglichkeit ist. Diese reale Möglichkeit der Utopie ist Grundlage jedes Engagements und heute für viele verloren: Der Kapitalismus ist zwar keine gerechte oder ökologische Gesellschaft, aber scheint die am wenigsten schlechte.

**Wo liegt der Unterschied zwischen der herrschenden neoliberalen und der von Commons gelebten Praxis?**

Der Commonismus schafft gesellschaftliche Bedingungen, die Inklusion nahelegen; der Neoliberalismus – oder sagen wir besser: Kapitalismus – schafft Bedingungen der Exklusion. Im Kapitalismus

*„Commons bieten eine weitere Alternative jenseits eines privatisierten Möglichst-gut-Einrichtens und eines politisch-abstrakten Kämpfens.“*

ist es für mich strukturell nahegelegt, meine Bedürfnisse auf Kosten der Bedürfnisse anderer Menschen zu befriedigen. Ich kaufe die billigeren Lebensmittel und unterstütze damit indirekt miese Arbeitsbedingungen, Tierquälerei und Ökodesaster, kann mir aber dafür einen besseren Urlaub leisten. Wir kooperieren mit fast 8 Mrd. Menschen, indem wir die Preise der Konkurrenz unterbieten, bei Lohn und Umwelt sparen, Kriege führen, mittels Kul-

tur, Geschlecht und Nationalität Grenzen ziehen und uns selbst zu stetig steigenden Leistungen disziplinieren. Wir leben auf Kosten anderer, unserer Umwelt und uns selbst. In einer Inklusionsgesellschaft ist

es umgekehrt. Hier ist es für mich naheliegend, meine Bedürfnisse auf eine Art und Weise zu befriedigen, die auch die Befriedigungsmöglichkeiten anderer Menschen einbezieht. Der Commonismus ist eine Gesellschaft, in der „die freie Entwicklung eines Jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ ist – wie Marx und Engels die Logik wechselseitiger Inklusion fassten. Wichtig ist, dass Inklusion und Exklusion keine individuelle

Entscheidung ist, sondern strukturelle Nähelegung. In Inklusionsbedingungen sind andere Menschen und ihre Bedürfnisse strukturell nicht mehr meine Konkurrentinnen und Konkurrenten, meine Feindinnen und Feinde, sondern strukturell positiv – oder wie wir sagen: inklusionslogisch – mit mir verbunden. Früher haben wir das auch „strukturelle Gemeinschaftlichkeit“ genannt. Die Freiheit der anderen ist nicht mehr die Grenze meiner Freiheit, sondern die Freiheit anderer befördert und stützt die meinige. Das Einbeziehen der Bedürfnisse anderer ist dann auch kein Akt von Altruismus, sondern Egoismus und Altruismus sind aufgehoben: Ich kann meine Bedürfnisse am besten befriedigen, wenn ich die Bedürfnisse anderer einbeziehe. Solche Inklusionsbedingungen entstehen auf Basis von Freiwilligkeit und kollektiver Verfügung über unsere Lebensbedingungen. Diese Bedingungen – von Friederike Habermann „Beitragen statt Tauschen“ und „Besitz statt Eigentum“ genannt – kennzeichnen auch Commons. Auch sie schaffen Inklusionsbedingungen, noch auf nur kleiner Ebene und somit auch noch immer durchzogen von Exklusionsstrukturen wie Sexismus, Rassismus und eingeschränkter Marktabhängigkeit.

## ONLINETIPPS

### keimform.de

Auf der Suche nach dem Neuen im Alten  
[www.keimform.de](http://www.keimform.de)

### Commons-Institut

Commons entstehen durch Commoning  
[www.common-institut.org](http://www.common-institut.org)

**Die Gemeinwohl-Ökonomie strebt das auch an: Sie will bei allen wirtschaftlichen Aktivitäten deren Gemeinwohl-Nutzen zum Maßstab machen, um sie dann hoch oder niedrig zu besteuern. Ist dieser Ansatz sinnvoll?**

Sinnvoll? Ja. Inklusionserzeugend? Nein. Die kapitalistische Marktwirtschaft koordiniert sich durch Tausch, Arbeit und Geld, welche Konkurrenz, Profit- und Wachstumszwang erzeugen. Die Gemeinwohl-Ökonomie will nun jedoch nicht eine Koordination über Tausch und Markt abschaffen, sondern sozial verträglich regulieren. Sie will den Marktakteurinnen und -akteuren Inklusion gesetzlich nahelegen: Nachhaltigkeit, gerechte Löhne, Solidarität mit Mitunternehmen. Der Markt verlangt gerade das Gegenteil: Kostensenkung, Lohnneinsparung, Konkurrenz. Und kein Staat kann die Gemeinwohl-

Wollen wir tatsächlich auf den Klimawandel reagieren, dann reicht es nicht, den Markt „aufzuhübschen“, wir müssen ihn aufheben. Und eine Gesellschaft an seine Stelle setzen, in welcher wir gemeinsam entscheiden können, was wir wirklich brauchen und wie wir diese Produkte so herstellen können, dass unsere Zukunft nicht mehr das Antlitz einer Katastrophe, sondern ein Antlitz von Menschlichkeit trägt.

**Menschen brauchen zur Orientierung klare Signale. Der Erfolg der Marktwirtschaft beruht darauf, dass das Signal „Preis“ Entscheidungen einfach macht. Wenn die Signale inflationär zunehmen, überfordert das die Menschen nicht völlig? Trifft dann nicht besser eine Künstliche Intelligenz die Entscheidungen?**

Das ist eine komplexe, aber spannende Frage. Sie spielt auf eines meiner Lieblingsthemen an: Vermitt-

*„Soziale Räume auf Basis von kollektiver Verfügung und Freiwilligkeit wirken nachhaltig, motivieren Menschen und schaffen ein neues Miteinander.“*

Ökonomie wirklich durchsetzen: Seine Unternehmen hätten höhere Kosten, somit höhere Preise und würden auf dem Weltmarkt auskonkurriert – und die Steuergrundlage des Staates würde verschmelzen. Darauf zu hoffen, dass dies eine Staatengemeinschaft oder ein Weltstaat irgendwann – mit bleibenden Widersprüchen – einführt, scheint mir wenig Erfolg versprechend. Die Gemeinwohl-Ökonomie hat die richtigen Ziele, aber sie behandelt Symptome eines „kranken Systems“. Das ist schön und gut, aber hilft uns leider nicht aus der Misere.

lung. Menschen entscheiden nicht nur auf Basis offensichtlicher Signale. Uns Menschen unterscheidet von Tieren, dass wir unsere Lebensbedingungen gesellschaftlich herstellen und erhalten. Unsere Lebensbedingungen schweben nicht einfach abstrakt über uns, sondern sie wirken durch konkrete materielle, soziale und symbolische Mittel: Sprache, Häuser, Formen von Arbeitsorganisation etc. Gesellschaft ist zentral eine vermittelte Koordination. Diese Mittel schaffen nun Bedingungen und geben Informationen, ohne dass wir dies groß merken. Roman-

tische Filme schaffen Ziele, Häuser warme Zimmer, Schulen Lerndisziplin, Fließbänder Kontrollmöglichkeiten, Smartphones Echtzeit-Kommunikationsbedürfnisse und Sexismus teilt die Menschheit in männlich und weiblich. In all diesen Mitteln steckt die Gesellschaft und legt uns In- oder Exklusion, Verantwortung oder Ignoranz, Miteinander oder Gegeneinander nahe. Die Mittel tragen die gesellschaftliche Logik in unsere intimsten körperlichen Regungen, sie machen uns

*„Der Kapitalismus kommuniziert mit uns nicht nur durch Preissignale, sondern auch durch symbolische, soziale und materielle Mittel.“*

zu Menschen unserer Gesellschaft. Der Kapitalismus kommuniziert mit uns also nicht nur durch Preissignale, sondern auch durch all die symbolischen, sozialen und materiellen Mittel, die uns umgeben, sogar durch die Menschen selbst. Es gibt also heute schon eine Myriade von Signalen, die uns umgeben und uns Möglichkeiten eröffnen oder verweigern. Nun zum Preis als ein wichtiges Hinweismittel: Preis macht Entscheidungen nicht nur einfach, sondern sogar zu einfach. Eine Gesellschaft ist heute eine Kooperation von Milliarden von Menschen, alle mit unterschiedlichen Bedürfnissen, und somit gibt es notwendig Konflikte. Markt ist die dominante Form, um diese Konflikte zu lösen. Doch die Preishinweise des Marktes lassen nur reduzierte Entscheidungen zu – Wie kann ich Kosten sparen? Wo mache ich mehr Profit? –, die uns erlauben, die Logik der Exklusion möglichst effizient zu vollziehen. Wollen wir menschliche Bedürfnisse in ihrer Komplexität koordinieren, brauchen wir komple-

xere Signale – diese müssen so aufbereitet und zur Verfügung gestellt sein, dass sie menschliche Entscheidungen zwar komplex machen, die Menschen aber nicht überfordern. Hierbei könnten Künstliche Intelligenzen sicher helfen. Sie können jedoch nicht Entscheidungen treffen oder Konflikte für uns lösen. Dies verlangt ein Eintauchen in unsere eigenen und die Bedürfnisse anderer, und diese Kommunikation, Aushandlung und das Verständnis werden wohl auf absehbare Zeit

## BUCHTIPP

Simon Sutterlütti,  
Stefan Meretz

### Kapitalismus aufheben

Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken  
VSA, Juni 2018  
256 Seiten, 16,80 Euro  
978-389965-831-6

PDF kostenfrei downloadbar:

<https://commonism.us>



tritt immer deutlicher zutage und zerstört das Vertrauen ins System. Aber es fehlt die Alternative. Was haben wir den Menschen „anzubieten“? Was für eine Gesellschaft wünschen wir uns selbst? Viele Menschen haben Angst vor der Utopie, weil sie nicht abhängig sein wollen von dem ethischen Verhalten, der moralischen Integrität oder der Nettigkeit anderer. Und das mit Recht. Wenn es anderen nahegelegt ist, sich auf Kosten meiner durchzusetzen, kann ich zwar hoffen, dass sie zu mir nett sind, aber spätestens wenn sie selbst unter Druck geraten, werden sie mich exkludieren. In der commonistischen Inklusionsgesellschaft ist es anders. Wir müssen nicht auf den „guten“ oder „neuen“ Menschen warten. Kollektive Verfügung und Freiwilligkeit schaffen Bedingungen, unter denen die anderen ihre Bedürfnisse besser befriedigen können, wenn sie die meinen einbeziehen. Die Commons basieren nicht auf einem positiven Menschenbild, sie schaffen Bedingungen, in denen Menschen gut sein können.

*Herr Sutterlütti, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.*

Politischer Megatrend

# Anarchie

Dass eine These „steil“ daher kommt, ist noch kein Beweis ihrer Ungültigkeit. Mannigfaltig sind die steilen Thesen, die es in die Wissenschaftsbücher geschafft haben – allen voran, die Erde sei ein Planet unter anderen und nicht Zentrum des Universums. Und jetzt diese These: Die Welt begibt sich allmählich in die Anarchie. Schauen wir uns das genauer an.

von Paul Holmes

Der Rechtsstaat reicht nicht aus, um ein Gemeinwesen zu befrieden. In Deutschland haben wir im Bundesverfassungsgericht ein Staatsorgan, das sowohl zeitgemäß wie auch wirksam ist. Wenige andere Staaten der Welt

schützen, plötzlich mit Macht- und Geldvorbehalten durchkreuzen.

Jener Ausbruch im „fernen Brüssel“ wird in den Regierungen der europäischen Hauptstädte wohl wenig interessiert haben. Juncker sei schließlich keine moralische In-

Sie sind der Knigge des Alltags, die unausgesprochen dazu dienen, Reibungsverluste zu minimieren. Und diese entstehen zumeist, wenn sich jemand oder eine Gruppe von Menschen ungerecht behandelt fühlt. Dafür kann das Bundesverfassungsgericht nichts. Wer dann?

Es gehörte einst zum Selbstverständnis des Bundespräsidialamts, gesellschaftliche Schieflagen frühzeitig zu erkennen und wortgewaltig anzusprechen. Sowohl Theodor Heuss wie auch Richard von Weizsäcker verstanden es, soziale Missstände zu identifizieren und zu „politisieren“. Das ging den herrschenden Politikern oft zu weit – und gut so. Der Bundespräsident konnte und durfte nicht selbst politisch aktiv werden, aber er hatte für sich ein moralisches Gewicht im Staate ausbedungen, das eine Antwort der politischen Klasse regelrecht erheischte. Bundespräsidenten wurden zu „Vätern“ der Nation.

Mit großer Weisheit umgab sich die Menschheit mit vielen solchen apolitischen Instanzen, die als „einsame Rufer in der Wüste“ das Gezieme einklagen sollten: historisch gesehen das Papsttum, das Kaisertum, die Diözesanbischöfe, in neuerer Zeit der Generalsekretär der Ver-

*Die Politik sieht sich als verlängerten Arm der einheimischen Industrie.*

*Doch die Industrie kennt keine Moral, nur ärgerlich-einschränkende Gesetze.*

leisten sich eine so effektive und quasi unabhängige Justiz. Mehr Beweis für ihre Wirksamkeit braucht man nicht, als dass sie gelegentlich Ziel von Schimpftiraden aus Richtung der Exekutive wird. Gut so. Aber diese Instanz stellt nicht einmal Gerechtigkeit fest, von Fairness gar nicht zu sprechen. Ihr Umfang beschränkt sich auf die Rechtmäßigkeit einer Sache.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, nähert sich dem Ende seiner Amtszeit. Er ist offensichtlich weniger bereit, die Mitgliedsstaaten mit Kritik zu verschonen. Ende des Jahres 2018 nannte er es eine „himmelschreiende Heuchelei“, dass diese die Frontex-Pläne der Kommission, die EU-Außengrenzen besser zu

stanz, also lassen wir ihn doch toben – so in etwa der Tenor. Aha. Könnte es sein, dass die Menschheit doch jemanden braucht, der ihr in regelmäßigen Abständen die Leviten liest?

Die Werte, die man als wertkonservativer Mensch sucht, sind laut Ernst-Wolfgang Böckenförde die sozialen Normen des Zusammenlebens, mit denen sich jede Gesellschaft umgibt. Aber solche Normen werden selten rechtlich kodifiziert.

einigten Nationen, der Präsident der Europäischen Kommission. Wenn ein Innozenz III., ein Sigismund von Luxemburg, in der Neuzeit ein Kofi Annan, ein Jaques Delors Empfehlungen aussprachen, wusste die Politik mit Respekt darauf



Ein junger, bislang unbekannter Produzent von Musik- und Comedyvideos ist aktuell prominentester Kritiker der Bundesregierung: Rezo. Eigentlich sollte der Bundespräsident kompetente Kritik üben und Debatten anstoßen. Doch das geschieht nicht mehr.

zu reagieren. Sie hatten keine eigene Macht, dafür aber moralisches Gewicht. Wer ruft denn in unseren Tagen zur Ordnung?

Auf wen hört unsere Politik? Antwort: Auf keine „moralischen In-

Die Politik hört lieber auf die Lobbys, sieht sich als verlängerten Arm der einheimischen Industrie. Doch die Industrie kennt keine Moral, nur ärgerlich-einschränkende Gesetze. Sie fühlt sich sogar in der nunmehr

*Es gibt mittlerweile weit und breit niemanden, der eine Regierung ermahnt und gehört wird. Das, und nicht die Gesetzlosigkeit, ist der Weg in die Anarchie.*

stanzen“ mehr! In den Regierungen Europas hat man es sich bequem gemacht. Konstitutionelle Störenfriede wurden mittels politischen Einflusses „gezähmt“: darum ein José Manuel Barroso, ein António Guterres, ein Frank-Walter Steinmeier, eine Königin Elisabeth II. Mit auffälliger Geräuschlosigkeit walten diese ihres Amtes, unterschreiben treuherzig die Gesetze. Doch die Missstände, selbst wenn nur „gefühlte“, nehmen in allen westlichen Gesellschaften zu: die Arm-Reich-Schere, die Plünderung und Verwüstung unserer Umwelt, das Mikromanagement des Individuallebens durch die Behörden.

entmoralisierten Welt immer sicherer und fordert zum Beispiel für einen politisch bedingten Rückgang im Waffenexport Schadensersatz.

Doch der Souverän ist laut Grundgesetz das Volk, das durch legitime Wahl diese Politik gefordert hat. Weil das Verhältnis zwischen Regierung und Volk „Versprechen“ und nicht „gesetzliche Verpflichtung“ ist, kann man beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen einen Bruch des Koalitionsvertrags keine Rechtsmittel einlegen. Es ist Sache der öffentlichen Moral, solche Versprechen einzuhalten. Passiert das nicht, gibt

es mittlerweile weit und breit niemanden mehr, der eine Regierung ermahnd daran erinnert und dann auch noch gehört wird. Das, und nicht die Gesetzlosigkeit, ist der Weg in die Anarchie.

Wer jetzt den Ruf nach dem „starken Mann“ heraushörte, übersah womöglich die Persönlichkeiten jener, die exemplifiziert wurden: Es war von einem Frank-Walter Steinmeier und von einer Elisabeth II. die Rede. Das sind nicht einmal Kryptoautokraten. Ausschlaggebend ist, dass Oberhäupter weiterhin keine Macht besitzen, dafür aber Einfluss. Aus Angst vor Repressalien seitens der demokratisch Gewählten wird von diesem Einfluss in unseren Tagen kein Gebrauch mehr gemacht. Eine solche „Retourkutsche“ in Deutschland wären Verlautbarungen der Irritation seitens des Regierungssprechers (mit einhergehender medialer Verwertung), in England die regelrechte „konstitutionelle Krise“. Doch wem der moralische Kompass abhandengekommen ist, dem droht die gesellschaftliche Ziellosigkeit. Und allgemeine Ziellosigkeit: Das ist die Anarchie. ■

**Paul Holmes**, Jahrgang 1956, studierte Philosophie, Germanistik und Bautechnologie. Seit 1986 ist er als Bauprojektant tätig. Der ÖDP trat er im Jahr 2000 bei. Von 2002 bis 2004 war er Beisitzer im Landesvorstand Bayern, von 2004 bis 2006 Stellv. Vorsitzender im Kreisverband München-Mitte, von 2006 bis 2016 Ordentliches Mitglied im Bundesschiedsgericht. Seit Anfang 2019 ist er Stellv. Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Humanökologisches Grundeinkommen.



paul.holmes@gmx.de

## An alle Mitglieder

von Christoph Raabs

### Liebe ÖDP-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

die meisten von Ihnen kennen sicherlich die Filmtrilogie „Zurück in die Zukunft“ aus den 1980er-Jahren. In den vergangenen Wochen gingen mir diese vier Worte nicht mehr aus dem Kopf. Nicht etwa, weil ich inhaltlich so gefesselt von der Handlung dieser durchaus vergnüglichen Filmreihe wäre. Es ist zwar unzweifelhaft interessant, sich Filme der Vergangenheit anzusehen, die Zukunftsutopien thematisieren. Diesbezüglich gibt „Zurück in die Zukunft“ aber nicht so viel Bemerkenswertes preis. Nein, die Worte „zurück in die Zukunft“ stehen für mich in vielerlei Hinsicht für eine Zustandsbeschreibung und einen Ausblick gleichermaßen.

Auf unsere Partei bezogen, sehe ich uns nach den letzten Europawahlen tatsächlich zurück in der Zukunft. Jahrzehntlang wurde zu vielen Anlässen über die bundespolitische Bedeutung der ÖDP gestritten, obwohl Anfang der 1990er-Jahre die Partei gefestigt schien. Es war gelungen, sich von rechtem Ballast zu befreien und nennenswerte Wahlergebnisse einzufahren, wie z.B. knapp 1% bei der EU-Wahl 1994. Die ÖDP trat mit klarer, wachstumskritischer Botschaft und einem optischen Erscheinungsbild auf, das in Verbindung mit dem Schwalbenlogo einen hohen Wiedererkennungswert bot. In den Folgejahren ging es allerdings in vielen Landesverbänden bergab. Auch an ihrer Spitze machte die Bundespartei keine sonderlich glückliche Figur, Bundesvorsitzende wechselten in schneller Folge und die Einführung eines neuen Corporate Designs mit Kleinschreibung des Namens und einer Art „Negativ-Smile“ als Logo ließ im Nachgang viele Mitglieder an einer Zukunft für die ÖDP zweifeln. Einzig der bayerische Landesverband erwies sich als stabiler Anker und sicherte mit Landtagswahlergebnissen um die 2% über lange Jahre fast im Alleingang v.a. das finanzielle Überleben der Partei. All diese Widrigkeiten scheinen aktuell überwunden. Mit knapp 370.000 Wählern bundesweit steht die ÖDP im Augenblick wieder mindestens so solide da wie Anfang der 90er. Zurück in der Zukunft! An dieser Stelle mein großer Dank an alle, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben.

Diesen Status gilt es nun zu halten und auszubauen. Der Bundesvorstand wird sich Anfang August mit strukturellen und personellen Fragen beschäftigen, um die Bun-



Christoph Raabs

despartei noch schlagkräftiger zu machen. Sehr wichtig bleibt aber vor allem unsere politische Botschaft. Und diese kann man aus meiner Sicht auch unter die Überschrift „Zurück in die Zukunft“ stellen. Ich bin davon überzeugt, dass wir keine gute Zukunft auf diesem Planeten haben werden, wenn wir nicht an vielen Stellen ein paar Schritte zurückgehen. Zurück, um einen anderen Weg in die Zukunft einzuschlagen. In der Satirezeitschrift „Titanic“ sah ich jüngst ein Bild des grünen Spitzenduos Baerbock/Habeck. Überschrift: „Dasselbe in Grün“. Nein, das wird keinesfalls genügen. Unsere Gesellschaft, unser Klima, letztlich unsere Existenz in Frieden und Menschenwürde stehen auf dem Spiel, wenn wir dasselbe wie bisher versuchen, nur in Grün. Zurück in die Zukunft heißt für mich: weniger Produktion, mehr Reparatur. Weniger Arbeitsüberlastung, mehr Lebensqualität. Weniger motorisierte Mobilität, mehr menschengerechte Städte. Weniger Gütertransport auf der Straße, weniger Exporte zulasten vieler und für den Gewinn weniger. Mehr Regionalität, mehr Zeit für Kinder, mehr analog statt noch mehr digital, mehr Handwerk statt mehr Roboter. Kurzum: zurück auf ein verträgliches Maß an Technik, Fortschritt, Arbeitsbelastung und Wirtschaftssinn. Deutschland war in den vergangenen Jahrzehnten Vorreiter in Europa, wenn es um Beschleunigung, Produktivitätssteigerung und Effizienz, auch zulasten Dritter, ging. Die EU, deren Parlament wir gerade gewählt haben, hat dann eine gute Zukunft, wenn unser Land umkehrt. Nutzen wir die derzeit vielfach vorhandene Bereitschaft, sich mit der Wahrheit auseinanderzusetzen. Unsere Arbeit an der Zukunft beginnt jetzt!

Ich grüße Sie herzlich und danke für Ihr Engagement!

*Christoph Raabs*

Christoph Raabs,  
Bundesvorsitzender

## Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

### Erfolgreiche Europawahl für die ÖDP

#### Europamandat mit Klaus Buchner gesichert – 1% mit rund 370.000 Stimmen

Über ein Jahr haben der Bundesverband der ÖDP und alle Aktiven auf den 26. Mai 2019 hingearbeitet. Mit einem überzeugenden Ergebnis sollte die ÖDP wieder ins Europaparlament einziehen und außerdem sollten die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen gute Ergebnisse bringen. Schon bei den ersten Hochrechnungen stand fest: Es gibt die 1 vor dem Komma und wir haben unser Mandat im Europäischen Parlament solide verteidigen können.

Das Ergebnis ist am Ende auch deshalb beeindruckend, weil die ÖDP ihr bestes Wahlergebnis in der Parteigeschichte bei einer bundesweiten Wahl errungen hat. Genau 369.869 Menschen votierten für die ÖDP. Dies bedeutet 1% der Stimmen (plus 0,4%). Hinzu kommt auch, dass die Wahlbeteiligung bundesweit von 48,1% auf 61,4% deutlich gestiegen ist. Somit hat die ÖDP in absoluten Stimmen ihr Ergebnis sogar verdoppelt. Jubeln kann natürlich vor allem unser bisheriger Europaabgeordneter Prof. Dr. Klaus Buchner, der mit seiner umfassenden und beharrlichen Arbeit einen großen Anteil an diesem schönen Wahlergebnis hat. Auch wenn einige Mitstreiterinnen und Mitstreiter auf ein zweites Mandat hofften, können wir sehr zufrieden sein, denn es bedeutet letztendlich auch ein sattes Plus bei den staatlichen Mitteln.

Für Klaus Buchner startete dann auch umgehend die politische Arbeit in Brüssel. Vor allem mit der Frage, in welcher Fraktion er in Zukunft wieder mitarbeitet. Es wird –

so aktiv für die Partei im Wahlkampf eingesetzt haben.

Unser Alleinstellungsmerkmal, die Wachstumskritik, mit dem Slogan „Weniger ist mehr“ hat in die-

### Herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl, Klaus Buchner!

wie in den letzten fünf Jahren auch – die Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz sein. Ich wünsche Klaus Buchner auch von dieser Stelle aus viel Erfolg bei den anstehenden Projekten.

Es sind natürlich zahlreiche Faktoren, die zu diesem Wahlergebnis beitragen. Daher sei an dieser Stelle zunächst einmal allen aktiven Mitgliedern sowie den Kandidatinnen und Kandidaten gedankt, die sich

sem Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt und damit konnte nun die ÖDP erstmals seit Jahren auf Bundesebene wieder deutlich punkten. Sie trifft den derzeitigen Zeitgeist einerseits („So geht es nicht mehr weiter“), aber auch die laufenden Debatten zu einer ökologischen Wende in den Naturschutzverbänden und -stiftungen, wo ganz klar auch der Wachstumsverzicht eine wesentliche Rolle spielt.



Prof. Dr. Klaus Buchner (li.) und Agnes Becker (re.)

**Wahlthema Klimaschutz**

Das Thema Klimaschutz hat bei dieser Wahl eine wesentliche Rolle bei der Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger gespielt, nur leider votierte der größte Teil dieser Leute für die Grünen, die bei dieser Wahl einen Höhenflug erlebten und insbesondere in den Städten zur stärksten Kraft wurden. Die Forschungsgruppe Wahlen bestätigte auch mit ihren Wahltagsbefragungen, dass das Thema Klimaschutz und Umwelt mit 23% eines der wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung war. Insbesondere in Bayern, aber auch in den anderen Bundesländern beflügelte die ÖDP das erfolgreiche Artenschutz-Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ sowie die Ankündigung einer Europäischen Bürgerinitiative zum selben Thema. Zu untersuchen wäre aber noch, warum die ÖDP nicht noch deutlicher punkten konnte. Ein Grund dafür könnte natürlich der mangelnde Bekanntheitsgrad der ÖDP im Norden und Osten des Landes sein.

**Wahlergebnisse**

In der Struktur und Verteilung der Wahlergebnisse hat sich auch einiges verändert: Die ÖDP gewann bei dieser Wahl deutlich mehr Stimmen in den (großen) Städten hinzu, was darauf hindeutet, dass wir auch jüngeres Publikum gewinnen konnten. Von zwei Ausnahmen abgesehen, konnte die ÖDP auch in allen Städten und Landkreisen in absoluten Stimmen hinzugewinnen. Auch wenn dies durch die höhere Wahlbeteiligung in einigen Gebieten ein Minus bei den Prozenten bedeutete. Bei den absoluten Stimmen konnten wir einen deutlichen Zuwachs in den großen Städten verzeichnen, so in München, Berlin, Hamburg, Dresden, Nürnberg und Augsburg –



Christoph Raabs (3. v.r.) bei seiner Rede anlässlich des Wiedereinzugs von Prof. Dr. Klaus Buchner (2. v.l.) ins Europaparlament



Landesvorsitzender Klaus Mrasek von der ÖDP Bayern (2. v.l.) und Agnes Becker

aber auch im Umland vieler Großstädte.

Insgesamt konnten in den Stadt- und Landkreisen Zugewinne bis zu 1,4% errungen werden. Von 418 Kreisen musste jedoch in 33 Kreisen ein prozentualer Verlust hingenommen werden, obwohl absolut auch hier mehr Stimmen gewonnen werden konnten. Hier handelt es sich um Kreise u.a. in Ost-Bayern mit vergleichsweise guten Ergebnissen. Hier muss man noch konkret untersuchen, warum man nicht

deutlicher Wählerstimmen dazugewinnen konnte.

Die besten Ergebnisse errangen wir in der Stadt Memmingen (6,2%), im Kreis Weilheim-Schongau (6,1%), im Kreis Unterallgäu (5,0%) und mit je 4,5% im Kreis Dachau, im Kreis Landsberg, in der Stadt Passau sowie im Kreis Garmisch-Partenkirchen. Beste „nicht-bayerische“ Kreise sind Ravensburg und Rottweil in Baden-Württemberg mit jeweils 2,7%. Betrachtet man die Ergebnisse auf Länder-

ebene, so haben vor allem Sachsen, Hessen und Hamburg mit 0,7% deutliche Zugewinne zu verzeichnen. An der Spitze liegt nach wie vor Bayern mit 3,1% sowie Baden-Württemberg mit 1,1%. Sachsen hatte mit einem Plus von 0,5% den höchsten prozentualen Zuwachs noch vor Bayern und Baden-Württemberg.

Mit Blick auf die veränderte politische Landschaft, aber auch auf die Stimmengewinne der ÖDP werden nun die Gremien ihre Schlussfolgerungen für die zukünftige strategische und inhaltliche Ausrichtung der ÖDP ziehen.

Abschließend sei noch zu ergänzen, dass die ÖDP bei den Kommunalwahlen am 26. Mai in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen zusammen 76 kommunale Mandate gewinnen konnte, darunter in der Regionalversammlung Stuttgart sowie der Landeshauptstadt Mainz. Auch hier gab es eine deutlich höhere Wahlbeteiligung auf allen Ebenen. Siehe dazu auch die entsprechenden Berichte aus den betroffenen Landesverbänden.

Alle Ergebnisse der Europawahl 2019 auf Landes- und Kreisebene

Europawahl	2019		2014	
Bundesland	Stimmen absolut	%	Stimmen absolut	%
Bayern	181.250	3,1	10.4063	2,7
Baden-Württemberg	51.372	1,1	27.468	0,7
Hessen	16.974	0,7	6.185	0,3
Sachsen	14.567	0,7	3.391	0,2
Hamburg	5.504	0,7	1.910	0,3
Rheinland-Pfalz	11.848	0,6	6.852	0,4
Berlin	8.893	0,6	3.674	0,3
Nordrhein-Westfalen	38.539	0,5	1.5303	0,2
Thüringen	5.144	0,5	3.275	0,4
Saarland	2.649	0,5	752	0,2
Niedersachsen	15.968	0,4	5.242	0,2
Schleswig-Holstein	5.844	0,4	2.059	0,2
Brandenburg	5.017	0,4	1.832	0,2
Sachsen-Anhalt	3.169	0,3	1.784	0,2
Mecklenburg-Vorp.	2.439	0,3	1.048	0,2
Bremen	692	0,2	406	0,2
<b>Bundesgebiet</b>	<b>369.869</b>	<b>1,0</b>	<b>185.244</b>	<b>0,6</b>
<b>Wahlbeteiligung ges.</b>		<b>61,4</b>		<b>48,1</b>

können Sie hier nachlesen: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse.html>.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass diese Wahlergebnisse für die weitere politische Arbeit der ÖDP ein wichtiger Meilenstein sind.

Dazu kommt auch der Erfolg beim Artenschutz-Volksbegehren in Bayern. Die positive Folge ist ein deutlicher Mitgliederzuwachs in der ÖDP. In den vergangenen 12 Monaten konnte die ÖDP über 1.000 neue Mitglieder begrüßen. Derzeit liegen wir bei Redaktionsschluss bereits bei 7.235 Mitgliedern. So viele Mitglieder hatte die ÖDP noch nie!



Die Bundesvorstandsmitglieder Klaus von Birgelen (li.) und Günther Brendle-Behnisch (re.)

**Dr. Claudius Moseler,**  
Generalsekretär  
im Team der ÖDP-  
Bundesgeschäftsstelle  
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)  
Bundespolitisches und  
Kommunalpolitisches Büro



Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz  
Tel.: (0 61 31) 67 98 - 20, Fax: - 15

[politik@oedp.de](mailto:politik@oedp.de)

## Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

### Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Im Mai wurde ich wieder als Abgeordneter der ÖDP ins Europäische Parlament gewählt. Mit einem Stimmenzuwachs von rund 180.000 haben die Wählerinnen und Wähler die Politik unserer Partei bestätigt.

Ich habe mich wieder der Fraktion Grüne/Europäische Freie Allianz angeschlossen. In vielen interessanten Ausschüssen bin ich Mitglied: Agrarausschuss, Ausschuss für Handel, Ausschuss für Sicherheit, Ausschuss für Menschenrechte sowie im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie. Meine Fraktion ist um viele neue Mitglieder angewachsen. Das stärkt unsere Kraft bei der Durchsetzung wichtiger Themen wie Menschenrechte, fairer Handel und Klimaschutz.

Ein Thema, das zurzeit viele Leute umtreibt, ist der neue Mobilfunkstandard 5G. Überall in Deutschland entstehen Bürgerinitiativen. Eine Bundestagspetition hat vor Kurzem über 50.000 Unterschriften erhalten und wird im Herbst vor dem Petitionsausschuss verhandelt. Um wichtige Informationen zu bündeln, habe ich eine Website erstellt, auf der Sie Relevantes zu 5G finden: <http://mobilfunk-aber-modern.de>

Ich reise auch quer durchs Land, um Vorträge über die Gefahren von 5G zu halten. Oft sind die Veranstaltungen restlos überfüllt und mir werden sehr viele Fragen gestellt. Gerne komme ich auch an einem Wochenende zu Ihnen, um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu informieren. Setzen Sie sich wegen eines Termins bitte mit meiner Mitarbeiterin Simone Lettenmayer in Verbindung.

Auch Dual-Use hat mich in der letzten Zeit wieder beschäftigt: Die nationalen Regierungen im Europäischen Rat haben nämlich nach über zwei Jahren eine Position zur Exportkontrolle von Überwachungstechnik (Dual-Use) vorgelegt. In den kommenden Monaten wird der Ministerrat mit dem Europäischen Parlament ein endgültiges Gesetz verhandeln.

Als Berichterstatter im Europäischen Parlament bin ich der Meinung, dass diese Verhandlungsposition des Rates keine wirksamen Instrumente beinhaltet, um den



Prof. Klaus Buchner (re.) hebt das Glas auf den Erfolg auf der Wahlparty in München.

Verkauf von Überwachungstechnologie an Diktatoren und autoritäre Gruppen zu stoppen. Wir haben zwei Jahre auf den Rat gewartet, damit er am Ende keine Lösung vorschlägt. Nach dem Beschluss des Europäischen Parlaments im Januar letzten Jahres haben wir weniger als ein Lippenbekenntnis zu Menschenrechten vom Rat bekommen. Es ist völlig verantwortungslos, dass keine der von der Kommission oder uns im Europäischen Parlament vorgeschlagenen Maßnahmen zur Regulierung des Handels mit Überwachungstechnologie übernommen wurde. Die Industrie hat ganze Arbeit geleistet. Ich werde mich in den anstehenden Verhandlungen auf ein fast einstimmiges Mandat meiner Kollegen im Europäischen Parlament stützen, um gegen den unregulierten Handel mit Überwachungstechnologie und für Menschenrechte und Pressefreiheit zu kämpfen.

Es grüßt Sie

*Klaus Buchner*

Klaus Buchner

## ÖDP bewirkt sensationellen Durchbruch beim Artenschutz

Das von fast 1,8 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in Bayern unterzeichnete ÖDP-Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ soll auf Vorschlag von Ministerpräsident Markus Söder vom Landtag unverändert übernommen werden.

Mit einem Volksbegehren-Begleitgesetz des Landtags werden außerdem neue Fördermöglichkeiten für eine umweltverträglichere Landwirtschaftspolitik eingeführt. Die ersten parlamentarischen Hürden hat der Gesetzentwurf des Volksbegehrens bereits genommen. Die abschließende Lesung und Verabschiedung

im Landtagsplenum erfolgt nach ÖP-Redaktionsschluss.

Agnes Becker, Volksbegehren-Initiatorin und stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende, sieht in dem Erfolg ein „historisches Ereignis für den Arten- und Naturschutz“. „Wir sind überglücklich, dass wir diesen buchstäblich umwerfenden Druck auf die Landespolitik auf-

bauen konnten. Die Ankündigung von Ministerpräsident Söder überrascht uns nicht wirklich. Unser Gesetzentwurf ist höchst wirksam für den Naturschutz und juristisch unangreifbar. Wir hätten mit unserem erfolgreichsten Volksbegehren aller Zeiten einen Volksentscheid mit größter Wahrscheinlichkeit gewonnen“, so Becker.



Beim Artenschutz schreitet Agnes Becker voran. Die bayerische Landespolitik folgt dem aufgezeigten Weg.

Dass der Landtag zusätzlich ein Volksbegehren-Begleitgesetz mit neuen Fördermöglichkeiten für mehr Artenschutz verabschiedet, wird auch von der ÖDP begrüßt. „Am liebsten hätten wir das gleich selbst in unseren Gesetzentwurf geschrieben. Doch Volksbegehren mit Auswirkungen auf den Staatshaushalt sind nicht zulässig“, erklärt Agnes Becker. Nun kommt es nach Ansicht der ÖDP auch auf die Nachfrage der öffentlichen Hand an: „Wir brauchen eine Umstellung auf Öko-Produkte in der öffentlichen Nachfrage. Unsere Initiative ist der Start eines Investitionsprogramms für eine naturverträgliche Landwirtschaft. Wir sind überglücklich, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern diesen Vorschlag überzeugend unterbreiten konnten, und danken von Herzen allen Unterstützern und Bündnispartnern“, sagte Agnes Becker.



„Wirksam und rechtlich unangreifbar ist unser Volksbegehren“, erklärte Agnes Becker dem Ministerpräsidenten.

Das klare Votum der Bürgerinnen und Bürger Bayerns muss nach Ansicht der ÖDP nun auch sichtba-

re Auswirkungen auf die Agrarförderpolitik der Europäischen Union haben. ■

#### Offener Brief von Agnes Becker

### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde!

Die letzten Monate waren der galoppierende Wahnsinn, aber es ist etwas passiert, wovon wir alle vor einem halben Jahr wohl nicht zu träumen gewagt haben. Das von der ÖDP Bayern initiierte Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“ wurde zum erfolgreichsten Volksbegehren in der bayerischen Geschichte!

Nach der Abschaffung des bayerischen Senats, was den Steuerzahler bis heute über 100 Millionen

Euro gespart hat, und der Einführung des konsequenten Nichtraucherschutzes haben wir nun Herrn Söder „zum Artenschutz gezwungen“, wie die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb. Wir sind zweifellos die „erfolgreichste Oppositionspartei“, wie die Presse ebenfalls titelte!

Aus allen Teilen Europas, sogar bis aus Japan und Australien, und natürlich aus verschiedenen deutschen Bundesländern haben mich zahllose Presseanfragen erreicht. Ich habe also mein ganzes vorhandenes

Englisch zusammengefügt und alle Anfragen abgearbeitet. Ich habe viel geredet, viel erklärt und dabei festgestellt, dass viele gar nicht wissen, wie ein Volksbegehren funktioniert. Wir können den Vätern (ich glaube, es waren wirklich nur Väter) von

Aus allen Teilen der Welt haben mich zahllose Presseanfragen erreicht.

Herzen dankbar sein, dass sie uns so eine tolle bayerische Verfassung geschrieben haben.

Noch nie war ich so stolz, ÖDPLerin zu sein, wie in den letzten Mo-

naten. Ich bin stolz, weil wir alle zusammen etwas Fantastisches geschafft haben! Etwas, das weit über die bayerischen Landesgrenzen hinaus Beachtung (und vielleicht sogar Nachahmer) findet. Wir haben es geschafft, das Thema Artenschutz, das Thema Schutz

sei an dieser Stelle dem Landesbund für Vogelschutz mit seinem Vorsitzenden Dr. Norbert Schäffer gedankt.

Ich habe versucht, unser aller Anliegen bestmöglich zu vertreten, und ich habe mir manchmal gewünscht, in meinem Studium hätte es einen Kursus gegeben: „Wie bestehe ich in

der Münchner Runde?“ oder „Wie klappt die Pressekonferenz mit dem Ministerpräsidenten?“. Ich habe es gemacht, so gut ich konnte und wie mir der Schnabel gewachsen ist. Vor allem habe ich es gemacht, weil ich Sie alle, die ganze ÖDP, hinter mir gewusst habe.

Ich bin stolz, weil wir alle zusammen etwas Fantastisches geschafft haben!

der Lebensgrundlagen auf die politische Agenda zu zwingen! Eines ist nämlich sicher: Ohne uns, die ÖDP, mit all ihrer über Jahrzehnte bewiesenen Zähigkeit, hätte im Jahr 2019 keine alte Socke und bestimmt nicht der Herr Ministerpräsident Söder über dieses wichtige Thema sprechen müssen. Wir alle zusammen haben das geschafft! Mir wurde so viel gedankt, dabei muss der Dank Ihnen allen gelten! Überall in Bayern und weit darüber hinaus haben ÖDPler fleißig wie die Bienen gearbeitet, argumentiert, diskutiert, geschrieben, plakatiert, gestritten und, und, und ... Ihnen gebührt der Dank, vor allen Dingen mein Dank! Herzlichen Dank an dieser Stelle auch für die vielen aufmunternden und begeisternden E-Mails, Anrufe, Briefe und Päckchen. Mein Honigvorrat reicht locker bis Weihnachten! Vier Namen müssen in diesem Zusammenhang aber unbedingt eigene Erwähnung finden: Thomas Prudlo, Tobias Ruff, Bernhard Suttner und Klaus Mrasek. Ohne diese Menschen hätte es kein Volksbegehren gegeben. Und auch ohne die Unterstützung des großen Bündnisses hätten wir das nicht geschafft. Ganz herzlich



Agnes Becker mit ÖDP-Bundespressesprecher Pablo Ziller auf der Preisverleihung des 25. Frauen-Awards des Magazins „Edition F“, von „Handelsblatt“ und „Zeit Online“ am 17. Mai 2019 in Berlin. Agnes Becker wurde von den LeserInnen des Magazins ausgewählt, als eine von 25 Frauen, die mit ihrer Stimme unsere Gesellschaft bewegen.

*Wir haben uns mit diesem Volksbegehren ganz konkret eingesetzt für das vielleicht wichtigste Gründungsmotiv der ÖDP überhaupt: den Erhalt einer lebens- und lebenswerten Umwelt!*

*Wir sind angetreten, um den Reichtum unseres Landes zu verteidigen. Ein Reichtum, der nicht aus*

*Wir haben uns mit diesem Volksbegehren für das vielleicht wichtigste Gründungsmotiv der ÖDP eingesetzt.*

*Kapitalrenditen oder Aktienpots, nicht aus Bonusmeilen für Vielflieger oder dem neuesten technischen Schnickschnack besteht! Wir sind angetreten, um die Lebensgrundlagen von uns allen zu verteidigen.*

*Sie glauben nicht, wie ruhig und gelassen man am runden Tisch in der Staatskanzlei sitzt, wenn man weiß, dass man dort stellvertretend für über 1,7 Millionen Menschen sitzt. Wir haben von diesen Menschen ein Vertretungsmandat bekommen, kein Verhandlungsmandat. Wir haben nicht über Kompromisse oder Zugeständnisse geredet, wir haben über ein Mehr an Maßnahmen für den Artenschutz geredet und so, wie es aussieht, werden wir diese auch bekommen. Weitere sinnvolle Maßnahmen über die Forderungen des Volksbegehrens hinaus: Jederzeit! Ein Zurück hinter die Forderungen des Volksbegehrens kann und wird es nicht geben. Der Herr Ministerpräsident sagte bei der Pressekonferenz zum vorläufigen Abschluss*

*des runden Tisches etwas, das mich aufhorchen ließ. Er sagte, dass sich niemand täuschen solle und glauben solle, dass es sich bei der Annahme des Volksbegehrens (in der CSU-Landtagsfraktion einstimmig!) um einen „Betriebsunfall“ handele und wenn sich der Rauch verzogen hat, dann alles wieder wie gewohnt sei. Das, was jetzt in Bayern passiere, sei eine „Richtungsänderung“...*

*Wollen wir's hoffen, dass die Botschaft endlich auch bei der CSU angekommen ist. Beim Artenschutz und beim Klimawandel ist es höchste Zeit, dass den Sonntagsreden endlich Taten folgen! Zusammen mit der ÖDP werden 1.741.017 Menschen darüber wachen.*

*Herr Söder will ja jetzt sogar ein Volksbegehren XXL. Auch das hat er bei besagter Pressekonferenz verkündet. Ich saß neben ihm und habe mir erlaubt zu ergänzen: „Herr Ministerpräsident, hängen Sie so viele X an, wie Sie finden können. Unseren Segen haben Sie!“*

*Im Europawahlkampf war das Thema Agrarwende für die ÖDP zentral. Wir fordern eine ganz andere Agrar-Förderpolitik aus Brüssel! Weg von der Förderung der Fläche mit der Gießkanne hin zur Förderung der Gemeinwohlleistungen der Landwirte (Erhalt der Artenvielfalt, Schutz des Trinkwassers, Klimaschutz, Tierwohl...). Öffentliches Geld für öffentliche Leistung! Und dieses öffentliche Geld muss rechtssicher und fair bei den Landwirten ankommen. Die bisherige Förderpolitik hat den rasanten Strukturwandel in der Landwirtschaft befeuert und ihn nicht abgemildert. Das Artensterben und das Höfesterben weisen eine beeindruckende Parallelität auf.*

*Wir nehmen die CSU ernst mit ihrer Ankündigung einer „Richtungs-*

*änderung“ und haben Herrn Söder aufgefordert, sich mit seinem ganzen politischen Gewicht für eine andere Förderpolitik einzusetzen. Die bayerischen Ministerpräsidenten sind ja gerne immer ganz besonders wichtig, vor allem auch in Brüssel. Also schau'n wir mal, wie schwer der Herr Söder wiegt in Brüssel. Um sein Gewicht noch entscheidend zu vergrößern, hat auf Initiative von Manuela Ripa von der saarländischen ÖDP eine europäische Bürgerinitiative „Rettet die Bienen!“ Fahrt aufgenommen. Verhelfen wir alle auch dieser zu einem fulminanten Erfolg! Denn Richtungsänderung ist schön und gut, aber Taten brauchen wir, wenn wir die Bauern und die Artenvielfalt retten wollen.*

*Vergessen wir alle zusammen niemals, dass in vielen Ländern dieser Erde Menschen für ihren Kampf um Demokratie und freie Meinungsäußerung bedroht, gefoltert oder sogar getötet werden. Wir*

*Wir nehmen die CSU ernst mit ihrer Ankündigung einer „Richtungsänderung“.*

*haben eine Demokratie und wenn wir die nicht verlieren wollen, dann müssen wir sie leben und verteidigen. Dazu gehört, dass man den Kopf aus der Deckung nimmt und Partei ergreift. Und wofür lohnt sich das mehr als im Kampf um den Erhalt unseres Planeten?*

*Herzliche Grüße*

*Agnes Becker*

## Baden-Württemberg

### Messeteilnahme und Landesparteitag

Die Europawahl und die Kommunalwahl 2019 sind für die ÖDP Baden-Württemberg erfolgreich verlaufen. Bei der Europawahl konnte die ÖDP ihr Wahlergebnis landesweit von 0,7 % auf 1,1 % steigern. Aufgrund der erheblich höheren Wahlbeteiligung ist der Anstieg der Stimmen in absoluten Zahlen noch größer: Haben uns 2014 in Baden-Württemberg 27.468 Wahlberechtigte gewählt, so waren es diesmal 51.547. Das stellt fast eine Verdopplung der Stimmenanzahl dar. Ein Blick auf die Wahlkreise mit den besten Ergebnissen zeigt, dass die bisherigen Hochburgen erneut die besten Ergebnisse (in Klammern die Ergebnisse von 2014) eingefahren haben: Rottweil 2,7 % (2,2 %), Ravensburg 2,7 % (2,6 %), Biberach 2,2 % (1,4 %) und Schwäbisch Hall 2,0 % (1,4 %). Das zeugt von guter, beständiger Arbeit vor Ort.

Zu den guten Ergebnissen der Kommunalwahl haben die erfolgreiche Arbeit unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den kommunalen Parlamenten, starke Listen, das zunehmende Bewusstsein der Bevölkerung für die Notwendigkeit von Umwelt-, Arten- und Klimaschutz sowie das erfolgreiche, von der ÖDP initiierte bayerische Volksbegehren Artenschutz „Rettet die Bienen!“ beigetragen. So konnten wir die Zahl der Sitze von 31 auf 42 steigern. Ein herzlicher Dank an alle, die dies durch ihre Kandidatur, ihre Aktivitäten und Wahlwerbung erst möglich gemacht haben.

Mit frischem Schwung geht es nun an die neuen Herausforderungen. Im zweiten Halbjahr 2019 steht in Baden-Württemberg das von proBiene initiierte Volksbegehren Artenschutz („Rettet die Bienen!“) im Mittelpunkt, das von einem breiten Bündnis unterstützt wird und sich an dem bayerischen Volksbegehren orientiert. Zu den Unterstützerinnen der ersten Stunde gehört die ÖDP, die dem Volksbegehren höchste Priorität einräumt. In einem ersten Schritt wurden von proBiene und dem Bündnis für die Zulassung deutlich mehr als die erforderlichen 10.000 Unterschriften gesammelt. Dabei war der Startschuss sehr erfolgreich verlaufen: So sind am ersten Sammeltag bei zwei Veranstaltungen über 1.000 Unterschriften zusammengekommen, von denen die ÖDP bei der Demonstration „Ein Europa für Alle!“ rund 600 sammeln konnte. Zahlreiche weitere Unterschriften kamen u. a. bei Infoständen hinzu.

In einem zweiten Schritt muss das Volksbegehren von mindestens einem Zehntel der Wahlberechtigten innerhalb von sechs Monaten unterstützt werden (das

sogenannte Zulassungsquorum). Die Unterschriftensammlung ist frei, das heißt, überall kann gesammelt werden. In einem dreimonatigen Zeitraum innerhalb der Sammlungsfrist – sie stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest – können sich Bürgerinnen und Bürger, die das Volksbegehren unterstützen wollen, auch in den Kommunen eintragen. Entsprechende Eintragungslisten werden in den Gemeinden durch die Vertrauensleute des Volksbegehrens ausgelegt. Ist das Volksbegehren erfolgreich und stimmt der Landtag der Gesetzesvorlage



*Zahlreiche ÖDP-Mitglieder nahmen an der Demonstration „Ein Europa für Alle!“ in Stuttgart teil.*

nicht unverändert zu, findet anschließend eine Volksabstimmung statt. Wir bitten Sie um tatkräftige Unterstützung des Volksbegehrens, denn ein Erfolg ist für den Artenschutz wichtig und wird sicher auch der ÖDP Baden-Württemberg einen Schub geben. Material und Informationen erhalten Sie vom Landesgeschäftsführer Uli Stein. Erhältlich ist bei ihm auch der ÖDP-Flyer zum Artenschutz, der eigens für das Volksbegehren entworfen wurde. Informationen zum Verlauf und Stand des Volksbegehrens finden Sie auch unter der offiziellen Webadresse [www.volksbegehren-artenschutz.de](http://www.volksbegehren-artenschutz.de).

Das Thema Artenschutz mit dem Slogan „Rettet die Bienen!“ samt dem Volksbegehren wird auch Thema des Messestands der ÖDP auf dem Heldenmarkt sein, der am Wochenende 14./15. September in den Wagenhallen Stuttgart stattfindet. Wenn Sie bei der Standbetreuung mitmachen wollen, dann wenden Sie sich bitte an den Landesgeschäftsführer Uli Stein oder an den Regionalbeauftragten Matthias Dietrich.

Alle Mitglieder und Interessenten sind herzlich zum Landesparteitag eingeladen, der am 19. Oktober vermutlich in Stuttgart stattfindet und sich diesmal erstmals vorrangig einem Thema widmet: Nach einem einstündigen Austausch über die Aktivitäten in den Kreisverbänden wird es um das Thema „ökologische Verkehrswende“ gehen, wobei praxisorientierte Vorträge und ausreichend Zeit für den Austausch vorgesehen sind.

Der sorgfältigen Planung dieser und weiterer Veranstaltungen und Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte wird sich der Landesvorstand bei seiner Klausurtagung am 19. und 20. Juli im Kloster Bad Wimpfen widmen. Dort werden auch die für einen erfolgreichen Antritt bei der Landtagswahl im Frühjahr 2021 erforderlichen Schritte besprochen werden, die bereits im kommenden Jahr zielstrebig angegangen werden müssen.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein  
Tel.: (0711) 6364644, info@oedp-bw.de*

*Regionalbeauftragter Matthias Dietrich  
Tel.: (07121) 880104, matthias.dietrich@oedp-bw.de*

## Berlin

### ÖDP Berlin freut sich über gutes Wahlergebnis bei der Europawahl

Der Landesverband Berlin ist sehr zufrieden mit dem Ergebnis bei der Europawahl 2019. Dank unserer engagierten Listenkandidatin Lisa Stemmer und dem Engagement des Landesvorstands sowie

vieler aktiver Mitglieder ist es uns gelungen, ein beachtliches Ergebnis für die ÖDP Berlin zu erringen. Berlinweit haben mit 8.893 Stimmen 0,6 % der wahlberechtigten Wählerinnen und Wähler die ÖDP gewählt. Dies ist ein Gewinn von 0,3 Prozentpunkten im Vergleich zur EU-Wahl 2014 und ungefähr 140 % Zuwachs bei den Stimmen, die auf 8.893 Stimmen angestiegen sind. In einigen Wahlbezirken holten wir Ergebnisse von über 1 %, beispielsweise in Spandau-Staaken (1,1 %), Friedrichshagen (1 %), Spandau (1 %), Haselhorst/Siemensstadt (1 %), Pankow (1,1 %) und Karow (1,1 %). Die Wahlbezirke mit den besten Ergebnissen waren: Wilhelmstadt in Spandau (1,5 %) und Kaulsdorf in Marzahn-Hellersdorf (1,6 %). Diese guten Ergebnisse liegen vorwiegend in den Randbezirken, denn die Grünen erobern stärker die Innenstadtbezirke und dies, obwohl wir uns bei der Plakatierung auf den Innenstadtbereich konzentriert hatten. Allgemein war die ÖDP durch Plakate sehr präsent. Selbst in der Berliner U-Bahn konnten wir mit sechs Großflächenplakaten auf uns aufmerksam machen.

Fazit: Die ÖDP kommt in Berlin gut an. Nun gilt es, diesen Rückenwind in weiteres Engagement zu ver-

wandeln. Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen und freuen uns gleichfalls über ein stetiges Mitgliederwachstum. Aktuell liegen wir bei 95 Mitgliedern und hoffen auf das Überschreiten der 100er-Marke in diesem Jahr.

Darüber hinaus fand am 2. Juni 2019 das Umweltfestival am Brandenburger Tor statt. Wie jedes Jahr waren wir auch heuer wieder mit einem Stand vertreten. Unser ÖDP-Glücksrad drehte sich bei großem Besucherandrang und die zu gewinnenden Preise waren heiß begehrt. Anschließend kamen wir am Stand mit Interessenten ins Gespräch.

Am Samstag, den 31. August 2019 findet unser nächster Landesparteitag statt. Dazu laden wir alle Mitglieder und Interessenten herzlich ein. Der Veranstaltungsort wird noch rechtzeitig auf unserer Homepage bekannt gegeben. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

*Kontakt: ÖDP Berlin  
Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin  
Tel./Fax: (030) 49 85 40 50, info@oedp-berlin.de*

## Bayern

### 3,1 % bei der Europawahl – das bisher beste landesweite Ergebnis in Bayern

Mit 3,1 % bei der Europawahl hat die ÖDP Bayern ihr bislang bestes landesweites Ergebnis erreicht. In absoluten Zahlen ist der Zuwachs noch beeindruckender: 181.250 Bürgerinnen und Bürger haben die ÖDP in Bayern gewählt, das sind 77.187 mehr als noch vor fünf Jahren.

Die Mühen für das Artenvielfalt-Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ wurden von vielen Menschen honoriert. Allerdings hat die mit 60,8 % viel höhere Wahlbeteiligung (2014: 40,9 %) bewirkt, dass das prozentuale Ergebnis leider nicht bei 4+ x lag, wie kurz vor der Wahl eine repräsentative Umfrage des Bayerischen Rundfunks ergab. Das Ziel, mindestens ein zweites Mandat zu erringen, konnte so nicht erreicht werden.

„Wir hätten uns zwar ein oder zwei zusätzliche Sitze im EU-Parlament erhofft, aber trotzdem freuen wir uns natürlich über unseren Stimmenzuwachs und dass die Arbeit unseres Abgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner mit dem erneuten Einzug in das Europaparlament bestätigt wurde“, so ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek. „Die ÖDP wird auch weiterhin ihren unabhängigen, konsequenten Weg verfolgen und im Europaparlament für eine neue Weichenstellung in der

Agrarpolitik und für eine bäuerliche, naturverträgliche Landwirtschaft kämpfen. Einen ersten Schritt dahin haben wir bereits vor der Wahl mit der europäischen Bürgerinitiative für die Bewahrung der Artenvielfalt gestartet. Wir werden uns im Europaparlament als Gegengewicht zu den Lobbyisten der Agrarindustrie positionieren und mit direktdemokratischer Power weitermachen“, sagte Volksbegehren-Initiatorin Agnes Becker, stellvertretende Landesvorsitzende der ÖDP Bayern.

Die zehn erfolgreichsten ÖDP-Kreisverbände in Bayern waren:

1	Memmingen, Stadt	6,20 %
2	Weilheim-Schongau	6,00 %
3	Unterallgäu	5,00 %
4	Dachau	4,50 %
5	Landsberg am Lech	4,50 %
6	Garmisch-Partenkirchen	4,40 %
7	Passau, Stadt	4,40 %
8	Ansbach, Stadt	4,20 %
9	Erding	4,20 %
10	Erlangen, Stadt	4,10 %

### Vorbereitung auf Kommunalwahl läuft

Inzwischen laufen bei der ÖDP Bayern die Vorbereitungen auf die Kommunalwahl 2020. Bei der Kommunalwahl 2014 konnte die Zahl der Mandate von zuvor 320 auf rund 380 erhöht werden (ein Plus von ca. 20 %). 8 ÖDP-Kandidaten gewannen die Wahl zum 1. Bürgermeister. Zuwächse verzeichnete die ÖDP vor fünf Jahren nicht nur in den Großstädten München, Nürnberg, Augsburg und Würzburg, sondern auch in zahlreichen Landkreisen und Mittelstädten. Fast alle neuen Listen, für die die ÖDP Unterschriften sammeln musste, haben 2014 den Sprung in das Kommunalparlament geschafft. Mit einem engagierten Wahlkampf und möglichst vielen neuen Listen soll die Zahl der Mandate bei der Wahl am 15. März 2020 nochmals deutlich gesteigert werden. Der ÖDP-Landesvorstand und die Landesgeschäftsstelle bereiten hierzu ein umfassendes Unterstützungspaket vor.

*Kontakt: ÖDP Bayern  
Heuwinkel 6, 94032 Passau  
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92  
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de*



Zu Besuch an unserem Stand auf dem Umweltfestival 2019 war auch der Landesvorsitzende der ÖDP Baden-Württemberg, Guido Klamt (re.), und unterhielt sich mit unserem Landesvorsitzenden Richard Borrmann (li.).

## Karl Edenhofner †

Karl Edenhofner, Sägewerksbesitzer aus Kumreut im niederbayerischen Landkreis Freyung-Grafenau ist am 3. April 2019 infolge eines tragischen Unfalls auf seinem Betriebsgelände im Alter von 81 Jahren verstorben. Der engagierte ÖDP-Kommunal-

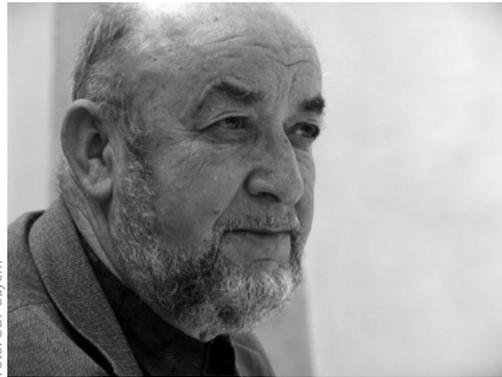


Foto: ÖDP Bayern  
Karl Edenhofner

politiker war mehrere Amtsperioden Kreisrat und Marktgemeinderat, unermüdlich im Einsatz für die Energiewende und für die Reaktivierung der Ilz-talbahn in seiner Heimatregion. Er erzählte gerne, dass er bis zur politischen Auseinandersetzung um die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf CSU-Mitglied war. Die Erfahrung, wie die Staatsmacht mit Protestierenden umging, machte ihn am Bauzaun der WAA zum engagierten und streitbaren ÖDP-Aktiven. Karl Edenhofner war ein im besten Sinne des Wortes bürgerlicher, wertkonservativer Bayer, der sich in einem Leben voller Schaffenskraft für die Bewahrung der Schöpfung einsetzte und in seinem Betrieb bereits Mitte der 80er-Jahre damals höchst unkonventionelle alternative Energietechniken selbst erprobte. Die ÖDP ist Karl Edenhofner zu großem Dank verpflichtet und wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

die ÖDP NRW das Ziel 23.000 Stimmen ausgegeben. Jetzt ist aus der Zahl der Zuwachs geworden. Umso besser. Aber nicht nur nach Stimmen, auch nach Mitgliedern geht die ÖDP NRW nach oben. Die 500er-Marke wurde überschritten.

Im Wahlkampf hat die NRW-Spitzenkandidatin Renate Mäule einen Super-Job gemacht. Bereits kurz nach Weihnachten startete sie und besuchte Kreisverbände und Veranstaltungen, diskutierte in Fußgängerzonen und auf dem Podium. Dies haben ihr nicht nur die Wähler, sondern auch die Presse gedankt – auf einem Niveau, das für die ÖDP schon mal bemerkenswert war. Auch Prof. Dr. Klaus Buchner hat den Wahlkampf in NRW kräftig unterstützt: Münster, Düsseldorf-Benrath, Neuss und Leverkusen waren die Stationen. Das Wasserstoffauto nebst Jorgo Chatzimarkakis wurden in Kempen und in Aachen bestaunt. In Aachen wurde die „Goldene Schwalbe“ für herausragendes ökologisches Engagement verliehen. Christoph Raabs konnte die drei Preisträger ehren: Antje Grothus, Mitglied der Bundeskohlekommission; Michael Zobel, Organisator der Waldspaziergänge im Hambacher Wald; und Gerd Schinkel, Liedermacher und Sänger.

Das Thema „Artenvielfalt“ war eines der beherrschenden Themen im NRW-Wahlkampf. Besser hätte man es nicht planen können: Kurz vor der Wahl waren Agnes Becker und Prof. Dr. Klaus Buchner in Münster. Auf einer Pressekonferenz konnten beide die Ziele der ÖDP darstellen. Lohn war ein mehrspaltiger Artikel in der Münsteraner Presse. Mit von der Partie: Ratsherr Franz Pohlmann und Kreisvorsitzender Michael Krapp. In Neuss konnte die ÖDP bei der alljährlichen Veranstaltung „Neuss blüht auf“ die Bienenrettung den Menschen nahebringen. Die Kreuztaler ÖDP wurde gleich „handgreiflich“: Kurz entschlossen pflanzten sie am Feldrand von Nebenerwerbslandwirt Jörn Krause aus Ferndorf eine Insekten- und Vogelschutzhecke. Auch die Europäische Bürgerinitiative warf ihre Schatten voraus: Mit „De Groenen“ in den Niederlanden vereinbarte die ÖDP NRW eine Zusammenarbeit bei der Unterschriftensammlung im Grenzgebiet.

Neben Artenschutz war natürlich auch der Klimaschutz bedeutendes Thema. Renate Mäule diskutierte auf dem Podium mit Fridays For Future, die Ratsfraktion in Bottrop erreichte es, dass ein Vertreter von FFF im Rat sprechen konnte, und der Kreisverband in Lüdenscheid startete eine Initiative zum Ausrufen des Klimanotstands. Die Bottroper Parteifreunde verfolgen noch ein weiteres Ziel: Sie fordern die vorübergehende Schließung der Kokerei.

### Nordrhein-Westfalen

#### Vollgas voraus

38.496 Stimmen in Nordrhein-Westfalen für die ÖDP, das sind 23.193 mehr als 2014, eine Steigerung in Stimmen um 152 %. Auf dem Landeshauptausschuss hatte



Foto: ÖDP NRW  
Vortrag in Aachen mit Jorgo Chatzimarkakis und Renate Mäule (li.)

Und die Jungen Ökologen: Die JÖ NRW war im Wahlkampf aktiv und startete gleich nach der Wahl mit weiteren Aktionen und Veranstaltungen.

Es ist schon fast eine Selbstverständlichkeit, dass die ÖDP NRW zur Teilnahme an der Demo „Kohle stoppen! Klima und Dörfer retten!“ am Tagebau Hambach aufruft. Und natürlich war die ÖDP auf der Demo „Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus!“ in Köln vertreten.

Vielfältige Aktionen – auch über die hier genannten hinaus – der ÖDP fanden in NRW statt. Dank an alle Aktiven für ihren unermüdlichen Einsatz.

Kontakt: ÖDP NRW  
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster  
Tel.: (02 51) 7 60 267 45, info@oedp-nrw.de

### Rheinland-Pfalz

#### ÖDP bei der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz wieder erfolgreich

Die ÖDP konnte in Rheinland-Pfalz bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 wieder solide Ergebnisse einfahren. Insgesamt konnten 27 ÖDP-Mandate gewonnen werden. Mit 4,2 % in der Landeshauptstadt Mainz errang die ÖDP erneut zwei Stadtratssitze und scheiterte nur ganz knapp am dritten Sitz. In 11 von 15 Ortsbeiräten konnte die ÖDP insgesamt 14 Mandate gewinnen. In Mainz-Marienborn errang die ÖDP ein Plus von 97 % und ist mit 31,5 % (vier Sitze) jetzt stärkste Ortsbeiratsfraktion. Dr. Claudius Moseler errang bei vier Gegenkandidaten als amtierender Ortsvorsteher 42,3 % und musste am 16. Juni 2019 in die Stichwahl. Mit 68,7 % siegte Moseler dann deutlich über den SPD-Kandidaten.

Neu zieht die ÖDP mit je einem Mandat in die Kreistage von Mainz-Bingen (1,5 %) und Alzey-Worms (1,3 %) ein. Auch im Kreistag von Bernkastel-Wittlich (2,0 %) ist die ÖDP erneut mit einem Mandat vertreten.

Auf der Ebene der Verbände- und Ortsgemeinden konnte die ÖDP sich ebenfalls bei den Stimmerngebnissen unter dem Strich leicht verbessern. In der VG Bernkastel-Kues (3,8 %) und der VG Wonnegau (2,9 %) erhielt die ÖDP je ein Mandat. In der Stadt Adenau (Kreis Ahrweiler) errang die ÖDP erneut drei Mandate mit 17 %. In Münstermaifeld bei Koblenz bekam die ÖDP mit 6,7 % einen Sitz. In Osthofen bei Worms konnte die ÖDP auf 5,5 % leicht dazugewinnen, es bleibt aber bei einem Sitz. Bei der dortigen Wahl zum Stadtbürgermeister errang unser Kandidat Jochen Piehl 25,6 %.

Alle Ergebnisse in der Übersicht finden Sie hier: [www.oedp-rlp.de/wahlen/kommunalwahl-2019](http://www.oedp-rlp.de/wahlen/kommunalwahl-2019)

Drei ÖDP-Mitglieder sind zudem über freie Liste oder in Mehrheitswahl in Kommunalparlamenten gewählt worden, bei Redaktionsschluss lag aber noch keine vollständige Übersicht hierzu vor.

Kontakt: ÖDP Rheinland-Pfalz  
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz  
Tel.: (06 131) 67 98 20, Fax: (06 131) 67 98 15  
buero@oedp-rlp.de

### Sachsen

#### ÖDP-Sachsen tritt zum ersten Mal zur LTW an

In diesem Jahr schreibt die sächsische ÖDP Geschichte. 2019 tritt die ÖDP das erste Mal bei der Landtagswahl in Sachsen an. 11 Personen werden über die Landesliste ins Rennen geschickt. Durch die unterschiedlichen Berufsfelder und Interessensgebiete wird ein breites Spektrum an Themenbereichen abgedeckt und vertreten.

Mit über 1.200 Unterstützungsunterschriften wurden 20 % mehr Unterschriften beim Landeswahlleiter eingereicht, als für den Wahlantritt nötig gewesen wären. Nach dem guten Abschneiden bei der EU-Wahl (0,73 %) steigt auch die Hoffnung auf das Erreichen der 1%-Hürde. Es wird zwar schwer werden, dennoch will der LV alles versuchen, dieses Ziel zu erreichen.

Vielen Dank an alle, die uns beim Wahlantritt unterstützt haben! Und auch ein ganz besonderer Dank an die beiden Landesverbände Niedersachsen und Baden-Württemberg, die uns für die Wahl Plakate zur Weiterverwendung zur Verfügung gestellt haben.

## Neuer Landesvorstand gewählt

Auf dem 6. Landesparteitag der ÖDP Sachsen am 13.04.2019 wurde in Dresden ein neuer Landesvorstand gewählt. Er setzt sich zum großen Teil aus den bisherigen Mitgliedern zusammen:

Im Amt des Vorsitzenden wurde Dirk Zimmermann (3.v.l.) bestätigt. Stellvertretender Vorsitzender wird



Foto: ÖDP Sachsen  
v.l.: Marcus Lieder, Rahel Wehemeyer-Blum, Dirk Zimmermann, Sebastian Högen

Marcus Lieder (1.v.l.). Das Amt des Schatzmeisters wird weiterhin Sebastian Högen (4. v.l.) bekleiden. Als Beisitzer wurden weiterhin Rahel Wehemeyer-Blum (2. v.l.) und Florian Busch (nicht im Bild) gewählt.

## Prof. Klaus Buchner zu Gast in Dresden

„Mobilfunk und seine Folgen für die Gesundheit“ lautete der Titel der Präsentation, mit der Prof. Dr. Buchner am 22. März 2019 rund 70 Bürger/-innen aus dem Raum Dresden über die Gefahren elektromagnetischer Strahlung und die Möglichkeiten, sich vor dieser zu schützen, informierte. Auch die Neuerungen, die die Einführung von 5G mit sich bringt, wurden fachlich fundiert erläutert und kritisch diskutiert.

Zusammenfassen lässt sich der ausführliche Vortrag am besten mit der Feststellung, dass die Grenzwerte für die Mobilfunkstrahlung zu hoch sind und sich nicht am gesundheitlichen Gefahrenpotenzial orientieren.

Dabei gibt es Alternativen, mit denen die kabellose Datenübertragung bei geringerer Belastung für den menschlichen Körper möglich ist. Prof. Buchner führte aus, dass eine geschickte Positionierung der Sendemasten deutlich geringere Strahlungsintensitäten bei gleicher Empfangsqualität ermöglicht. Weiterhin nannte er

Infrarot- und Lichttechnik als technische Möglichkeiten, die gesünder für Mensch und Tier sind.

Im Anschluss an die Präsentation stellte sich der Europaparlamentarier den zahlreichen Fragen und wusste auch kritische Bemerkungen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse einzuordnen.

## ÖDP am runden Tisch des SMUL

Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft hat zu drei runden Tischen im Mai nach Dresden ins Ministerium eingeladen. Hier sollten Ideen und Handlungsmöglichkeiten für einen besseren Artenschutz erarbeitet werden. Beauftragt wurde das SMUL vom MP Herrn Kretschmers. Inwieweit die Vorschläge und die gesammelten Informationen tatsächlich etwas bringen, wird sich noch zeigen. Sebastian Högen, der für die ÖDP am Tisch saß, ist skeptisch: „Es sollen keine Rechtsverbindlichkeiten entstehen und keine zusätzlichen Gelder aus der Staatskasse freigegeben werden. Das ist ein Indiz dafür, das es nicht um den Artenschutz geht, sondern ein Beschwichtigungsversuch für die Bevölkerung ist. Anders ist es nicht zu erklären, dass kurz nach dem Volksbegehren in Bayern der Ministerpräsident mit diesem Treffen um die Ecke kommt.“

Kontakt: ÖDP Sachsen  
OT Golberode, Zur Pappel 8, 01728 Bannewitz  
Tel.: (0151) 10 36 08 51, info@oedp-sachsen.de

## Thüringen

### Resümee Kommunalwahlen und EU-Wahl in Thüringen

Der Landesverband Thüringen musste den Fokus auf die in Thüringen zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen legen. So beschränkte sich der EU-Wahlkampf hier lediglich auf die Sammlung von Unterstützungsunterschriften und das Plakatieren. Vom Bundesverband wurden zudem Radiospots geschaltet. Dennoch konnte das Ergebnis prozentual von 0,24% 2014 auf nun 0,5% erhöht werden.

Bei den Kommunalwahlen konnte im Stadtrat von Leinefelde-Worbis ein drittes Mandat erzielt werden. Zwischen den Ortsteilräten Leinefelde und Worbis ist das zweite Mandat nach Leinefelde gewandert. Der Sitz von Susann Mai im Kreistag konnte verteidigt werden. Somit gibt es im Eichsfeld mit einem zusätzlichen Mandat einen Aufwärtstrend. Sehr erfreulich ist es, dass nun

auch im Gemeinderat von Großkochberg im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ein ÖDP-Mitglied sitzt. Markus Weitzel hat dort für eine freie Liste von Die Linke kandidiert. Andreas Krause schaffte es in Eisenach leider nicht, über eine überparteiliche Liste in den Stadtrat einzuziehen. Ein Antritt zu den Kommunalwahlen in der Gemeinde Frankenblick im Landkreis Sonneberg ist leider mangels ausreichender Unterstützungsunterschriften gescheitert. Dort sammelten u. a. zwei weitere Listen Unterschriften.

### Vorbereitungen zur Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober 2019

Am Landesparteitag der ÖDP Thüringen am 27. April in Erfurt konnten sieben Kandidaten für die Landesliste zur Landtagswahl am 27. Oktober 2019 aufgestellt werden. Leider befinden sich darunter keine weiblichen Kandidaten, dafür sind allerdings die sieben Kandidaten relativ weit über das ganze Bundesland verstreut. Auf Listenplatz 1 steht somit als Spitzenkandidat der 1. stv. Landesvorsitzende Martin Truckenbrodt aus dem Landkreis Sonneberg, der dort in seinem Wahlkreis auch als Direktkandidat kandidiert. Auf den Listenplätzen 2 und 5 finden sich mit Martin Kiefer aus Erfurt und Franz-Josef Mai aus dem Eichsfeld zwei weitere Mitglieder des Landesvorstands. Neben Franz-Josef Mai, einem der Gründerväter der ÖDP Thüringen und des Kreisverbands Eichsfeld, findet sich Karl Edmund Vogt auf Listenplatz 3, der zudem in seinem Wahlkreis auch als Direktkandidat kandidiert. Mit zwei Direktkandidaten konnte das aufgrund der aktuellen Mitgliederstruktur theoretisch mögliche Potenzial, mindestens drei Mitglieder je Wahlkreis, immerhin zur Hälfte ausgereizt werden. Mit Antonio Kudlek aus Bad Heiligenstadt im westlichen Eichsfeldkreis auf Listenplatz 4 und Robert Schöppe aus dem Landkreis Gotha auf Listenplatz 7 finden sich zwei neue und jüngere ÖDP-Mitglieder auf der Landesliste. Erst vor Kurzem wieder in die ÖDP eingetreten ist Peter Schneider aus dem Unstrut-Hainich-Kreis auf Listenplatz 7. Er war bereits in den 1980er-Jahren in der ÖDP aktiv gewesen und ist seit Anfang der 1990er-Jahre in Thüringen zu Hause.

Am 15. Juni hat die ÖDP Thüringen auf einem Themen-Landesparteitag in Apfelstädt ein umfangreiches Landesprogramm beschlossen, welches nun noch durch den Landesvorstand in Reinschrift gebracht werden muss. Aus diesem Landesprogramm sollen u. a. ein Kurzprogramm, ein Flyer und Wahlplakate erstellt

## Henry Günther †

Wir trauern um Henry Günther, verstorben am 22. April 2019. Henry Günther war es stets wichtig, sich für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Deshalb engagierte er sich politisch in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) auf Bundes- und Landesebene, jeweils auf Vorstandsebene, und gründete den ÖDP-Kreisverband Erlangen. Die bayerische Landesgeschäftsstelle befand sich phasenweise in seiner Wohnung.

In den letzten Jahren konnte er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr reisen. Aufopferungsvoll kümmerte er sich um seine kranke Frau, die bereits vor ihm verstarb.

Mit dem Tod von Henry Günther verlieren wir einen geradlinigen und stets angenehmen Zeitgenossen, der sich in früheren Jahren mit großem Engagement für seine politischen Ziele eingesetzt hat. Sein Lebenswerk erfüllt uns mit großer Dankbarkeit. Wir werden Henry Günther in guter Erinnerung behalten und ihm deshalb stets ein ehrendes Andenken bewahren.

werden. Der Anstoß zur Erstellung dieses Landesprogramms ging von Martin Truckenbrodt aus. Ziel ist es zum einen, sich hiermit mit konkreten Aussagen so deutlich wie möglich von anderen Parteien abzugrenzen und Alleinstellungsmerkmale herauszuarbeiten. Außerdem soll dieses Landesprogramm einen möglichst starken Bezug zur Thüringer Landespolitik haben, also in dieser Hinsicht eine Ergänzung zum Grundsatz- und Bundesprogramm der ÖDP darstellen. Bereits im Vorfeld des Parteitags in Apfelstädt brachten sich mehrere Mitglieder aktiv mit ein, sodass am Themenparteitag nach fünf Stunden gemeinsamer Arbeit und teilweise durchaus kontroverser Diskussion ein Programm entstanden ist, mit dem alle Anwesenden ebenso wie mit der Wahlkampfstrategie einverstanden waren.

Bis zum 22. August benötigt die ÖDP für die Landesliste 1.000 und für die beiden Direktkandidaten jeweils 250 Unterstützungsunterschriften. Hierzu freut sich der Landesverband Thüringen über jede aktive Unterstützung.

Kontakt: ÖDP Thüringen  
Alte Chaussee 3, 37339 Worbis  
Tel.: (03 60 74) 9 25 95, info@oedp-thueringen.de

## 56. Bundesparteitag in Hof startete Endspurt im Europawahlkampf

Auf ihrem 56. Bundesparteitag in Hof a. d. Saale am 6. und 7. April 2019 hat die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) den Erfolg des Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ groß gefeiert.

Mit stehenden Ovationen dankten die gut 250 Delegierten aus ganz Deutschland der stellv. ÖDP-Bundesvorsitzenden und Initiatorin des Volksbegehrens, Agnes Becker, und der ÖDP Bayern für die große Leistung und den herausragenden politischen Erfolg in dieser Sache. Wenige Tage zuvor hatte die bayerische Staatsregierung die Annahme des Entwurfs angekündigt und somit den Weg frei gemacht für das beste Naturschutzgesetz Deutschlands. „Seit Jahrzehnten wird in Brüssel eine falsche Agrarförderpolitik gemacht, sie hilft weder der bäuerlichen Landwirtschaft noch der

Artenvielfalt. Wir wollen öffentliche Gelder für Gemeinwohllösungen der Landwirtschaft und keine Subventionen mit der Gießkanne in die Fläche“, so Becker.

Prof. Dr. Klaus Buchner, Europaabgeordneter der ÖDP: „Der Erhalt der Artenvielfalt ist lebensnotwendig für uns alle. Die europäische Agrarpolitik ist seit Jahrzehnten bienen- und bauernfeindlich! Es braucht endlich mehr lobbyunabhängige, gemeinwohlorientierte Politik im EU-Parlament, das geht nur mit mehr ÖDP.“ Manuela Ripa, Listenplatz 2 der ÖDP-Europaliste, ergänzte: „Letzte Woche fand eine Abstimmung im EU-Agrarausschuss

zur künftigen EU-Agrarpolitik mit verheerenden Folgen für den Artenschutz statt. Statt den Bürgerwillen ernst zu nehmen, siehe das von uns initiierte Volksbegehren Artenvielfalt, wurde agrarkonservatives Betondenkmal angewandt. Die Bürger müssen durch direkte Demokratie zum Korrektiv einer verfehlten Politik werden.“

Darüber hinaus wählten die Delegierten Jens-Eberhard Jahn zum neuen Beisitzer im ÖDP-Bundesvorstand. Jahn ist aus Leipzig und dort auch Kreisvorsitzender der ÖDP. Aus den Reihen des Bundesvorstands wurde gemäß Satzung der Beisitzer Kurt Rieder aus Aachen



Jens-Eberhard Jahn

als neuer stellvertretender Bundeschatzmeister gewählt. Sein Vorgänger, Sebastian Högen, war von diesem Amt Ende des vergangenen Jahres zurückgetreten. Daher war eine Nachwahl nötig geworden.

Des Weiteren befasste sich der Parteitag u. a. mit folgenden politischen Themen:

### ■ Fuel-Dumping

Die ÖDP fordert, dass die Flugaufsicht Genehmigungen zum Fuel-Dumping zeitgleich veröffentlicht, z.B. über Radio, Verkehrsfunk und Internet sowie soziale Medien, damit sich Betroffene (chemiesensible Personen, Eltern von Kleinkindern, Tierhalter, Gärtner usw.) darauf einstellen können.

### ■ Militärausgaben

Die ÖDP spricht sich gegen eine pauschale Erhöhung der Militärausgaben, wie von der Bundesregierung vorgesehen, ohne Begründung im Einzelfall aus.

### ■ PFT (perfluorierte Tenside)

Die ÖDP fordert unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen und



Die anwesenden EU-Spitzenkandidaten säten vor der Parteitagshalle eine Blumenwiese aus.

gesetzgeberische Initiativen (Einschränkungen oder Verbote) zur Verbreitung, Wirkung und Sanierung von PFT auf Ackerflächen, in Gewässern und im Grundwasser und auf die Gesundheit von Mensch und Umwelt.

### ■ Verbot starke künstliche Intelligenz (KI)

Die ÖDP fordert ein internationales Verbot für die Entwicklung starker künstlicher Intelligenz (KI) sowie für die Verbindung lernfähiger KI mit dem Internet oder vergleichbaren Netzwerken. Ferner sind Forschung und Entwicklung hoch entwickelter KI unter öffentliche Aufsicht zu stellen. Der Staat muss Gefahrenabwehrstrategien entwickeln, um seine Schutzpflicht gegenüber den BürgerInnen auch zukünftig wahrnehmen zu können. Die Bundesprogrammkommission wird beauftragt, einen redaktionell angepassten Ergänzungsvorschlag für das bundespolitische Programm zu erarbeiten.

### ■ Aussagen zur Impfpflicht im Bundespolitischen Programm

Impfen ist solidarisch. Eine mög-

lichst hohe Impfquote schützt auch jene, die wegen Gegenanzeigen nicht geimpft werden können. Damit Impfungen grundsätzlich freiwillig bleiben können, bedarf es Aufklärung zu Risiken und Notwendigkeit. Die Einführung einer Impfpflicht in Deutschland ist abzulehnen.

### ■ Weitere Aussagen zur Ehe im Bundespolitischen Programm

Die Zivilehe ist für uns ein Bund zwischen zwei Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen, d.h. eine Zivilehe können sowohl zwei verschiedenen geschlechtliche als auch zwei gleichgeschlechtliche Partner/-innen eingehen. Dabei orientieren wir uns an Artikel 6 (1) des deutschen Grundgesetzes: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“

Die Änderungen im Bundespolitischen Programm werden gegenwärtig aktualisiert. Anschließend wird das Programm online veröffentlicht. Der nächste Bundesparteitag findet im Frühjahr 2020 statt. Ein genauer Ort und ein Datum stehen gegenwärtig noch nicht fest, werden aber in Kürze bekannt gegeben. ■



Die Delegierten des 56. Bundesparteitages

# ÖDP trägt Bienenrettung auf EU-Ebene

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Rettet die Bienen – Schutz der Artenvielfalt und Verbesserung der Lebensräume von Insekten in Europa“, initiiert durch die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), wurde am 15. Mai 2019 auf Beschluss der Europäischen Kommission registriert bzw. zugelassen.

Die Organisatoren fordern die EU-Kommission dazu auf, „Rechtsvorschriften zu erlassen, um Lebensräume für Insekten als Indikatoren einer intakten Umwelt zu erhalten und zu verbessern“. „Damit kam die formale Zulassung wesentlich früher als erwartet“, so Manuela Ripa, die zusammen mit Bürgern aus sechs weiteren EU-Ländern federführend die EBI beantragt hat. Ripa gehörte auch zum Spitzenteam der ÖDP zur vergangenen Europawahl, kandidierte auf Listenplatz 2. „Der Zuspruch aus der Bevölkerung ist überwältigend. Deshalb haben wir schon jetzt über [www.wesavebees.eu](http://www.wesavebees.eu) für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit geschaffen, sich vorab zu registrieren. Wir legen sofort los, die Sammlung europaweit zu organisieren“, so Ripa weiter.



Agnes Becker (li.) und Manuela Ripa (re.)

zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln. Sollte die Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundun-

will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler zeigt sich hochzufrieden, dass die Initiative so schnell von der Kommission zugelassen wurde: „Offenbar schrillen die Alarmglocken auch in Brüssel so laut, dass man endlich etwas gegen das Artensterben unternehmen muss – nicht zuletzt mit Blick auf den aufrüttelnden Bericht des Biodiversitätsrats der Vereinten Nationen, aber auch auf den sensationellen Erfolg des ebenfalls von der ÖDP initiierten Volksbegehrens zum Artenschutz in Bayern.“ Jetzt

wird die ÖDP europaweit die Menschen für den dringend notwendigen Artenschutz sensibilisieren und dazu müssen alle, die das unterstützen, an Bord geholt werden, vor allem die Landwirte als wichtiger Partner für dieses Projekt.

Agnes Becker, Beauftragte des erfolgreichen bayerischen Bienen-Volksbegehrens und 1. stellvertretende ÖDP-Bundesvorsitzende, ergänzt: „Die 1,7 Millionen Unterstützer in Bayern waren nur der erste Schritt auf dem Weg zu mehr Artenschutz und besseren Förderinstrumenten für eine naturverträglichere Landwirtschaft. Da Politik mittlerweile kaum noch ohne



Agnes Becker ist seit einiger Zeit eine wichtige Ansprechpartnerin für die Medien, wenn es um das Thema Artenschutz geht.

ches Gegengewicht zum immensen Einfluss der Agrarindustrielobby in Europa auf.“ Nach Ansicht von

Artenschwund wie auch das erschreckende Höfesterben seine gravierendste Ursache in einer völlig verfehlten EU-Förderpolitik. Das könne über die EBI jetzt endlich korrigiert werden. Deswegen sei es wichtig, dieses Thema nach der Europawahl in die öffentliche Diskussion einzubringen. ■

Pressemeldung der Europäischen Kommission: [europa.eu/rapid/press-release\\_IP-19-2472\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-2472_de.htm)

*Die 1,7 Millionen Unterstützer in Bayern waren nur der erste Schritt auf dem Weg zu mehr Artenschutz.*

Druck aus der Bevölkerung handelt, bauen wir jetzt ein bürgerli-

Agnes Becker und Manuela Ripa haben sowohl der dramatische

## Großdemo-Tag in Aachen der Fridays-for-Future-Bewegung

Bis zu 40.000 vor allem Jugendliche und junge Menschen demonstrierten eindrucksvoll am Samstag, 21. Juni 2019 in Aachen für eine konsequente und nachhaltige Klimapolitik. Aufgerufen hatte die Fridays-for-Future-Bewegung. Auch die Aachener ÖDP unterstützte im Vorfeld tatkräftig die Organisation der Aktion.

Aachen als Standort wurde bewusst ausgewählt, weil hier viele „problematische Energiefaktoren“ der Vergangenheit, Gegenwart und ggf. auch Zukunft zusammenkommen: ehemaliges Steinkohlen- und aktuelles riesiges Braunkohlenrevier,



Motiviert sind die Demonstranten in Aachen vor allem durch das Engagement der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg, die den Schulstreik für das Klima vor fast einem Jahr ins Leben rief.

eine supranationale Müllverbrennungsanlage sowie angedrohte Fracking-Standorte und nicht zuletzt belgische „Schrott“-Atommeiler in einer Entfernung von nur 60 km. Die beeindruckende Veranstaltung, bei der im Übrigen trotz der hohen Teilnehmerzahl keinerlei Müll hinterlassen wurde, verlief absolut friedlich und gewaltfrei.

Im Vorfeld unterstützten die regionalen Mitglieder der ÖDP die Veranstalter mit Altplakaten, Lastenfuhrädern und einer großen Menge Vitamine in Form von Bananen, Wassermelonen und anderem Obst an den Verpflegungsständen.

Rede zum globalen Klimaaktionstag vom 24. Mai 2019 der ehemaligen Bundesvorsitzenden Gabriela Schimmer-Göresz

## Liebe Kinder, Jugendliche, Mamas, Papas, Omis und Opas ... Liebe alle!

„Europa-Wahl ist Klima-Wahl! Unter diesem Motto stehen alle heute stattfindenden Freitags-Demos. Ja, unser Klima ist in Gefahr, aber nicht nur das Klima braucht Freunde und Retter auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Wir alle müssen so leben, dass Zukunft bleibt.“

„Ökologie ist keine Ideologie, sondern die Lehre von den Gesamtzusammenhängen aller das Leben bestimmenden Systeme. Es geht daher um viel viel mehr als ‚nur‘ um Klimaschutz.“

Nehmen wir beispielsweise ganz aktuell den Bericht des Welt-Biodiversitätsrats. Dieser hat am 6. Mai

Und wann erschien „Die Erde ist noch zu retten, aber wir müssen uns beeilen“? UN-Klimabericht. „Noch steigt der Ausstoß an Treibhausgasen. Damit muss 2015 Schluss sein. Das kostet nicht die Welt!“ (05.05.2007)

1962 ist das Sachbuch der Biologin Rachel Carson mit dem Titel ‚Der stumme Frühling‘ erschienen. Ich hal-



Gabriela Schimmer-Göresz, ÖDP-Kreisvorsitzende Neu-Ulm in Roggenburg

Das war meine Begrüßung als parents for future anlässlich des globalen Klima-Aktionstages am 24. Mai in Roggenburg, Landkreis Neu-Ulm. Ich war zwar nicht „offiziell“ für die ÖDP angefragt. Dass es nicht ohne ÖDP-Botschaften gehen konnte, war eh klar.

in Paris seinen globalen Bericht zum Zustand der Natur vorgestellt. Die Botschaft ist eindeutig: Der Zustand der Natur verschlechtert sich dramatisch. Ratet mal. Von wann ist folgender Zeitungsartikel: ‚Bonn verfehlt Klimaschutzziel – Warnung vor CO<sub>2</sub>-Verbrauch‘? (22.11.1997)

te fest: Bereits 1962 gab es warnende Hinweise zum Artensterben. Hat das auch nur irgendeine Regierung der letzten 57 Jahre interessiert?

Es gibt Parallelen. Ich zitiere aus Wikipedia. ‚Ein Planet wird geplündert – Die Schreckensbilanz unserer Politik‘ ist im September 1975 er-

schienees Sachbuch des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Herbert Gruhl. Nachdem der Club of Rome die ‚Grenzen des Wachstums‘ auf unserer Erde aufzeigte, fragte Gruhl in diesem Buch nach den übriggebliebenen Möglichkeiten unseres Wirtschaftens... Hat das auch nur irgendeine Regierung der letzten 44 Jahre interessiert?

Natürlich nicht, weshalb der Folgebericht des Club of Rome vom 20. Juni 2013 logisch richtig titelt mit ‚Der geplünderte Planet!‘ Ernst Ulrich von Weizsäcker und Anders Wijkmann nahmen diesen großen Bericht des Club of Rome zum Anlass eines gemeinsamen Buches mit dem Titel ‚Wir sind dran – Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen‘.

Liebe Anwesende, die zentrale Frage ist also: Wollen wir bleiben? Und wie sieht es mit dem Bleiben unserer Kinder und Enkel und kommender Generationen aus?

Und jetzt setzt der Welt-Biodiversitätsrat noch einen drauf. Wir haben keine 57 oder 44 Jahre mehr, darauf zu reagieren!

Ein letztes Ereignis aus den vergangenen Tagen. Es wurde – wie jedes Jahr seit 1971 der jährliche Verbrauch der global zur Verfügung stehenden Ressourcen berechnet. Der globale Erdschöpfungstag war im Jahr 1971 der 21. Dezember. 2018 war der Tag global am 1. August. Für 2019 kennen wir ihn noch nicht, aber wir kennen den deutschen Erdschöpfungstag 2019. Er war am 3. Mai! Seit dem 4. Mai leben wir in Deutschland praktisch ‚auf Pump‘, das heißt, es wird die Substanz aufgebraucht. Wir leben auf Kosten der Kinder, Enkel und kommender Generationen. Wir leben freilich schon immer auf Kosten jetziger Generationen in anderen Ländern.

Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut, trifft daher

mitten ins Schwarze und kommt hoffentlich noch zur rechten Zeit.

Global betrachtet bräuchte die gesamte Weltbevölkerung mit ihrer derzeitigen Lebens- und Wirtschaftsweise rund 1,7 Erden, um den weltweiten Bedarf an Ressourcen und Flächen nachhaltig zu decken. Wäre es nicht fantastisch, wenn wir 1,7 Erden hätten?

Würden alle Länder so wirtschaften wie wir Deutschen, wären 3 Erden nötig. Und ich frage nochmals: Wäre es nicht fantastisch, wenn wir 3 Erden hätten oder 5, wenn wir nur die USA betrachten? Wir alle wissen, dass wir nur diese eine Erde haben. Warum also handeln wir nicht endlich?

Es wird gestritten um ein Tempolimit, um die Energie- und Verkehrswende, um eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung, um den Klimaschutz, die Freihandelsabkommen, um den richtigen Weg zu mehr Artenschutz, die richtige Landwirtschaftspolitik, um den richtigen Umgang mit Flüchtlingen oder wie man China Paroli bieten oder den Frieden im Nahen Osten sichern kann und vieles andere mehr. Und es wird wieder viel versprochen. Man habe endlich verstanden. Es werden vor der Wahl Versprechungen ge-

macht. Und nach der Wahl? Wir werden aufmerksam bleiben.

Was also tun? Der Empfehlung des längst verstorbenen Robert Jungk – er war Publizist, Journalist und einer der ersten Zukunftsforscher – folgen, der sagte: ‚Wer die Hoffnung erschüttert, lähmt jene Kräfte, die das Rettende noch ins unsichere Spiel bringen.‘ Die Angst müsste zum Antrieb werden, in einer entscheidenden, vielleicht in der Tat der entscheidendsten Stunde des Menschengeschlechts, dem Drohenden zu widerstehen und ihm auch ohne Erfolgsgewissheit Ansätze anderer Denkens, anderen Tuns entgegenzusetzen. ‚Verzweiflung‘, sagt Jungk, ist ein ‚Luxus‘, den wir uns in unserer Lage nicht leisten dürfen.‘

Und was bedeutet das nun für die EU-Wahl? Wir müssen den Klimaleugnern ebenso Paroli bieten wie den Populisten, den Nationalisten und ewig Gestrigen. Wir müssen zur Wahl gehen und diejenigen stärken, die Europa als großes Friedensprojekt begreifen. Ohne einen schonenden Umgang mit Ressourcen, ohne soziale Gerechtigkeit, ohne Beachtung ökologischer Zusammenhänge und ohne wirksamen Klimaschutz kann es keinen Frieden geben. ■

## Junge Ökologen

Was kommt dabei heraus, wenn sich zehn motivierte, engagierte junge Menschen an einem Samstagvormittag in München treffen? Die Jungen Ökologen Oberbayern. Auf dem Bild zu sehen ist der Vorstand, bestehend aus Jan-Philipp von Olfen, Snehotta Maureen, Felicia Ludwig und Anja Neuner.

Zu erreichen ist der neue Bezirksverband der Jungen Ökologen



Oberbayern unter [oberbayern@junge-oekologen.de](mailto:oberbayern@junge-oekologen.de).

## ÖDP auf dem Evangelischen Kirchentag 2019

„Wir stellen die Vertrauensfrage!“ lautete die Einladung an alle Besucher des Standes vom Bundesarbeitskreis Christen & Ökologie, sich zu positionieren: Wie muss ein(e) Politiker/-in sein, damit ich ihr/ihm vertrauen kann? Damit bezog sich die Frage des Arbeitskreises direkt auf das Motto des diesjährigen evangelischen Kirchentags in Dortmund: Was für ein Vertrauen.

Die Besucher konnten auf kleinen bunten Zetteln, die in Form von Bienen, Schmetterlingen, Vögeln und Blumen ausgeschnitten waren, in kurzen Worten ihre Meinung aufschreiben. „Zuhören“ wurde da genannt oder „aufmerksam“, „Demut“, „ehrlich“ und „wahrhaftig“, „Mut, Fehler zuzugeben“, „fachkundig“. Aber auch „sexy“ fand sich dort, gleich darunter „nicht sexistisch“, denn die Zettel wurden an einer massiven, fast lebensgroßen Holzfigur befestigt, die so im Laufe der drei Tage farbenfroh zuwuchs.

Der Stand in Dortmund war dieses Mal mit 24 m<sup>2</sup> doppelt so groß wie zuletzt in Berlin, was der Atmosphäre sehr gut tat, denn die drei ÖDP-Mitglieder, die dort für jeweils drei Stunden dem Publikum Rede

und Antwort standen, hatten Platz und Ruhe für die Gespräche und konnten so gleich eine Forderung auf dem Zettel erfüllen: zuhören. Aber auch nur neugierig vorbeilaufende Kirchentagsbesucher nahmen gerne die Flyer entgegen, die über den Arbeitskreis und die Inhalte der ÖDP informierten. Über 1.000 Stück davon wurden verteilt.

Nach dem Kirchentag ist allerdings auch vor dem Kirchentag. Der nächste wird der 3. Ökumenische Kirchentag sein, der vom 12.–16. Mai 2021 in Frankfurt am Main stattfindet. Der BAK Christen & Ökologie beginnt bereits auf seinem nächsten Treffen vom 11.–13. Oktober 2019 in Trier mit der Auswertung von Dortmund und den Änderungen und Verbesserungen in der Standgestaltung und den Inhalten. Wer dort mitarbeiten will, ist herzlich dazu eingeladen.

Eines bleibt noch zu erwähnen: Die ÖDP gehörte von den Standbetreibern auf dem Kirchentag sicher zu denen mit dem geringsten Müllaufkommen. Eine kleine Schachtel mit Papierresten wurde ins Recycling gegeben, alles andere ist auf Wiederverwendung angelegt.



Walter Konrad (li.) und Helmut Graf (re.) vertreten die ÖDP mit anderen auf dem Evangelischen Kirchentag.

## Erfolgreiches Treffen des BAK Christen und Ökologie

Ins Kloster Triefenstein bei Marktheidenfeld in der Nähe von Würzburg ging es zum diesjährigen Frühlingstreffen des BAK Christen und Ökologie. Vom 1. bis zum 3. März 2019 tagte hier eine Gruppe von um die elf Personen; es waren auch drei neue Mitglieder dabei.



Die Teilnehmer des Frühlingstreffens des BAK Christen und Ökologie

Im Kloster lebten seit 1088 die Augustiner-Chorherren; seit 1986 lebt hier die evangelische Bruderschaft Christus Träger. Sie bietet zahlreiche Angebote und Raum für Freizeiten an. Ein wichtiger Punkt war die Planung für den Stand des BAK auf dem Evangelischen Kirchentag in Dortmund vom 20.–23.06.2019 zum Thema „Vertrauen“. Der BAK konnte sein Positionspapier zum Abschluss bringen. Dieses soll an Interessierte an Ständen verteilt werden. Ferner wurde die Andacht für den nächsten Bundesparteitag in Hof geplant. Desgleichen wurden die Anträge behandelt und das geplante Abstimmungsverhalten des BAK. Das nächste Treffen findet im Herbst voraussichtlich vom 11.–13.10.2019 in Trier statt.

Doch nicht nur Inhaltliches stand auf dem Programm; die Gruppe machte einen Ausflug an den Main, nahm an den Gebeten in der barocken Klosterkirche teil und besuchte den ökumenischen Gottesdienst in der Kellerkapelle. Es war ein harmonisches Beisammensein und die Gruppe freut sich auf weiteren jungen Zuwachs.

## Umgezogen? Neue Kontonummer?

### Helfen Sie mit zu sparen!

Bitte geben Sie uns umgehend Bescheid, wenn sich Ihre Adresse oder Ihre Bankverbindung geändert hat! Jeder Lastschrift-Rückläufer kostet die ÖDP drei Euro zzgl. Portokosten.

*Vielen Dank!*

#### Neue Adresse:

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Tel.

E-Mail

#### Neue Bankverbindung:

IBAN

BIC

Name der Bank

Bitte senden Sie diesen Abschnitt an:  
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1,  
97070 Würzburg, Fax: (09 31) 4 04 86 -29,  
E-Mail: [mitgliederverwaltung@oedp.de](mailto:mitgliederverwaltung@oedp.de)

Zusammengestellt von Pablo Ziller



## ÖDP enttäuscht vom Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Kükentöten

(19.06.2019) Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Landwirtschaft, Tierschutz & Gentechnik in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) zeigt sich enttäuscht, dass das Töten von männlichen Küken vorerst weiter erlaubt bleiben soll, aber ist dennoch hoffnungsvoll für einzelne Auslegungen des Gerichts. Das Bundesverwaltungsgericht lässt das Kükentöten vorerst weiter zu. Es führt dafür drei „besondere Umstände“ an:

- Das Töten der Eintagsküken wurde jahrzehntelang hingenommen. Vor diesem Hintergrund kann kein sofortiges Ende verlangt werden.

- Ohne Übergangsfrist müssten die Brütereien zuerst auf die unausgereifte Aufzucht der männlichen Küken und später nochmals auf die Geschlechtsfrüherkennung im Ei oder auf ein ausgereifteres Verfahren der Aufzucht umstellen. Diese doppelte Umstellung wiegt nach Auffassung des Gerichts schwerer als eine einmalige Umstellung.

- Eine Alternative ist bald verfügbar.

„Es ist enttäuschend, dass das Bundesverwaltungsgericht keinen sofortigen Stopp des Kükentötens geurteilt hat, eine klare und kurze Frist wäre deutlich besser gewesen“, so Maier weiter. „Das ist aus ÖDP-Sicht so nicht hinnehmbar“, sagt Maier. „Hier wird überdeutlich, dass die Tierschutzgesetze bei Weitem nicht ausreichend sind. Wenn wir wirkungsvoll für die Tiere was erreichen wollen, dann müssen wir anerkennen, dass Tiere Rechte haben, denn wir in der ÖDP erkennen an, dass Tiere einen eigenen Rechtsstatus haben.“

Der Satz „Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen“ (§ 1 Tierschutzgesetz) hat aber jetzt ein deutlich höheres Gewicht als vor dem Urteil. Zuvor haben Gerichte den „vernünftigen Grund“ meistens nicht im Sinne der Tiere ausgelegt. Auch die Tierindustrie führt immer wieder an, dass man Verbesserungen aus Kostengründen nicht vornehmen könne. Jetzt haben wir ein höchstrichterliches Urteil, das eine strengere Auslegung fordert, was für die anderen Gerichte jetzt bindend ist. Das Bundesverwaltungsgericht sagt, dass „für einen Ausgleich zwischen dem Tierschutz und menschlichen Nutzungsinteressen“ zu sorgen ist. „Die einseitige Aus-

legung zugunsten der Tierindustrie ist damit beendet, das freut mich umso mehr. Dies ist ein höchstrichterliches Urteil, das besagt, dass das Tierschutzgesetz ‚nicht nur das Wohlbefinden des Tieres, sondern auch sein Leben schlechthin‘ schützt. Das ist eine bahnbrechende Auslegung des Gerichts“, sagt Maier.

Das Urteil zeigt aber auch wieder die Untätigkeit unserer Politik im Bereich Tierschutz und Tierrechte – denn diese ist bei dieser Thematik wieder einmal jahrzehntelang untätig geblieben. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner steht jetzt unter extremem Druck. Wenn ihr das nicht gelingt, dies schnellstmöglich umzusetzen, wird sie sich einer Klagewelle ausgesetzt sehen mit dem Ziel der Feststellung, dass das Kükentöten jetzt definitiv beendet werden muss.

Für Strafanzeigen ist § 17 Tierschutzgesetz besonders relevant: „Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer ein Wirbeltier ohne vernünftigen Grund tötet.“ Hier hatten die Staatsanwaltschaften den „vernünftigen Grund“ zuvor meist sehr tiernutzerfreundlich ausgelegt. Jetzt müssen sie die strengere Auslegung des Bundesverwaltungsgerichts befolgen. Ein Beispiel ist die Strafbarkeit der Tötung „überzähliger“ Ferkel in der Schweinezucht. „Aus unserer Sicht ist jetzt klar, dass es dafür keinen ‚vernünftigen Grund‘ gibt und dass der Lebensschutz greift“, freut sich Maier.

Die Tierindustrie beruft sich ständig auf zu hohe Kosten, die eine Beendigung von Schmerzen, Schäden und Leiden unmöglich machten. Beispiele sind die Abschaffung von betäubungslos durchgeführten Amputationen (z. B. Eckzähne und Ringelschwänze bei Schweinen, Schnabelspitzen bei Puten und Enten, Hörner bei Rindern). Diese Argumente sind jetzt nicht mehr haltbar und über Verbandsklagen sehr gut angreifbar. „Hier wird auch überdeutlich, dass der politische Wille nicht da ist bei den regierenden Parteien für mutige Entscheidungen für mehr Tierschutz und für die Tierrechte und auch der Bauernverband nimmt hier durch seine ‚Pro-Agrarindustriehaltung‘ eine unrühmliche Rolle ein“, so Maier abschließend.



Ludwig Maier

## Fracking-Gas aus den USA zu importieren, ist der falsche Weg

(13.06.2019) „Der Bundesrat hat kürzlich dem Umwelt- und Klimaschutz enormen Schaden zugefügt“, erklärte Josef Fortner, Sprecher des Bundesarbeitskreises BAK Klima- und Umweltschutz, Verkehr, Energie und Strahlenschutz. Mit dem Beschluss zum Ausbau von Terminals in Norddeutschland für Flüssiggas (engl. LNG) wird der Import von Fracking-Gas aus Übersee ermöglicht. Fracking-Gas wird unter verheerenden Bedingungen gewonnen. Namhafte Umweltorganisationen beklagen, dass beim Fracking in den USA und Kanada das Grundwasser mit Chemikalien verunreinigt wird und sich die Gefahr von Erdbeben erhöht. Es steht nach Ansicht der ÖDP zu befürchten, dass mittel- bis langfristig diesem gefährlichen Verfahren zur Gasgewinnung auch hierzulande der Weg bereitet wird.

Die Kosten für den Anschluss von LNG-Terminals in Norddeutschland an das Gasnetz sollen zudem auf die Verbraucher umgelegt werden. Der ÖDP zufolge sollten die hohen Gesamtinvestitionen für die erforderliche Infrastruktur vorrangig in die Versorgung mit regenerativen Energien investiert werden. „Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesrat auf, endlich ein schlüssiges Konzept für den Umstieg auf saubere regenerative Energien vorzulegen, um die Klimaschutzziele von Paris einzuhalten“, erklärte Josef Fortner.

Besonders empört die ÖDP, dass aus dem Wahlergebnis der EU-Wahl und der aktuellen Stimmung in der Bevölkerung seitens der Politik nichts gelernt worden sei. Hätten sich Bündnis 90/die Grünen, die an verschiedenen Landesregierungen beteiligt sind, für echten Klimaschutz eingesetzt, dann hätte das Gesetzesvorhaben den Bundesrat nicht passieren können. Bei anderen politischen Entscheidungen haben sich nämlich in der Vergangenheit diejenigen Landesregierungen im Bundesrat der Stimme enthalten, die in der jeweiligen Koalition unterschiedlicher Meinung waren. Diesmal jedoch hatte sich noch nicht einmal die unmittelbar betroffene schleswig-holsteinische Landesregierung enthalten, an der Bündnis 90/die Grünen mitbeteiligt sind. Fortner stellt hierzu fest: „Auf die Grünen ist selbst in Klimaschutzfragen kein Verlass. Die ÖDP wird die weitere Entwicklung kritisch begleiten und tritt seit Jahrzehnten für den Schutz von Mensch und Umwelt ein.“

Bei der EU-Wahl bekam die ÖDP bekanntlich exakt 1% der Wählerstimmen und ist mit Prof. Dr. Klaus Buchner im EU-Parlament vertreten. Vor Ort ist die

ÖDP mit fast 500 kommunalen Mandatsträgern aktiv und versteht sich als ökologisches Korrektiv.

## ÖDP wieder im Europaparlament!

(27.05.2019) Prof. Dr. Klaus Buchner von der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) zieht erneut in das Europäische Parlament ein. Die ÖDP gewann bei der Wahl zum Europäischen Parlament bundesweit 1% der Wählerstimmen und bestätigt somit das 2014 errungene Mandat in Brüssel und Straßburg, so das vorläufige Endergebnis der gestrigen Wahl.

Christoph Raabs zeigte sich mit dem Ergebnis seiner Partei sehr zufrieden. Der Bundesvorsitzende der ÖDP aus Neustadt bei Coburg sagte: „Es gibt für unsere Mitglieder und Unterstützer großen Grund zur Freude! Wir haben nicht nur das Mandat unseres EU-Abgeordneten souverän verteidigen können, sondern auf ganzer Linie erhebliche Stimmenzuwächse zu verzeichnen. Klar ist bereits jetzt, dass dies mit Abstand die erfolgreichste Wahlteilnahme auf Bundesebene bedeutet. Wir haben die Zahl der Stimmen im Vergleich zur Wahl 2014 ziemlich genau verdoppelt und ca. 100.000 Stimmen mehr als bei unserer bisher erfolgreichsten Wahl im Jahr 1994.“ Raabs dankte allen Wählerinnen und Wählern der ÖDP für ihr Vertrauen und lobte das



große Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer seiner Partei. Der Bundesvorsitzende zeigte sich überzeugt, dass mit dem Thema Artenschutz und dem wachstumskritischen Kurs die ÖDP ihre Themen gut gefunden habe. Dies sei vom Wähler zu Recht honoriert worden. Nun gelte es, diese Themenkomplexe weiter auszuarbeiten und noch mehr in die Öffentlichkeit zu tragen. „Viele Bürger spüren, dass wir mit unserer Kritik am Wirtschaftswachstum und dem damit verbundenen zügellosen Konsumwahn genau die Punkte ansprechen, die für das Wohlergehen künftiger Generationen auf der Erde von fundamentaler Bedeutung sind“, so Raabs abschließend.

Zur Berichterstattung über den 56. Bundesparteitag, ÖP 180 und online

### Mit Macht das Mitmachen durchdrücken

Über die „Ehe“ kann man nicht mehr sprechen, auch nicht in der ÖDP. Alles läuft nur noch entweder auf ein „Ja“ oder ein „Nein“ hinaus. Das „Lager“ der Befürworter der „Ehe für alle“ will mit Macht durchdrücken, dass die ÖDP auch deswegen „mitmacht, weil alle anderen ja auch schon mitmachen“. Man sieht sich wie selbstverständlich auf der „richtigen Seite“. Argumente der Kritiker der „Ehe für alle“ werden abgetan. Allein u.a. der Bezug auf einen religiösen Text, der Hinweis, diesen Text symbolisch und psychologisch, nicht religiös!, auszulegen, reicht, um Gegner der „Ehe für alle“ als „Modernisierungsverhinderer“, ja was?, zu verunglimpfen. Und: Religiöse Hinweise gehörten auf eine „Synode“, nicht aber zu einer politischen Partei. Schließlich wird von einem Vertreter der JÖ in Richtung der Kritiker gar ein Zusammenhang zur AfD hergestellt, der den Generalsekretär der ÖDP, Claudius Moseler, in Erstaunen versetzt.

Ich halte den Beschluss zur „Ehe für alle“ von Hof für falsch und folgenschwer für die ÖDP. Damit verliert die ÖDP eine wichtige Kontur ihres „Gesichts“.

Die Antragsbegründung des ÖDP Landesvorstands Berlin, insbesondere das „Egal“, ist Ausdruck und deckungsgleich mit „Indifferenz“ (Gleichgültigkeit), ei-

nem Hauptbegriff des französischen Existenzialismus der 1940/1950-er Jahre (Sartre, Camus u.a.). Die darin grundgelegte „Gleichgültigkeit“ ist inzwischen eine in westlichen Zivilisationen weit verbreitete trostlose Lebenswirklichkeit und Lebenspraxis, mit vielfältigen erschütternden Folgen.

Beispiel ökologische Krise: Die ökologische Krise hat ihre Ursache in einer Krise des Menschenbilds. Die Vorstellung von der Einzigartigkeit der menschlichen Person ist verloren gegangen. Das dominierende Krisensymptom ist der „Tod des Subjekts“ auf allen Ebenen. Entwertung des Individuellen, Aufhebung von Sexualität, Rückgang von Freiheit u.a. sind Kennzeichen. Hinter all dem steht ein „Egal“.

Folgerung: Das „Egal“ ... – hier: bei der „Ehe für alle“ – bestätigt den „Tod des Subjekts“, befördert ihn.

Bedeutet: Mit dem Beschluss von Hof beteiligt sich die ÖDP am Ausbau der Krise des Menschenbilds und verstärkt sogar selbst die ökologische Krise.

Will Politik, und das muss sie, Einfluss auf die ökologische Katastrophe nehmen, dann muss Politik sich daran beteiligen, das verloren gegangene Menschenbild zurückzugewinnen, muss ihren Beitrag dazu leisten, die subjektlose Zukunft aufzuhalten. Die ÖDP hat, im Unterschied zu den Grünen und anderen Parteien, das Potenzial dazu.

*Claudius Bartsch, 58509 Lüdenscheid*

### Werte dem Zeitgeist geopfert

Vor mehr als 20 Jahren bin ich der ÖDP beigetreten, weil die UNION sich deutlich von ihrer eigenen Familienpolitik verabschiedet hatte. Nur in der ÖDP fand ich einen Standpunkt, der Familien aus Vater, Mutter und Kindern zu ihrem verfassungsgemäßen Recht auf familiengerechte Strukturen in unserem Sozialgesetz verhelfen wollte. Mit großer Hochachtung las ich die Beiträge von Herrn Dr. Johannes Resch, dem familienpolitischen Sprecher der ÖDP im ÖP-Heft. Endlich konnte ich guten Gewissens wählen gehen. Dies scheint nun leider vorbei zu sein.

Denn nach dem Beschluss des Bundesparteitags in Hof sehe ich keine Veranlassung mehr, Mitglied in einer Partei zu bleiben, welche die Begriffe EHE und FAMILIE umdeutet, indem sie diese reduziert auf „einen Bund zwischen zwei Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen“. Die ÖDP ignoriert künftig also die staatstragende Bedeutung, dass allein Väter und Mütter den Nachwuchs bereitstellen, auf den unsere

Gesellschaft dringend angewiesen ist. Jeder Staat hat die Pflicht, für ausreichenden Nachwuchs zu sorgen, um seine soziale Stabilität zu garantieren. Einzig wegen ihrer politischen Bedeutung stellte unser Grundgesetz in Art. 6 GG die (generative) Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Für das Grundgesetz zählen nicht die Motive für eine Ehe, denn die variieren bekanntlich von Liebe über gegenseitige Verantwortung bis hin zur Erbschleicherei.

Entsetzt bin ich vor allem über die Leichtfertigkeit, mit der die heutige ÖDP ihre einstigen Werte dem Zeitgeist opfert. Nach diesem Parteitagbeschluss könnte ich künftig auch rot oder grün wählen. Mit großem Eifer setzt sich die ÖDP heute für den Schutz der Bienen ein, die humane Nachhaltigkeit aber blendet sie aus. Damit macht sich die ÖDP zur lächerlichen Kopie der Grünen. Nie im Leben hätte ich gedacht, dass auch in der ÖDP ein Werteverfall Einzug hält. Wollen Sie es wirklich der AfD überlassen, als letztverbliebene Partei für Familiengerechtigkeit zu kämpfen?

Mein Entschluss steht fest: Ich werde die ÖDP schweren Herzens verlassen, es sei denn, der nächste Bundesparteitag stellt die Rücknahme dieses Beschlusses auf die Agenda. Sollte dies nicht erfolgen, so werde ich mein Vorhaben realisieren, wohl wissend, dass mein jahrzehntelanger Einsatz für die ÖDP auf Straßen und Märkten, mit Leserbriefen, durch Spenden, bei der Organisation von Wahlveranstaltungen und bei der Info-Arbeit umsonst war. Ich glaube nicht, dass der Beschluss von Hof der ÖDP Auftrieb gibt. Vielmehr wird er sie ärmer an Mitgliedern machen.

*Bärbel Fischer, 88299 Leutkirch*

Zum Interview „Das ökologische Versteckspiel aufdecken“, ÖP 179

### Falsche Zahlen!?

Lieber Herr Paech, liebe ÖkologiePolitik-Redaktion, vhabere gerade mit Interesse Ihren Artikel „Das ökologische Versteckspiel aufdecken“ gelesen und „bin ganz Ihrer Meinung“. Allerdings schockieren mich die m. E. drastisch falschen Zahlen im Kasten „CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Person“ sowie im Text zur Flugreise nach Sydney. Sie stimmen auch nicht mit den Angaben/Berechnungen auf den angegebenen Webseiten überein. Ich weiß und habe auch schon oft anderen erklärt, dass ein Flug nach Australien eine umweltmäßige Tragödie darstellt. Nach meinem Wissen verbrauchen die modernsten

Flugzeuge allerdings pro Passagier 3 Liter auf 100 km, 1 Liter Kerosin reagiert unter Bildung von ca. 3 kg CO<sub>2</sub> und von Deutschland nach Sydney sind es 16.500 km. So ergeben sich rechnerisch ca. 3 t CO<sub>2</sub>. Der Rechner vom Umweltbundesamt „spuckt“ 6,3 t aus. Sie reden von 14 Tonnen. Ich finde es schade, dass ein Artikel zu einem so wichtigen Thema mit falschen Zahlen agiert – immerhin werden diese ggf. von Lesern weiterverwendet, die sich so in gewisser Weise diskreditieren. Auch die Angaben zum „Kleinwagen Diesel“ sind fragwürdig (unserer verbraucht 5 l / 100 km).

*Axel Schmitz, 40723 Hilden*

### Antwort von Prof. Nico Paech

Sehr geehrter Herr Schmitz, die von Ihnen kritisierten Zahlen sind in der Tat umstritten, sollten von den Dimensionen – und um die geht es – in etwa stimmen. Die Werte hängen davon ab, welche Zwischenlandungen, Umwege und Auslastungen auf den relevanten Linien zu Buche schlagen. Interessanterweise sind oft Flugverbindungen besonders günstig, die durch Umwege und Umstiege zu einer betriebswirtschaftlich besseren Auslastung andernfalls ungenutzter Kapazitäten führen.

Schon deshalb ist die von Ihnen aufgemachte Rechnung nicht überzeugend. Außerdem nehmen Sie an, die modernsten Flugzeuge kämen zum Einsatz. Aber die Expansion des Flugverkehrs hängt doch gerade damit zusammen, dass immer mehr billige, zumeist abgeschriebene Flugzeuge verwendet werden. Weiterhin kommen immer mehr Fluglinien aus Ländern zum Einsatz, in denen ganz andere Standards gelten. Im Übrigen sollten wir der Werbung von Lufthansa für neuerdings „energieeffiziente“ Flugzeuge nicht zu sehr auf den Leim gehen.

Ihre Berechnung für Australien beruht auf einem theoretischen Fall, der praktisch so nicht relevant ist. Übrigens, viele CO<sub>2</sub>-Rechner geben keine Angaben für einen Direktflug nach Australien, weil – so die Fehlermeldung – ein Flug ohne Zwischenlandung unrealistisch sei.

Fakt ist, dass die verschiedenen CO<sub>2</sub>-Rechner unterschiedliche Werte liefern, eben je nach den zugrunde liegenden Prämissen. Einen seriösen Rechner, der den Flug von Deutschland nach Australien – je nach Umstiege – mit weniger als 10,5 Tonnen kalkuliert, kenne ich derzeit nicht. Im weniger günstigen Fall können es bis zu ca. 14 Tonnen sein.

*Prof. Nico Paech*



### Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. September 2019** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin  
Fax: (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Leserbrief zum Leserbrief „Gespenst des Neoliberalismus“, ÖP Nr. 179

### Neoliberalismus ist gesellschaftliche Realität

In der letzten Ausgabe von „Ökologie Politik“ wurde in einem Leserbrief auch auf eine Aussage von Friedrich Merz hingewiesen, dass er seine Politik nicht als „neoliberal“ bezeichnen wolle, da dieser Begriff zu einem politischen Kampfbegriff geworden sei. Solche Attribute wie „Kampfbegriff“ sind eine beliebte Methode im politischen Bereich, um eine sachliche Diskussion bei Streitthemen zu behindern bzw. zu beenden. Merz beherrscht diese Methode als umfassender Nutznießer des Neoliberalismus offensichtlich exzellent. Dabei kann ich als ehemaliger Bank-Vorstandsvorsitzender aus eigener Beobachtung nur bestätigen, was die US-Politikwissenschaftlerin Wendy Brown in ihrem Buch „Die schleichende Revolution – Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört“ so treffend und präzise beschreibt. Nämlich, dass der Neoliberalismus eine Ideologie der Neuordnung des gesamten Denkens ist, die alle Bereiche des Lebens sowie den Menschen selbst einem ökonomischen Bild unterwirft und damit letztlich die Demokratie zerstört. Im Neoliberalismus wird alles, also die Politik, das Recht, die Kultur, die Bildung, die Familie, die Gesundheit, grundsätzlich der Ökonomie, also dem Profit unterworfen, und zwar als EGO-Kapitalismus! Das Ziel: ich, ich, ich ich ... Es handelt sich eben leider um keinen „Kampfbegriff“, sondern um einen aktuell realen Weg zur Zerstörung der Gesellschaft. Der Ausweg: Die Gemeinwohl-Ökonomie, die ich ebenfalls aus eigener Erfahrung durch die Etablierung einer Gemeinwohl-Bilanz neben der Finanzbilanz in „meiner“ Bank erleben darf.

Günter Grzega, 91757 Treuchtlingen

## ÖkologiePolitik

ÖDP-Journal online



www.oekologiepolitik.de

## IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: im März, im Juli und im November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. September 2019**.

### Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei  
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg  
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29  
www.oedp.de

### Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)  
Eisenacher Straße 17, 80804 München  
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
pablo.ziller@oedp.de

### Mitarbeiter dieser Ausgabe

Agnes Becker, Florence von Bodisco, Ulrich Brehme, Matthias Dietrich, Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Yasmin Finkbohner, Verena Föttinger (vf), Gabriela Schimmer-Göresz, Markus Heim, Sebastian Högen, Franz Hofmaier, Paul Holmes, Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler, Christoph Raabs, Kurt Rieder, Martin Truckenbrodt, Dirk Uhllein, Bernd Wimmer

### Interviewpartner

Silke Helfrich  
Christa Müller  
Holger Roloff  
Christian Schüle  
Simon Sutterlütti

### Satz

Grafikstudio Art und Weise  
Heike Brückner, 93138 Lappersdorf  
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

### Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –  
Ökologisch-Demokratische Partei  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
Tel.: (0 30) 49 85 40 50,  
redaktion@oekologiepolitik.de  
www.oekologiepolitik.de

### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00  
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01  
BIC: BFSWDE33MUE

### Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

# Wachstum ohne Grenzen?

## Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

# ödp

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

### Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- reguläre Mitgliedschaft  Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

**X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!**

**X** .....  
Name

**X** .....  
Vorname

**X** .....  
Straße/Hausnr.

.....  
Kreis

**X** .....  
PLZ/Ort

.....  
Tel./Fax

.....  
Mobil

.....  
E-Mail

.....  
Beruf

**X** .....  
Geburtsdatum

.....  
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....  
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von ..... bis

..... von ..... bis

.....  
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....  
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)  
 Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat  
 ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)  
 Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.  
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von ..... Euro.  
 Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:  
 jährliche  halbjährliche Abbuchung

.....  
Kontoinhaber(in)

.....  
Name der Bank

.....  
Konto-Nr. BLZ

.....  
BIC

.....  
IBAN

**Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).**

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

**X** .....  
Datum

**X** .....  
Unterschrift

**Bitte senden Sie diesen Antrag an:**

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle  
Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg  
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29  
info@oedp.de | www.oedp.de

## VORSCHAU

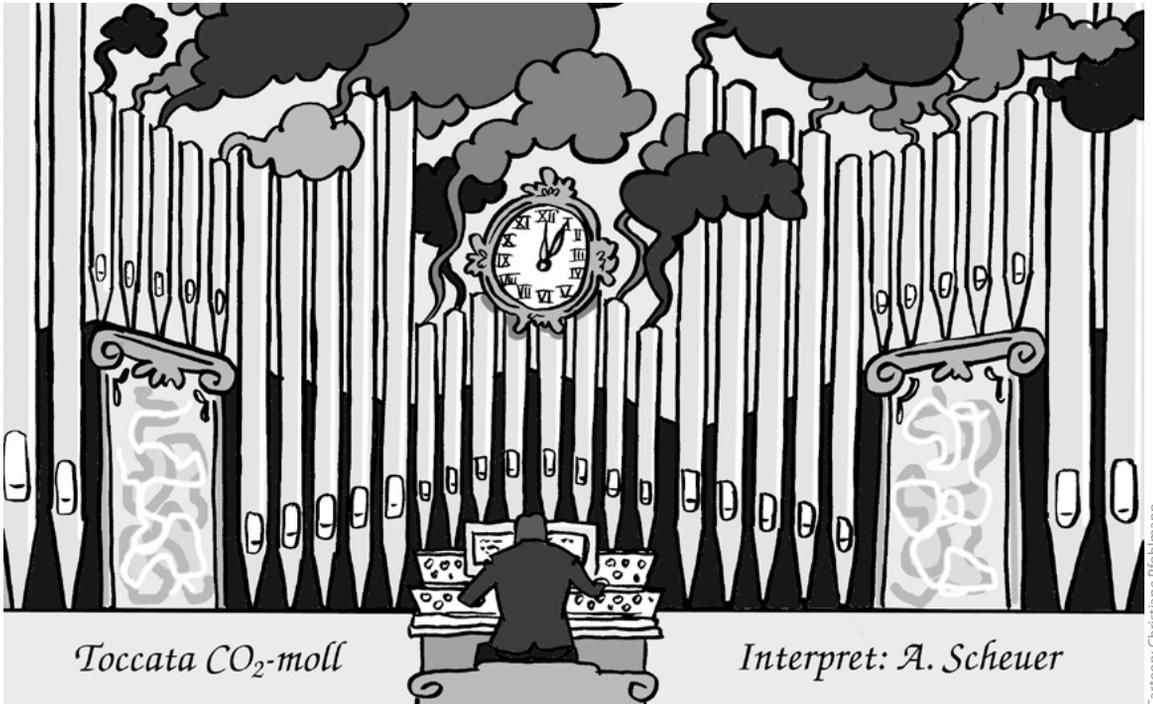
# ÖkologiePolitik im November 2019

## Verkehrswende

Rund ein Fünftel der deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen stammt aus dem Straßenverkehr – und da ist der Aufwand für die Herstellung von Autos und Straßen noch nicht dabei. Da die Autos immer mehr PS haben und der Verkehr zunimmt, nehmen die verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu statt ab. Eine entschlossene Verkehrswende ist deshalb eine Voraussetzung für das Gelingen der CO<sub>2</sub>-Wende. Für eine Verkehrswende braucht es jedoch wesentlich mehr als die von der Bundesregierung propagierte Elektromobilität. Verkehrsvermeidung, Öffentlicher Nah- und Fernverkehr sowie Fahrrad, E-Bike und E-Roller müssen künftig eine zentrale Rolle spielen. Das erfordert ein grundlegendes Umdenken und ganzheitliche Strategien.

## TERMINE

Sa. 13.07.2019	Landesparteitag der ÖDP Bayern (Schwabmünchen)
Sa. 13.07.2019	Landesparteitag der ÖDP Saar (Saarlouis)
So. 01.09.2019	Landtagswahl in Brandenburg
So. 01.09.2019	Landtagswahl in Sachsen
Do. 12.09.2019	Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft 2019 (UBA, Berlin)
Sa. 26.10.2019	Bezirksparteitag ÖDP Schwaben (Buchloe)
So. 27.10.2019	Landtagswahl in Thüringen
So. 23.02.2020	Bürgerschaftswahl in Hamburg
So. 15.03.2020	Kommunalwahlen in Bayern



*Toccata CO<sub>2</sub>-moll*

*Interpret: A. Scheuer*

Cartoon: Christiane Plohmman